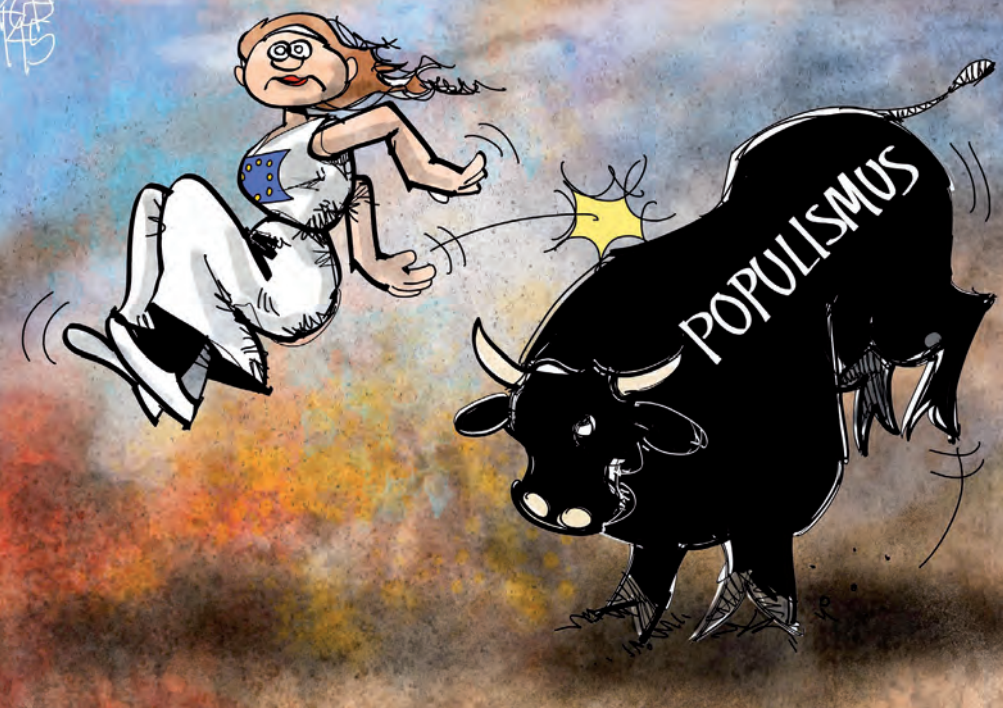




André Krause, Koen Vossen (Hrsg.)

»Stinknormal?«

Die rechtspopulistische Herausforderung
in den Niederlanden und in Deutschland

WAXMANN

André Krause, Koen Vossen (Hrsg.)

„Stinknormal?“

Die rechtspopulistische Herausforderung
in den Niederlanden und in Deutschland



Waxmann 2017

Münster • New York

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Das E-Book ist als Gratis-Download verfügbar unter <http://www.uni-muenster.de/ZNS/>

ISBN 978-3-8309-3642-8

© Waxmann Verlag GmbH, 2017

www.waxmann.com

info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Pleßmann Design, Ascheberg

Titelbild: © Kostas Koufogiorgos/toonpool.com

Druck: Těšínská tiskárna, a.s., Český Těšín, Tschechien

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier, säurefrei gemäß ISO 9706

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Vorwort

Am 24. und 25. November 2016 veranstalteten das Goethe-Institut Amsterdam, das Duitsland Instituut Amsterdam und das Zentrum für Niederlande-Studien Münster die Tagung „Rechtspopulismus im Spiegel niederländischer und deutscher Medien“. Wissenschaftler und Journalisten diskutierten über Rechtspopulismus in beiden Ländern und befassten sich mit der Berichterstattung über dieses politische Phänomen in den Medien. Nähere Informationen über das Konzept sowie die inhaltliche Gestaltung der Tagung finden sich in der Einleitung von Hans-Georg Thönges, Initiator der Veranstaltung und bis Februar 2017 Leiter des Goethe-Instituts Niederlande.

Einige Forschungsergebnisse, Standpunkte und Gedanken, die auf Versammlung präsentiert wurden, werden in der vorliegenden Broschüre gebündelt, um die grenzüberschreitende Diskussion über den Umgang mit Rechtspopulismus zu stimulieren. Nicht alle Beiträge konnten für diese Publikation verwendet werden. Ergänzt wurde ein Text vom Co-Herausgeber dieses Bandes, Koen Vossen, in dem ein Vergleich zwischen der *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) im Mittelpunkt steht. Die Beiträge in diesem Sammelband geben stets die Ansichten der jeweiligen Autoren wieder.

Bedanken möchten wir uns bei den folgenden Institutionen: Ein herzliches Dankeschön sprechen wir dem Goethe-Institut Amsterdam aus, das sowohl die Tagung als auch die Broschüre finanziert hat. Bedanken möchten wir uns auch beim Duitsland Instituut Amsterdam, das einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Versammlung im November 2016 geleistet hat. Unser Dank gilt ebenfalls dem International Office der Westfälischen Wilhelms-Universität: Aufgrund seiner finanziellen Unterstützung war es möglich, Koen Vossen drei Monate lang als Fellow am Zentrum für Niederlande-Studien zu beschäftigen. Wir danken darüber hinaus Rolf Mündel für die Übersetzung des Textes von Koen Vossen sowie unseren studentischen Hilfskräften Henrike Post und Marie Poppen für ihre tatkräftige Unterstützung.

Zentrum für Niederlande-Studien, Münster
André Krause und Koen Vossen, im März 2017

Inhalt

I.	Einleitung	9
II.	Das Wahlergebnis vom 15. März 2017 unter der Lupe von <i>André Krause und Koen Vossen</i>	13
III.	Populismus: Annäherung an ein komplexes Phänomen von <i>Markus Wilp</i>	17
IV.	Die <i>Partij voor de Vrijheid</i> und die Alternative für Deutschland im Vergleich von <i>Koen Vossen</i>	37
V.	„Eine Stimme für die AfD ist mehr als nur Angst“ von <i>Job Janssen</i>	55
VI.	Pegida und AfD im Spiegel der niederländischen Presse von <i>René Cuperus</i>	67
VII.	Geert Wilders als Herausforderung für niederländische Journalisten (2004–2012) von <i>André Krause</i>	75
VIII.	Geert W. und ich von <i>Martin Sommer</i>	93
IX.	Grenzen des Sagbaren. Warum es richtig war, Geert Wilders vor Gericht zu stellen von <i>Thomas Kirchner</i>	99
	Autorenverzeichnis	107

I. Einleitung

„Lügenpresse, Lügenpresse“ schallte es noch vor nicht allzu langer Zeit auf Dresdens Straßen. Es war die Hochkonjunktur von Pegida, der sogenannten Bewegung „Patriotischer Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

Der Kampfbeginn „Lügenpresse“, dessen herabsetzende Intention in seinem ebenso zwieträchtigen wie unversöhnlichen Inhalt zum Ausdruck kommt, lässt sich in historischer Einordnung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachraum nachweisen.

Schon vor dem Nationalsozialismus, erst recht währenddessen, nutzten rechtsideologische Agitatoren das Schlagwort zur Untermauerung ihrer antisemitischen Verschwörungstheorie. Damit wollten sie einerseits Kommunisten und Juden herabsetzen, andererseits das ihrer Vorstellung nach allein durch sie repräsentierte Volk vor deren Einflüssen schützen. Ihre Behauptung gipfelte bekanntlich darin, die Presse würde mit dem Ziel einer „jüdischen Weltverschwörung“ durch ein „Weltjudentum“ gesteuert.

Anno 2016/2017 wird der Begriff „Lügenpresse“ – nicht nur, aber auch – in Deutschland vorrangig von als rechtsextrem und rechtspopulistisch oder auch als fremdenfeindlich und islamophob zu charakterisierenden Gruppierungen verwendet. Beginnend in der Hooligan-Szene wird „Lügenpresse“ seit 2014 bei den Pegida-Demonstrationen sowie bei Demonstrationen der Alternative für Deutschland (AfD) als Parole skandiert. Längst verbinden sich Hasskommentare mit Gewaltdrohungen oder bereits mit direkter Gewaltanwendung gegen Journalisten. Im Extrem reicht dies auf Facebook bis hin zu Todesdrohungen. Gemäß der Berliner Zeitung scheint die Hemmschwelle zu sinken. Das Gesamtbedrohungsszenario nahm zuletzt in besorgniserregender Weise

zu.¹ Infolge dessen sank Deutschland in der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit um vier Plätze auf den 16. Rang.²



© picture alliance / dpa / Daniel Naupold

Die *Sprachkritische Aktion*, eine Initiative in Deutschland, die auf öffentliche Formen des Sprachgebrauchs aufmerksam machen und dadurch das Sprachbewusstsein und die Sprachsensibilität in der Bevölkerung fördern möchte, erklärte im Januar 2015 „Lügenpresse“ zum „Unwort des Jahres 2014“.³

Dies hält Rechtspopulisten nicht davon ab, die Teilnehmer von Demonstrationen wiederholt aufzufordern, nicht mit den Vertretern eben dieser sog.

1 <http://www.berliner-zeitung.de/politik/drohungen-gegen-journalisten-hasskommentare-gehoren-zum-alltag-23541674> (zuletzt abgerufen am 21. April 2017).

2 <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/> (zuletzt abgerufen am 21. April 2017).

3 http://www.unwortdesjahres.net/fileadmin/unwort/download/pressemitteilung_unwort2014.pdf (zuletzt abgerufen am 21. April 2017).

„Lügenpresse“ zu sprechen. Die Medien würden die Aussagen der Teilnehmer ohnehin nur manipulieren, verdrehen oder gar nicht erst senden.

Von dieser Ablehnung sind niederländische Medien in Deutschland augenscheinlich weniger oder gar nicht betroffen. Vielleicht wegen Geert Wilders Grußworten an die Pegida-Demonstranten und wegen seines Auftritts als Gastredner in Dresden wurden den niederländischen Medien seinerzeit bereitwillig Interviews gewährt. Der ‚Gegenbesuch‘ des inzwischen mehrfach vorbestraften Dresdner Scharfmachers Lutz Bachmann in Utrecht im Oktober 2015 endete mit Straßen-Krawallen, ein Besuch, der in der niederländischen Presse große Beachtung fand. Für das Goethe-Institut Niederlande ein Grund mehr, sich im deutsch-niederländischen Austausch mit den Mitteln der Kultur, der Wissenschaft und des Journalismus aktuellen Fragen zuzuwenden, der zu einem gemeinsamen Verständnis im Umgang damit beiträgt.

Parallel zur Gewalt gegen Journalisten, eine weitere Variante ebenfalls bedenklicher Entwicklungen, werden in sozialen Medien Falschmeldungen bzw. manipulierte Meldungen produziert, etwa über Flüchtlinge. Die Strategie dahinter ist es, Printmedien ‚dafür zu interessieren‘, sie in dem Moment, da sie darauf eingehen, zu ‚entlarven‘, um so die ‚Lügen der Lügenpresse‘ bloßzustellen. Der „Lügenpresse“-Diskurs wird dabei vor allem im Netz geführt. Er findet sich in Blogs, häufig auch als affektgesteuerter Leserkommentar unter missliebigen oder unerwünschten Artikeln. Beleidigungen und Diffamierungen sind an der Tagesordnung: „Es passiert minütlich“ (s. Fußnote 1).

Wenn von Manipulation die Rede ist, muss an dieser Stelle noch vom Kampf der sog. Meinungsmaschinen gesprochen werden, den täuschend echt verbreiteten, aber tatsächlich automatisierten Nachrichten in sozialen Netzwerken. Die sog. Social Bots sind ein in den Augen von Medienexperten gefährbergendes Instrument der Meinungsmache. Durch Verzerrung von Debatten tragen sie wesentlich zur Verunsicherung möglicher Adressaten oder zur Verfestigung vorgefertigter Meinungsbilder bei. Im zurückliegenden US-Wahlkampf spielten sie eine nicht unbedeutende Rolle. Die bevorstehenden Wahlkämpfe in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden werden zeigen, inwieweit es rechtspopulistischen Parteien gelingt, am Qualitätsjournalismus vorbei sich dieser Meinungsmaschinen zu bedienen.

Der vermeintlichen Metapher von der „Lügenpresse“ stellten die Veranstalter einer zweitägigen Konferenz am Goethe-Institut in Amsterdam den Begriff „Wahrheitspresse“ gegenüber. Die ironische Brechung war beabsichtigt. Zum einen verlangen Kampfbegriffe und Verschwörungstheorien nach einer deutlichen Distanzierung, zum anderen sollte im Rückblick auf die sowjetische *Prawda* („Wahrheit“) kaum jemand glauben, dass es die „Wahrheitspresse“ wirklich gab oder gibt. Und dennoch folgen nicht Wenige den heute selbst ernannten Verfechtern der vermeintlich reinen Wahrheit und verstärken damit die Anzeichen einer sich zuspitzenden Krise der Demokratie.

Mit der vorliegend dokumentierten Veranstaltung sollte ähnlich der „Augstein Lectures“ vom Oktober 2016 an der Universität Hamburg, die sich unter dem Titel „Lügenpresse‘ – Medienkritik als politischer Breitensport“ einem vergleichbaren Thema gewidmet haben, den Ursachen für die Glaubwürdigkeitskrise in der Demokratie nachgegangen werden. In einer Glaubwürdigkeitskrise scheint der Journalismus durchaus nicht erst seit den Vorgängen in der Silvesternacht 2015/16 in Hamburg und Köln zu stecken.

Die Amsterdamer Veranstaltung „Rechtspopulismus im Spiegel der deutschen und niederländischen Medien“ (24./25.11.2016) widmete sich somit dem Journalismus und seiner Bedeutung für gesellschaftliche Selbstreflexion. Kritische Medien, so wurde deutlich, sind als Frühwarnsystem zu begreifen, unabhängiger Journalismus als Garant für eine freie Gesellschaft und die in diesem Sinne arbeitende Presse als Gegenmacht, die für Informationsfreiheit steht.

Ebenso wie politische Strömungen vor Grenzen nicht halt machen, lohnte der so zustande gekommene grenzüberschreitende Austausch zwischen Journalisten und Wissenschaftlern. Das Goethe-Institut Niederlande wurde darin ganz wesentlich vom Zentrum für Niederlande-Studien der Universität Münster und dem Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam unterstützt. Besonderer Dank gilt daher den Direktoren Prof. Friso Wielenga und Prof. Ton Nijhuis sowie den daran beteiligten Teams ihrer Forschungseinrichtungen.

Hans-Georg Thönges

(bis Februar 2017 Leiter des Goethe-Instituts Niederlande)

II. Das Wahlergebnis vom 15. März 2017 unter der Lupe

von André Krause und Koen Vossen

Die Niederlande erlebten am 15. März 2017 aus mehreren Gründen einen überaus bemerkenswerten Wahlabend. Die sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* (PvdA) verzeichnete mit 5,7 % das schlechteste Ergebnis ihrer 71-jährigen Geschichte. Beim vorherigen nationalen Urnengang errang die Partei, die seit November 2012 im Kabinett Rutte II gemeinsam mit der konservativliberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) regiert hatte, noch knapp 25 % der Stimmen. Als historisch ist auch das Abschneiden der Grünen (*GroenLinks*) einzustufen. Mit 9,1 % endete die Kampagne des 30-jährigen Spitzenkandidaten Jesse Klaver, dem es in den Wochen vor dem Wahlabend gelungen war, regelmäßig größere Konzertsäle mit bis zu 5000 größtenteils jungen Sympathisanten zu füllen, mit dem besten Ergebnis in der Geschichte der im Jahre 1990 offiziell gegründeten progressiven Partei. Im Jahre 2012 hatten sich die Grünen noch mit 2,3 % – gleichbedeutend mit dem schwächsten Abschneiden bei Wahlen zur Zweiten Kammer seit der ersten Teilnahme im Jahre 1989 – begnügen müssen.

Die Augen der Journalisten, insbesondere der ausländischen Medienvertreter, waren jedoch in erster Linie auf zwei andere Parteien gerichtet. Vor der Wahl dominierte nämlich die Frage „Wer wird die Nr. 1: Ministerpräsident Mark Rutte oder Geert Wilders?“, die Berichterstattung. Am Wahlabend bestätigte sich ein Trend, der bereits seit einigen Wochen in den Umfragen der wichtigsten Meinungsforschungsinstitute des Landes abzulesen war. Der VVD gelang es, Wilders’ rechtspopulistische *Partij voor de Vrijheid* (PVV) zu distanzieren. Erstaunlich war lediglich der ziemlich große Abstand zwischen den beiden Parteien. Die VVD mit Spitzenkandidat Rutte errang 21,3 % der Stimmen, die PVV bloß 13,1 %. Zur Erinnerung: Laut des *Peilingwijzer*, einer Plattform, auf welcher die Ergebnisse der wichtigsten Meinungsforscher kombiniert werden, konnte Wilders im Dezember 2016 noch mit bis zu 25 % der Stimmen rechnen.

Auch wenn der allmählich schwindende Zuspruch für die PVV korrekt prognostiziert worden war, stellt sich die Frage danach, wie viel Sinn es grundsätzlich macht, weit vor dem Wahltag wöchentlich virtuelle Zwischenstände zu publizieren, die in der Wahrnehmung vieler die realen Machtverhältnisse mitunter in den Schatten stellen. Die Umfragen haben fraglos dazu beigetragen, Geert Wilders vor allem jenseits der niederländischen Landesgrenzen größer erscheinen zu lassen. Das enorme Interesse ausländischer Medienvertreter, welches auch am Zentrum für Niederlande-Studien in Münster spürbar war, war in erster Linie auf einen möglichen Wahlsieg des PVV-Chefs zurückzuführen, der in Europa angeblich einen ähnlichen Erdbeben wie der „Brexit“ oder der Sieg Donald Trumps bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen verursachen könne.

Dabei wurde häufig außer Acht gelassen, dass Wilders zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Chance hatte, seine politischen Pläne – Austritt der Niederlande aus der EU, Grenzen für muslimische Einwanderer schließen, Koranverbot – zu verwirklichen. Schon früh hatten ihn nämlich alle relevanten Parteien in der Zweiten Kammer als möglichen Koalitionspartner aufgrund seiner Anti-Islam-Agenda kategorisch ausgeschlossen, darunter die VVD. Wegen der fragmentierten politischen Landschaft in den Niederlanden – am 15. März zogen schlussendlich 13 Parteien in das nationale Parlament in Den Haag ein – ist jedoch jede Partei auf mindestens zwei bis drei Koalitionspartner angewiesen, um Mehrheiten in der Zweiten und auch der Ersten Kammer, die als letzte Kontrollinstanz der Gesetzgebung fungiert, zu generieren. Ein Ministerpräsident Wilders war vor diesem Hintergrund zu keinem Zeitpunkt eine realistische Option.

Die PVV hat trotz des oben skizzierten schwindenden Zuspruchs in den Umfragen kein schlechtes Ergebnis eingefahren. Mit 1,37 Millionen Wählern lag sie nur knapp hinter ihrem besten Resultat aus dem Jahre 2012, als 1,45 Millionen Bürger der politischen Bewegung von Geert Wilders ihre Stimme anvertraut hatten. Prozentual betrachtet verzeichnete die PVV das viertbeste Resultat ihrer Geschichte. Der Spitzenwert bei den Europa-Wahlen 2009, 17 %, wurde deutlich verfehlt – allerdings war die Wahlbeteiligung damals auch deutlich geringer als am 15. März 2017 (36,6 % vs. 81,9 %).

Einer Studie des Marktforschungsunternehmens *Ipsos* – publiziert am Tag nach der Wahl – ist zu entnehmen, wie die Wählerschaft der PVV anno 2017 zusammengesetzt ist. Das Elektorat besteht in erster Linie aus Bürgern, die der Alterskategorie 35–64 zuzuordnen sind (67,2 %). Es folgen die Kategorien 18–34 (21,4 %) und 65+ (11,4 %). Verglichen mit u. a. den progressiven Parteien *GroenLinks* und D66 (knapp 35 % bzw. 32 %) befinden sich in der Wählerschaft der PVV recht wenige junge Menschen. Auch Wähler, die der Kategorie 65+ zuzuordnen sind, sind im Wilders-Elektorat nicht zahlreich vertreten. Die PvdA (43,7 %), der christdemokratische CDA (*Christen-Democratisch Appèl*, 31 %) und die VVD (24,1 %), d. h. die traditionellen Groß- bzw. Regierungsparteien, liegen hier an der Spitze. Darüber hinaus spielen Bürger, die ein niedriges Ausbildungsniveau aufzuweisen haben, eine wichtige Rolle in der Wählerschaft der PVV. 39 % sind dieser Kategorie zuzuordnen. Zum Vergleich: Bei D66 und *GroenLinks* sind es 11,1 % bzw. 13,5 %. Nur 14,4 % der PVV-Wähler sind anno 2017 dem höchsten Ausbildungsniveau zuzuordnen (D66 % 57,2 %, *GroenLinks* 53,9 %).¹

Es ist unstrittig, dass Geert Wilders dem Wahlkampf seinen Stempel aufdrücken konnte: Die VVD und der CDA reagierten auf die bisweilen hohen Umfragewerte der PVV, indem sie nationalistische Elemente in ihren Forderungskatalog integrierten. Hier ist zum Beispiel an Mark Ruttes im *NRC Handelsblad* veröffentlichten Brief zu denken, in welchem er Migranten dazu aufrief, sich entweder „normal“ zu verhalten oder das Land zu verlassen. Auch der christdemokratische Spitzenkandidat Sybrand Buma profilierte sich, indem er den Vorschlag lancierte, Schüler sollten künftig stehend das niederländische Volkslied intonieren.

Hinsichtlich des Wahlergebnisses ist noch auf zwei weitere auffällige Aspekte hinzuweisen. Im Rahmen des Wahlkampfes ist die Kluft zwischen kosmopolitisch-progressiven Parteien (PvdA, *GroenLinks*, die sozialliberalen D66) und nationalistisch-konservativen Parteien (CDA, VVD, PVV, 50+) deutlich zutage getreten. Die erste Gruppe kommt zusammengerechnet auf 27 %, die

1 <http://nos.nl/artikel/2163382-jong-of-oud-man-of-vrouw-wie-stemde-op-welke-partij.html>

zweite Gruppe auf fast 47 %. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Ergebnis aus dem Jahre 2012, ist am 15. März 2017 ein (weiterer) Ruck nach „Rechts“ zu verzeichnen gewesen. Darüber hinaus ist in der Zweiten Kammer künftig knapp ein Drittel der 150 Sitze von Abgeordneten belegt, die sich – mehr oder weniger stark ausgeprägt – durch eine Anti-Establishment-Haltung auszeichnen. Neben der PVV ist in diesem Zusammenhang an die sozialistische SP (*Socialistische Partij*), die „Rentner-Partei“ 50+, die Tierschutzpartei (*Partij voor de Dieren*), die „Migranten-Partei“ DENK und das *Forum voor Democratie* des konservativen Intellektuellen Thierry Baudet zu denken. Parteien, die das bestehende politische System aus unterschiedlichen Blickwinkeln kritisieren und eine Alternative zu den bis dato herrschenden Eliten darstellen möchten, sind demzufolge (weiterhin) ein relevanter politischer Faktor in Den Haag – und in ihrer Gesamtheit ebenfalls fraglos eine große Herausforderung für Journalisten.

III. Populismus: Annäherung an ein komplexes Phänomen

von Markus Wilp

Der Aufschwung populistischer oder vermeintlich populistischer Gruppierungen ist eines der derzeit am intensivsten diskutierten politischen Themen. Ende des Jahres 2016 richtete sich der Blick vor allem auf die Vereinigten Staaten, in denen der oft als Populist titulierte Donald Trump am 8. November von etwa 63 Millionen Amerikanern zum neuen Präsidenten gewählt wurde.¹ Dieses Wahlergebnis wurde von vielen nicht nur mit Überraschung, sondern auch mit großer Sorge zur Kenntnis genommen. Das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* dokumentierte die Tragweite der Wahl Trumps, indem es auf seinem Titelblatt „Das Ende der Welt (wie wir sie kennen)“ verkündete.² In den Staaten Europas haben sich Parteien, die als populistisch bezeichnet werden, inzwischen in vielen Ländern etablieren und zum Teil große Erfolge erringen können.³ Besondere Bedeutung kam im Jahr 2016 der *UK Independence Party* (UKIP) zu, weil diese Partei entscheidenden Anteil daran hatte, dass die Mehrheit der Bürger des Vereinigten Königreichs am 23. Juni für den Austritt

-
- 1 Vgl. Statista, *Ergebnis der US-Wahl im Jahr 2016 nach Anzahl der Wählerstimmen*, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/630994/umfrage/endergebnis-der-us-praesidentschaftswahl-2016-nach-anzahl-der-waehlerstimmen/>, zuletzt eingesehen am 19.01.2017. Trump erhielt knapp drei Millionen Stimmen weniger als seine Konkurrentin Hillary Clinton (63,0:65,8), bei der im amerikanischen Wahlrecht entscheidenden Verteilung der Wahlmänner erzielte er aber eine deutliche Mehrheit (306:232).
 - 2 Das entsprechende Titelbild wurde in der Ausgabe 46 des Jahres 2016 verwendet.
 - 3 Einen Überblick über relevante Gruppierungen bieten beispielsweise: W.T. Bauer, *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*, aktualisierte und überarbeitete Fassung, Wien 2016, online unter <http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus.pdf>, zuletzt eingesehen am 18.01.2016; K. Grabow/F. Hartleb (Hrsg.), *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*, Juni 2013, online unter: <http://www.martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/exposing-demagogues-right-wing-and-national-populist-parties-europe.pdf>, zuletzt eingesehen am 18.01.2017.

aus der EU stimmte. Am Ende des Jahres konzentrierte sich die Aufmerksamkeit dann sehr stark auf Österreich, da dort der Kandidat der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ), Norbert Hofer, bei der Stichwahl für das Amt des Bundespräsidenten am 4. Dezember nur knapp scheiterte.⁴ Im Jahr 2017 wird vor allem auf Frankreich geschaut – dort rechnet sich Marine le Pen vom *Front National* (FN) gute Chancen aus, im Frühjahr zur Präsidentin gewählt zu werden.

Der Aufschwung des Populismus ist auch in den Niederlanden und in Deutschland zu beobachten. In den Niederlanden erlangten rechtspopulistische Akteure vor allem seit Beginn des neuen Jahrtausends Bedeutung, als wichtige Vertreter werden zumeist Pim Fortuyn (*Lijst Pim Fortuyn*, LPF), Rita Verdonk (*Trots op Nederland*, TON) und insbesondere Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*, PVV) betrachtet.⁵ Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass die PVV die Umfragen zu Beginn des Jahres 2017 anführte, somit war davon auszugehen, dass sie bei der am 15. März anstehenden Parlamentswahl deutlich an Bedeutung gewinnen würde. Letztendlich wurde die PVV zweitstärkste Kraft.⁶ In Deutschland hatten es rechtspopulistische Gruppierungen lange Zeit besonders schwer; als erfolgreichster Vertreter dieser politischen Strömung wurde daher lange der ehemalige „Richter Gnadenlos“ Ronald Schill angeführt, dessen *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* (PRO) bei der Hamburger Bürgerschaftswahl des Jahres 2001 knapp 20 Prozent der Stimmen bekam, und der

4 Hofer erhielt 46,2 Prozent der Stimmen, sein Konkurrent Alexander van der Bellen 53,8 Prozent.

5 Eine umfassende Darstellung der Geschichte des Populismus in den Niederlanden sowie der wichtigsten Gruppierungen in Vergangenheit und Gegenwart liefern: P. Lucardie/G. Voerman, *Populisten in de polder*, Amsterdam 2012.

6 Über Wilders und seine Partei sind inzwischen zahlreiche Publikationen veröffentlicht worden. Verwiesen sei an dieser Stelle lediglich auf ein umfassendes und aktuelles Werk: K. Vossen, *The Power of Populism. Geert Wilders and the Party of Freedom in the Netherlands*, Routledge 2016.

anschließend für einige Zeit als Innensenator der Hansestadt fungiert hatte.⁷ Inzwischen hat sich das Bild auch in der Bundesrepublik deutlich gewandelt: Die *Alternative für Deutschland* (AfD) konnte seit ihrer Gründung im Jahr 2013 trotz ihrer massiven internen Probleme bei verschiedenen Wahlen große Erfolge erzielen und wird im September 2017 voraussichtlich in den Bundestag einziehen.⁸ In beiden Ländern sind auch Gruppierungen von Bedeutung, denen linkspopulistische Charakteristika attestiert werden: In den Niederlanden die *Socialistische Partij* (SP), die bei der letzten Parlamentswahl im Jahr 2012 mit 9,7 Prozent der Stimmen viertstärkste Kraft wurde, und in Deutschland die Linkspartei, die bei der Bundestagswahl 2013 einen Stimmenanteil von 8,7 Prozent erlangt hatte und damit aktuell die drittgrößte Fraktion im Bundestag stellt.⁹

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags wird auf vier Fragen eingegangen, die für die Auseinandersetzung mit dem Thema Populismus von grundlegender Bedeutung sind:

1. Wie ist der Begriff des Populismus zu definieren?
2. Welche Formen des Populismus sind zu unterscheiden?
3. Wie erklären sich die Erfolge populistischer Gruppierungen?
4. Wie sind diese Erfolge zu bewerten?

7 Zum Thema siehe: F. Hartleb, *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden 2004; F. Decker, *Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland: Die Schill-Partei*, in: N. Werz (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 177–194.

8 Zahlreiche Wissenschaftler haben in letzter Zeit Texte über die AfD verfasst, verwiesen sei hier beispielhaft auf: A. Häusler (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden 2016; O. Niedermayer, *Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland*, in: ders. (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden 2015, S. 175–207; D. Bebnowski, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden 2015.

9 Eine komparative Betrachtung dieser beiden Parteien bietet: G. Voerman, *Linkspopulismus im Vergleich. Die niederländische Socialistische Partij und die deutsche Linke*, in: F. Wielenga/F. Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011, S. 179–204.

Alle vier Fragen sind sehr komplex – im Folgenden kann es somit nur darum gehen, einige allgemeine Überlegungen zu ihnen anzustellen. Konkret bedeutet dies, dass im ersten Teil lediglich eine Annäherung an den Begriff des Populismus erfolgt und beispielsweise das Verhältnis zwischen Populismus und Extremismus nicht näher betrachtet werden kann. Bei der Behandlung der zweiten Frage beschränkt sich die Betrachtung auf einige zentrale Charakteristika des Rechts- und Linkspopulismus. Die Betrachtungen im dritten Teil beleuchten weder die nationalen (vor allem rechtlichen, politisch-kulturellen und historischen) Kontexte noch die Rolle der Medien oder die parteiinternen Aspekte, die sich auf die Erfolge populistischer Gruppierungen auswirken. Hier wird lediglich auf wichtige Hintergründe für die politische Unzufriedenheit vieler Bürger eingegangen. Im Rahmen der abschließenden Diskussion werden dann nur einige der zentralen Argumente aufgeführt, die in den Diskussionen über den Aufschwung populistischer Akteure Verwendung finden.

Zum Begriff des Populismus

Obwohl der Populismus-Begriff sehr häufig Verwendung findet, hat sich bis heute noch kein klares und verbindliches Verständnis darüber herausgebildet, was er konkret meint.¹⁰ Vor allem im politischen und medialen Diskursen bleibt er somit diffus, wobei er jedoch zumeist deutlich negativ konnotiert ist. Ein Populist ist dort häufig ein Politiker, der seine eigene Haltung opportunistisch an Stimmungen in der Bevölkerung ausrichtet, der sehr einfache Antworten auf komplexe Fragen formuliert, der durch sein Auftreten und seine Inhalte stark polarisiert und/oder der Ängste, Unsicherheiten und Vorbehalte

10 Umfassende Erläuterungen zur Verwendung des Begriffs finden sich unter anderem in: P. Lucardie, *Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen*, in: F. Wielenga/F. Hartleb (2011), 17–37; F. Decker, *Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis*, in: ebd., S. 39–54.

in der Bevölkerung schürt und für sich nutzt.¹¹ Deutlich seltener finden sich auch positive Bewertungen; als Populisten werden in diesen Fällen Politiker bezeichnet, die gute rhetorische Fähigkeiten, eine enge Verbindung zu den Bürgern und/oder ein gutes Gespür für Stimmungen in der Bevölkerung besitzen – diese positiven Konnotationen erklären dann auch, warum manche Politiker (wie beispielsweise Horst Seehofer) sich selbst als Populisten bezeichnen oder andere (wie beispielsweise Oskar Lafontaine) diese Titulierung zumindest nicht als sonderlich problematisch erachten.¹²

Auch im wissenschaftlichen Diskurs besteht kein einheitliches Verständnis von Populismus, was dazu führt, dass in der Vielzahl an Forschungstexten, die mittlerweile zu diesem Thema erschienen sind, sehr unterschiedliche Personen und Gruppierungen als populistisch bezeichnet werden.¹³ Die von den einzelnen Forschern verwendeten Ansätze bei der Definition des Begriffs lassen sich unterschiedlich kategorisieren. Gidron und Bonikowski unterscheiden diesbezüglich drei Ansätze: 1. Populismus als eine Ideologie, 2. Popu-

-
- 11 Hierauf verweisen beispielsweise: F. Decker/M. Lewandowsky, *Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens*, in: O. Agard/C. Helmreich/H. Vinckel-Roisin (Hrsg.), *Das Populäre. Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache*, Göttingen 2011, S. 332; L. Rensmann, *Populismus und Ideologie*, in: F. Decker (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 59.
 - 12 Vgl. Der Spiegel, „Populist ist kein Schimpfwort“. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer über seinen Freund Michael Glos, Fehler der CSU und die Lernfähigkeit der Kanzlerin, 16.02.2009, online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-64197207.html>, zuletzt eingesehen am 17.01.2017; Der Spiegel, „Schlechter Stil“. Ex-Linksparteichef Oskar Lafontaine bekennt sich zum Populismus, kritisiert die Führung seiner Partei und fordert Gregor Gysi auf, sich mit der zweiten Reihe abzufinden, 16.04.2016, online unter <https://magazin.spiegel.de/SP/2016/16/144314342/index.html>, zuletzt eingesehen am 17.01.2017.
 - 13 Mudde und Kaltwasser konstatieren zurecht: „Populism is one of the most contested concepts in the social sciences.“ C. Mudde/C. Rovira Kaltwasser, *Populism*, in: M. Freeden u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Ideologies*, Oxford 2013, S. 493.

lismus als ein diskursiver Stil und 3. Populismus als eine politische Strategie.¹⁴ Im Folgenden wird der Populismus – wie auch in den meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen¹⁵ – gemäß dem ersten Ansatz als Ideologie charakterisiert. Die Frage nach deren zentralen Inhalten ist nicht einfach zu beantworten, unter anderem weil sich populistische Parteien in Anbetracht der oben erwähnten negativen Konnotationen des Begriffs häufig selbst nicht als populistisch definieren und es anders als bei anderen Ideologien keine populistischen Vordenker oder Klassiker gibt, an denen sich ihr Handeln orientieren würde. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird der Populismus zumeist auch nicht als vollständige Ideologie (wie beispielsweise der Sozialismus oder der Liberalismus) bewertet, sondern er wird oft in Anlehnung an den englischen Politikwissenschaftler Michael Freedon als „dünne“ („thin-centered“) Ideologie charakterisiert, die mit anderen Ideologien verbunden werden und sich somit flexibel an verschiedene Kontexte anpassen kann.¹⁶ Kern der dünnen populistischen Ideologie ist die vertikale Abgrenzung zwischen „dem Volk“ und „der Elite“ – zwei Gruppen, die sich gemäß der populistischen Logik antagonistisch gegenüberstehen.¹⁷ Populistische Akteure platzieren sich

14 Vgl. N. Gidron/B. Bonikowski, *Varieties of Populism: Literature Review and Research Agenda*, Cambridge 2013, online unter http://scholar.harvard.edu/files/gidron_bonikowski_populismlitreview_2013.pdf, zuletzt eingesehen am 17.01.2017.

15 Vgl. Lucardie (2011), S. 18; Mudde/Kaltwasser (2013), S. 498. Die Bedeutung dieses Ansatzes betonen auch Bonikowski und Gidron in einer neueren Publikation, indem sie konstatieren, dass er die Forschung über den europäischen Populismus in den letzten Jahren dominiert hat. B. Bonikowski/N. Gidron, *Multiple Traditions in Populism Research: Toward a Theoretical Synthesis*, in: *APSA Comparative Politics Newsletter* 26 (2016) 12, online unter http://scholar.harvard.edu/files/gidron/files/bonikowski_and_gidron_2016_apsa_newsletter.pdf, zuletzt eingesehen am 21.01.2017, S. 8.

16 Vgl: Gidron/Bonikowski (2013), S. 5 f.; Lucardie (2011), S. 18 f.; Mudde/Kaltwasser (2013), S. 498; K. Priester, *Wesensmerkmale des Populismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5–6/2012, S. 4.

17 Vgl. hierzu beispielsweise: Bonikowski/Gidron (2016), S. 7; Lucardie (2011), S. 19; Mudde/Kaltwasser (2013), S. 498; Rensmann (2006), S. 63 f.

eindeutig auf die Seite des Volkes, zu dessen Vertretung sie sich berechtigt fühlen.¹⁸

Das Volk wird von Populisten oftmals als homogene, abgegrenzte und abstrakte Einheit gesehen, die durch einen gemeinsamen Willen gekennzeichnet ist. Der Politikwissenschaftler Paul Taggart verwendet in diesem Kontext das Bild des *heartland*, das einen imaginären Sehnsuchtsort beschreibt, „in which, in the populist imagination, a virtuous and unified population resides“¹⁹. Zum Volk gehören somit nicht alle Einwohner eines Landes, sondern nur eine durch bestimmte Gemeinsamkeiten verbundene *imagined community*, wobei deren Eingrenzung auf unterschiedliche Weise erfolgen kann. Verdeutlichen lässt sich dies am Beispiel der PVV, die immer wieder Bezug auf „Henk und Ingrid“ nimmt und durch ihre Politik deren Interessen vertreten will. Decker weist in diesem Kontext darauf hin, dass mit der Bezugnahme auf ein solches Idealbild zwei wichtige Ziele verfolgt werden: Identität soll geschaffen werden und Zugehörigkeit soll vermittelt werden.²⁰ Mit der positiven Bewertung des Volkes geht einher, dass Populisten dessen Werte oder Lebensstile anders als Vertreter anderer politischer Ideologien nicht verändern wollen. Der von den

18 An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass die Trennung zwischen Volk und Elite auf einer moralischen und nicht auf einer sachlichen Ebene erfolgt. Hierdurch können sich Populisten auch dann, wenn sie selbst Mandate oder Regierungssämter erlangen, weiter dem Volk zurechnen und Kritik an der Elite üben.

19 P. Taggart, *Populism*, Buckingham/Philadelphia 2000, S. 95. Der Autor führt dort aus: „The heartland is different from ideal societies or utopias because it sees populists casting their imaginative glances backwards in an attempt to construct what has been lost by the present. Whereas ideal societies and, even more, utopias are constructions of the mind and the head, heartlands owe their power to the heart, to the evocation of sentiments that may not necessarily either rationalized or rationalizable.“

20 Vgl. Decker (2011), S. 41. Zum Thema siehe auch: Priester (2012), S. 5 f.

„normalen Bürgern“ vertretene „gesunde Menschenverstand“ wird somit auch als zentrale Bezugsgröße zur Bewertung politischen Handelns gewählt.²¹

Die von Populisten kritisierte Elite umfasst in der Regel die Politiker der etablierten Parteien, die beispielsweise von Vertretern der AfD oft als „Altparteien“ betitelt werden. Darüber hinaus können gegebenenfalls aber auch Medien- und Wirtschaftsvertreter, Intellektuelle, Künstler, Wissenschaftler und Richter zur Elite hinzugerechnet und kritisiert werden.²² Den Elitenvertretern wird vorgeworfen, dass sie gänzlich andere Werte als die Bürger vertreten und sich vor allem nur um die eigenen Interessen und nicht um jene des Volkes kümmern. Pim Fortuyn hielt in einer 2002 veröffentlichten Publikation fest, dass sich die Lebenswelt der Elite fundamental von jener der „normalen“ Bürger unterscheide:

„Het is een gesloten wereld met autistische trekjes, met een geheel eigen kijk op de wereld en de werkelijkheid en zelfs met een geheel eigen jargon dat voor buitenstaanders nauwelijks is te volgen. Beeldend samenvattend wordt dit verschijnsel ook wel de ‚Haagsche Kaasstolp‘ genoemd.“²³

Die zentrale Zielsetzung populistischer Akteure ergibt sich aus der „Wir-hier-unten-gegen-die-da-oben“-Logik: Der Volkswille soll ihrer Auffassung zufolge möglichst weitreichend und unverfälscht umgesetzt werden, das (tugendhafte und klarsichtige) Volk soll also möglichst viel Einfluss erhalten, wodurch dann auch die Entscheidungsspielräume der (korrupten, machtbesessenen, abgehobenen und arroganten) Elite eingegrenzt werden. Vor diesem Hintergrund

21 Priester schreibt erläuternd: „Aus populistischer Sicht ist der ‚gesunde Menschenverstand‘ dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen, weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruhe, noch nicht vom Virus des modernen Skeptizismus infiziert sei und daher noch einen unverfälschten, ‚gesunden‘ Zugang zu Recht und Wahrheit habe.“ Priester (2012), S. 4.

22 „All these are portrayed as being one homogenous corrupt group that works against the ‚general will‘ of the people.“ Mudde/Kaltwasser (2013), S. 502 f.

23 P. Fortuyn, *De puinhopen van acht jaar paars*, Uithoorn 2002, S. 12.

erklärt es sich dann auch, dass Populisten häufig als Befürworter von direkt-demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auftreten.

Die bisherigen Überlegungen werden in einer Definition von Cas Mudde zusammengetragen, auf die in der Forschung häufig Bezug genommen wird. Mudde definiert Populismus als „thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogenous and antagonistic camps ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people.“²⁴ In der „Agenda van hoop en optimisme“, dem Wahlprogramm der PVV zur Wahl 2010, finden sich zentrale Elemente dieser Definition besonders deutlich wieder, hier heißt es:

„Hebben we een echte democratie, of is dat vooral een façade? De democratie verkeert in haar grootste crisis sinds Thorbecke. Er bestaat een wereld van verschil tussen wat het Nederlandse volk vindt en wat de elites vinden. Als het gaat om de klimaattheorieën van Al Gore, de massaimmigratie, de islamisering, de Europese superstaat, de ontwikkelingshulp, de kunstsubsidies, strenger straffen; de burger snapt het en de elites niet. Laat het duidelijk zijn: De PVV staat aan de kant van de gewone man en vrouw. Wat we moeten doen is de macht teruggeven aan de burger. Alleen een radicale democratisering kan de dominantie van de linkse elites breken.“²⁵

Die populistische Orientierung der PVV wird auch aus den Titel der Wahlprogramme zu den beiden nachfolgenden Wahlen (*Hún Brussel, óns Nederland*, 2012 und *Nederland weer van ons*, 2017) sehr deutlich. Klar populistische Töne schlug Wilders zudem beispielsweise auch im Schlussplädoyer an, das er Ende

24 C. Mudde, *The Populist Zeitgeist*, Januar 2004, online unter https://works.bepress.com/cas_mudde/6/, zuletzt eingesehen am 17.01.2017, S. 11.

25 PVV, *De agenda van hoop en optimisme. Een tijd om te kiezen: PVV 2010–2015*, online unter <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/pvv2010/VerkiezingsProgrammaPVV2010.pdf>, zuletzt eingesehen am 19.01.2017, S. 17.

2016 im Prozess gegen ihn hielt.²⁶ Im Rahmen ihres 2016 verabschiedeten Grundsatzprogramms formuliert auch die AfD eindeutig populistische Inhalte. Zu Beginn des ersten Kapitels „Demokratie und Grundwerte“ heißt es dort:

„Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt. Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“²⁷

Formen des Populismus

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Populismus als dünne Ideologie mit anderen Ideologien verbunden werden kann und dass hierdurch auch das breite Spektrum an Gruppierungen, die als populistisch charakterisiert wer-

26 Bei dem Prozess ging es um Äußerungen über marokkanische Einwanderer, die Anklage lautete auf Beleidigung einer Volksgruppe und Anstiftung zu rassistischen Hass. Anders als im ersten Prozess 2011 wurde Wilders dieses Mal für schuldig befunden, von der Verhängung einer Strafe sah das Gericht jedoch ab. Sein Schlussplädoyer ist im Internet einzusehen unter <http://nos.nl/video/2144708-volledige-verklaring-geert-wilders-tijdens-proces-tegen-hem.html>.

27 AfD, *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*, 2016, online unter https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf, zuletzt eingesehen am 17.01.2017, S. 8.

den, erklärt werden kann.²⁸ Die im europäischen Kontext sicherlich am häufigsten diskutierte Form des Populismus ist der Rechtspopulismus, bei dem ein Bezug zum Nationalismus hergestellt wird. Rechtspopulistische Akteure sprechen unterschiedliche Themen an, ihr Bezugspunkt ist dabei stets ein ethnisch mehr oder weniger homogenes Volk, dessen Interessen von außen (z. B. durch die EU) bedroht werden. Vor diesem Hintergrund legen sie viel Wert auf die Bewahrung nationaler Souveränität und die Durchsetzung nationaler Interessen. Charakteristisch ist zudem, dass neben die vertikale Abgrenzung zwischen Volk und Elite eine horizontale Abgrenzung zwischen einer durch eine gemeinsame Identität geformte *ingroup* und einer bzw. mehrerer *outgroups* tritt. Bei diesen *outgroups* kann es sich beispielsweise um alle Migranten handeln, um bestimmte Migrantengruppen oder um religiöse Gruppierungen (aktuell häufig um Muslime), in manchen Fällen aber auch um sogenannte Sozialschmarotzer oder – wie im Fall der Schill-Partei – um Kriminelle. Verdeutlichen lässt sich die Konstruktion einer *outgroup* wiederum gut am Beispiel der PVV. Wilders bezieht nicht nur klar Position für „Henk und Ingrid“, sondern stellt diesen mit „Ali und Fatima“ auch idealtypische Vertreter einer *outgroup* entgegen. Um das von ihnen angestrebte Gesellschaftsbild und die Belange der *ingroup* zu verteidigen, fordern Rechtspopulisten oftmals eine massive Begrenzung der Zuwanderung und den Schutz nationaler Werte. Einher gehen hiermit häufig Kritik an kulturellrelativistischen Anschauungen sowie antipluralistische und antimoderne Sichtweisen.²⁹

Der Linkspopulismus, für den Bezüge zum Sozialismus konstitutiv sind, ist eher auf Inklusion statt auf Exklusion gerichtet: Linkspopulisten setzen sich für die aus ihrer Sicht unterprivilegierten Bevölkerungsschichten ein. Hier steht somit nicht die nationale, sondern die soziale Identität im Vordergrund, linkspopulistische Akteure „suchen den Rekurs auf das ‚einfache Volk‘, den ‚kleinen Mann‘ oder den ‚Arbeitnehmer‘, der durch die Interessen der Banker,

28 Einen kurzen historischen Überblick über verschiedene Formen des Populismus bieten: Mudde/Kaltwasser (2013), S. 494–498.

29 Eine Übersicht über vertikale und horizontale Orientierungen der populistischen Ideologie bietet: Rensmann (2006), 65.

der Konzerne oder ganz allgemein ‚der Wirtschaft‘ bedroht werde“³⁰. Die Kritik an den Politikern lautet, dass sie die Interessen der Reichen und nicht – wie es eigentlich ihr Auftrag wäre – die der „einfachen Bürger“ vertreten würden. In der Präambel des Grundsatzprogramms der deutschen Linkspartei heißt es in diesem Sinne: „Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind.“³¹ Viele sozial- und wirtschaftspolitische Weichenstellungen der letzten Jahre werden von linken Populisten abgelehnt. Sie plädieren für mehr Einflussmöglichkeiten für die Bürger sowie eine massive Umverteilung der verfügbaren Ressourcen. Dabei grenzen sie sich „nicht von anderen gesellschaftlichen Gruppen – etwa den ‚Ausländern‘ – ab, sondern treten in wertebezogenen Fragen eher liberal auf. Hier bilden sie den genauen Gegenpol zur populistischen Rechten.“³²

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Unterscheidung zwischen Rechts- und Linkspopulisten in der Praxis oftmals durchaus fragwürdig erscheint, vor allem dann, wenn – wie beispielsweise von Wilders – rechte Positionen bei soziokulturellen Fragen mit linken Positionen bei sozioökonomischen Fragen kombiniert werden. In einem solchen Fall erscheint die häufig zu findende Klassifizierung als Rechtspopulist zumindest fragwürdig, unter anderem vor diesem Hintergrund bezeichnen verschiedene Forscher Wilders dann auch eher als Nationalpopulisten.³³

30 Decker/Lewandowsky (2010), S. 344.

31 Die Linke, *Programm der Partei DIE LINKE*, Erfurt 2011, online unter https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt_2011.pdf, zuletzt eingesehen am 18.01.2017.

32 Decker/Lewandowsky (2010), S. 333.

33 Vgl. K. Vossen, *Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten. Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders*, in: Wielenga/Hartleb (2011), S. 77–104; Lucardie/Voerman (2012), S. 184 f.

Grundlagen für die Erfolge rechtspopulistischer Gruppierungen

Die Erfolge populistischer Gruppierungen werden in der Literatur häufig auf ökonomische, gesellschaftliche und politische Transformations- oder auch Modernisierungsprozesse zurückgeführt, die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich gesehen und bewertet werden.³⁴ In der populistischen Logik lässt sich dies sehr einfach ausdrücken: Bei vielen zentralen Fragen dieser Zeit hat sich eine gewaltige Kluft zwischen den Haltungen der normalen Bürger und denen der abgehobenen Elite herausgebildet. Konkret geht es in ökonomischer Hinsicht um die Veränderungen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung des wirtschaftlichen Geschehens. In gesellschaftlicher Hinsicht kommt der Frage nach der nationalen Identität in Zeiten einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur, eines voranschreitenden europäischen Integrationsprozesses und einer zunehmenden Internationalisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens eine hohe Bedeutung zu.³⁵ In politischer Hinsicht sind unter anderem Fragen nach der nationalen Souveränität und der nationalen Sicherheit relevant, zudem auch Fragen nach der politischen Teilhabe in Zeiten aufbrechender Parteibindungen und heterogener Erwartungen an das politische System. Zu beachten ist zudem, dass in der modernen Politik Entscheidungsprozesse immer komplizierter werden und Verantwortlichkeiten verwischen. Priester schreibt in diesem Kontext: „Als Krisensymptom reagiert der Populismus auf die Verengung von Politik auf

34 Lucardie schreibt erläuternd: „Im Modernisierungsprozess wandeln Werte sich, meist zuerst in den gesellschaftlichen Oberschichten – der Elite – und erst später in den Mittel- und Unterschichten – also im Volk. Wenn die Oberschichten sichtbar und auf längere Zeit moderne Werte und Verhaltensmuster zur Schau tragen, während die Mittel- und Unterschichten an traditionellen Werten und Brauchtümern festhalten, entsteht ein Potential für politische Proteste.“ Lucardie (2011), S. 27.

35 Taggart schreibt hierzu: „Through globalization and the associated uncertainties of identity that come about with the construction (imagined or real) of a ‚global community‘ there will be more impetus for those feeling excluded to take refuge in an imagined heartland.“ Taggart (2000), S. 117.

technokratische Governance, auf deliberative Absprachen zwischen politischen Entscheidungsträgern und demokratisch nicht legitimierten Experten sowie die vermeintliche Alternativlosigkeit der Volksparteien.“³⁶

Populistische Gruppierungen konzentrieren sich genau auf jene Themen, bei denen die Haltungen der anderen Parteien in Teilen der Bevölkerung Sorgen, Vorbehalte oder Ressentiments hervorrufen. Ihre Forderungen bspw. nach einer Begrenzung der Zuwanderung, nach einer Zurückdrängung des Einflusses der EU oder nach einem härteren Vorgehen gegen Kriminelle werden dabei nicht nur von kleinen Teilen der Gesellschaft, sondern von großen Bevölkerungsgruppen unterstützt.³⁷ Politikern wie Wilders gelingt es zudem, die verschiedenen Themenkomplexe miteinander zu verbinden und seine Inhalte mit populistischer Kritik an der politischen Elite zu verbinden: Die Politiker in Den Haag schützen die Gesellschaft nicht vor der islamistischen Gefahr, sie sind schuld an der Masseneinwanderung, geben die niederländische Unabhängigkeit im europäischen Kontext einfach auf, erkennen die Unsicherheit auf den Straßen nicht, belasten durch ihre Politik Henk und Ingrid – gleichzeitig geben sie viel Geld für Ali und Fatima, Europa, einen viel zu großen Staatsapparat und linke Hobbys (Entwicklungszusammenarbeit, Kultursubventionen usw.) aus.

Oftmals wird die Auffassung, dass Populisten gerade bei den Bürgern erfolgreich sind, deren eigene Lebenssituation sich durch die angesprochenen Modernisierungsprozesse objektiv verschlechtert hat oder zumindest subjektiv als bedroht wahrgenommen wird. Eine solche Erklärung führt zu einem bestimmten Bild der Anhängerschaft populistischer Gruppierungen (Bildung, sozialer Status usw.) – vor allzu einfachen Schlussfolgerungen und allzu einfachen Bildern ist allerdings, wie schon die hohe Zahl an Wählern populistischen Parteien zeigt, zu warnen.

36 Priester (2012), S. 7.

37 Entsprechende Zahlen aus den Niederlanden finden sich beispielsweise in: CBS, Nationaal Kiezersonderzoek 2006–2012, Den Haag/Heerlen 2015, S. 136 f.

scher Gruppierungen verdeutlicht, zu warnen.³⁸ Zentraler als sozioökonomische Faktoren erscheinen Haltungen. Wähler populistischer Parteien beurteilen in vielen Umfragen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen deutlich kritischer als die Wähler anderer Parteien. Um ein Beispiel zu nennen: In einer Befragung zur letzten Parlamentswahl im Jahr 2012 äußerten sich 77 Prozent der PVV-Wähler sorgenvoll über die eigene finanzielle Zukunft und sogar 88 Prozent sorgenvoll über die wirtschaftlichen Perspektiven der Niederlande – bei der Gesamtheit der Wähler lagen diese Werte bei 59 und 65 Prozent. Ein wesentlich deutlicherer Unterschied ergibt sich bei der Frage danach, ob die niederländische Kultur bedroht ist. 79 Prozent der PVV-Wähler stimmten dieser Aussage zu, bei allen Wählern lag die Zustimmungquote hingegen nur bei 45 Prozent.³⁹

In einer im November 2016 veröffentlichten Studie zur Frage danach, wer in Europa aus welchen Gründen populistische Parteien wählt, kamen die beiden Autorinnen, Catherine de Vries und Isabell Hoffmann, zu einem eindeutigen Ergebnis: „In Europa sind Globalisierungsängste die treibende Kraft hinter der populistischen Revolte.“⁴⁰ Diese Schlussfolgerung konnte auch auf der Grundlage der Umfrageergebnisse aus Deutschland und den Niederlanden gezogen werden. In Deutschland sahen 45 Prozent der Befragten die Globalisierung eher als Bedrohung denn als Chance, in den Niederlanden lag dieser Wert mit 40 Prozent etwas niedriger. Hinsichtlich der Anhänger der unterschiedlichen Parteien ergeben sich in beiden Ländern deutliche Unterschiede.

38 Beispielhaft deutlich wird dies anhand der zu Beginn angesprochenen US-Wahl vom November 2016: Auch über 40 % der Wähler mit Hochschulabschluss gaben an, für Trump gestimmt zu haben. Vgl. Statista, *Wahlverhalten bei der US-Wahl 2016: Stimmenanteile für Donald Trump und Hillary Clinton nach Bildungsgrad*, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/631136/umfrage/us-wahl-2016-trump-vs-clinton-wahlverhalten-nach-bildungsgrad/>, zuletzt eingesehen am 19.01.2017.

39 Vgl. CBS (2015), S. 66.

40 C. de Vries/I. Hoffmann, *Globalisierungsangst oder Wertekonflikt. Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum*, November 2016, online unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf, zuletzt eingesehen am 19.01.2017.

Gerade bei den Parteien, die als populistisch charakterisiert werden, finden sich überproportional viele Personen, die die mit der Globalisierung einhergehenden Veränderungen (insbesondere in Bezug auf das Thema Migration) skeptisch bewerten (Deutschland: AfD 78 %, Linke 54 %; Niederlande: PVV 57 %, SP 45 %).⁴¹

In den letzten Jahren haben populistische Parteien in verschiedenen Ländern von der Unzufriedenheit vieler Bürger profitiert, wobei sich die nationalen Entwicklungen teilweise gegenseitig beeinflusst haben. Zudem arbeiten die populistischen Akteure immer enger zusammen – dies gilt in Europa vor allem für den Kampf gegen die EU, die als Verkörperung und Ursache vieler der oben genannten Probleme (Verlust an nationaler Souveränität, Wohlstandsverluste, Krise der politischen Repräsentation) gesehen wird. Wilders' Haltung zur EU wurde im Lauf der Zeit immer kritischer, vor der Wahl 2012 forderte er vehement den Austritt der Niederlande. Auch im Wahlprogramm 2017 findet sich diese Forderung wieder.⁴² Im Fall der AfD bildete die Kritik an der Politik zur Rettung des Euro den Anlass zur Parteigründung. Im aktuellen Grundsatzprogramm fordert die Partei eine fundamentale europapolitische Neuorientierung. Dort heißt es: „Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.“⁴³

Wie sind die Erfolge populistischer Gruppierungen zu bewerten?

In der öffentlichen Wahrnehmung gehen die Erfolge rechtspopulistischer Akteure mit großen Besorgnissen einher, oftmals werden sie als Fingerzeig

41 Vgl. ebd., S. 21 und 25.

42 Vgl. PVV, *Nederland weer van ons*, online unter <https://www.pvv.nl/visie.html>, zuletzt eingesehen am 19.01.2017.

43 Vgl. AfD (2016), S. 16.

auf die Probleme, zum Teil sogar auf eine tief greifende Krise der repräsentativen Demokratie gedeutet. Zu erklären ist dies sicher auch damit, dass in der politischen Praxis die Grenzen zwischen populistischen und extremistischen Akteuren fließend verlaufen.⁴⁴ Auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen finden sich zahlreiche Kritikpunkte am Populismus, allerdings werden ihm auch einige positive Funktionen zugesprochen.⁴⁵ Zu den positiven Aspekten gehört beispielsweise die Auffassung, dass populistische Gruppierungen eine Integrationsfunktion erfüllen können. Unzufriedene Bevölkerungsgruppen, die sich ansonsten von der Politik abwenden würden bzw. in der Vergangenheit abgewendet haben, können sich ggf. durch populistische Parteien (wieder) vertreten fühlen und durch diese auch die Möglichkeit erhalten, sich politisches Gehör zu verschaffen.⁴⁶ Populistische Parteien können somit eventuell „Unzufriedenheitsgefühle bündeln, die sich ansonsten vielleicht bei noch extremeren Kräften oder gar auf gewaltsamen Wege Bahn brechen würden“⁴⁷.

44 Zum Thema siehe: Rensmann (2006), S. 67–69.

45 Die folgenden Ausführungen basieren unter anderem auf: Gidron/Bonikowski (2013), S. 17 ff.; Lucardie (2011), S. 33 ff. Decker (2011), S. 42 ff. Decker/Lewandowsky (2010), S. 348 f.; Rensmann (2006), S. 72 ff.

46 Als Beleg für die oben genannte These können evtl. die im März 2016 durchgeführten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg dienen, bei denen die AfD Stimmen von vielen vorherigen Nichtwählern erhalten hat (Sachsen-Anhalt: 101 000, Rheinland-Pfalz: 80 000, Baden-Württemberg: 20 000). Vgl. C. Elmer/C. Hebel, *Wahlanalyse: AfD mobilisiert Enttäuschte – nicht Überzeugte*, 13.03.2016, online unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlergebnisse-2016-in-der-analyse-afd-mobilisiert-nichtwaehler-a-1081852.html>, zuletzt eingesehen am 17.01.2017.

47 Decker/Lewandowsky (2010), S. 348. Die Vermutung, dass populistische Parteien viele Stimmen von Personen erhalten, die den politischen Institutionen skeptisch gegenüberstehen und sich durch ein hohes Maß an politischen Zynismus kennzeichnen, kann anhand der Wählerbefragung zur niederländischen Wahl des Jahres 2012 eindeutig bestätigt werden: Die Anhänger der PVV vertraten deutlich kritischere Auffassungen als die der anderen Parteien, die Werte waren sogar noch kritischer als jene der Nichtwähler. Vgl. CBS (2015), S. 128 f.

Häufig wird den populistischen Gruppierungen damit auch eine Themenfindungsfunktion zugesprochen: Durch sie wird der Kontakt zwischen Bürgern und der Politik verbessert. Anders ausgedrückt: Populisten nehmen bestimmte Stimmungen in der Bevölkerung auf und erzwingen von den anderen Parteien eine politische Reaktion zu Themen, die sonst eventuell ignoriert würden. Gidron und Bonikowski schreiben hierzu: „Arditi [...] suggests that populism can be seen as ‚the awkward dinner guest‘, the one who gets drunk and asks inappropriate questions, which may in fact point to important hidden problems [...]“.“⁴⁸ Beispielhaft kann hier auf den Umgang mit Integrationsproblemen in den Niederlanden verwiesen werden: Lange Zeit wurden sie von den Parteien kaum thematisiert, die Auseinandersetzung mit ihnen setzte erst in größerer Intensität ein, nachdem Pim Fortuyn diese Themen öffentlichkeitswirksam aufgriff und damit große Erfolge erzielt hatte.⁴⁹

Zuweilen wird auch konstatiert, dass das politische Geschehen durch die populistischen Akteure attraktiver wird, weil durch sie verkrustete Abläufe und Tabus durchbrochen werden. Ein grundlegender Aspekt besteht zudem darin, dass durch das Aufkommen von Populisten die demokratische Kontrolle erhöht wird: Aufgrund des größeren öffentlichen Drucks, der durch die populistischen Akteure hervorgerufen wird, ist es den politischen Entscheidungsträgern weniger gut möglich, wichtige Entscheidungen in geschlossene Kreise zu verlagern und werden Verantwortlichkeiten eventuell klarer. Hierdurch wird an den Schwächen des repräsentativen Systems gearbeitet und es wird dafür gesorgt, dass die Komplexität moderner Politik erträglicher wird.

48 Gidron/Bonikowski (2013), S. 19. Die Autoren fahren folgendermaßen fort: „This colorful metaphor nicely captures the duality between populist politics and democracy: populism challenges the common sense of liberal democratic practice and may have ominous implications for liberal democracy; at the same time, populism may serve to identify otherwise overlooked political problems and give marginalized groups a legitimate voice.“

49 Zum Thema siehe: M. Kortmann/M. Wilp, *Integrationskontroversen in den Niederlanden. Hintergründe, Entwicklungen und aktuelle Themen im Überblick*, in: F. Wielen-ga/M. Wilp, *Die Niederlande. Ein Länderbericht*, Bonn 2015, S. 285–319.

Trotz dieser positiven Aspekte überwiegen die Kritikpunkte und Bedenken, die mit dem Aufschwung populistischer Akteure einhergehen und die auf ganz unterschiedlichen Ebenen formuliert werden. Allgemein wird beispielsweise die Vorstellung eines homogenen Volkswillens kritisiert, da sie einem pluralistischen Gesellschaftsmodell widerspricht. In diesem Kontext wird auch der moralische Alleinvertretungsanspruch der Populisten kritisiert, da dieser die Legitimität anderer Parteien und somit des politischen Wettbewerbs diskreditiert.

Ein weiterer grundsätzlicher Kritikpunkt am Populismus besteht darin, dass dessen Orientierung am vermeintlichen Volkswillen die Gefahr einer „Diktatur der Mehrheit“ heraufbeschwört. Zwei Aspekte sind hierbei zu beachten. Erstens können die Fokussierung auf die Interessen einer als *ingroup* definierten (und überaus positiv bewerteten) Mehrheit und die damit einhergehende Konstruktion von (häufig kritisierten) *outgroups* mit dem Schutz von Minderheitenrechten konfliktieren. Ein zweiter wichtiger Punkt besteht darin, dass die Fixierung auf die Umsetzung der Mehrheitsmeinung in einem Spannungsfeld zur Funktionsweise des die Demokratie sichernden demokratischen Verfassungsstaates mit seinem System der *checks and balances* stehen kann.⁵⁰ Decker schreibt hierzu: „Indem er das demokratische Element hypostasiert und gegen die demokratiebegrenzenden Prinzipien der Verfassungsstaatlichkeit in Stellung bringt, rückt der Populismus zumindest potenziell in die Nähe der Systemfeindlichkeit.“⁵¹ Priester kommt zu einer ähnlichen Einschätzung, sie sieht den Populismus in der „Grauzone zwischen loyaler und illoyaler Opposition“, da der von ihm formulierte Demokratismus „es darauf anlegt, die Verklammerung von Rechtsstaatlichkeit und Mehrheitswillen zu zerbrechen“⁵².

50 Auf diesen Punkt verweisen beispielsweise: Mudde/Kaltwasser (2013), S. 506 f.; Lucardie (2011), S. 33 f.

51 Decker (2011), S. 42 f.

52 Priester (2012), S. 5. Die Autorin zitiert anschließend den Politikwissenschaftler Schedler, der den Populismus als „ein Borderline-Phänomen in einem Kontinuum zwischen Anti-Establishment- und Anti-System-Parteien“ bewertet.

Vorgebracht wird auch, dass die stete und harsche Kritik an den Parteien, an Politikern und an politischen Aushandlungsprozessen sowie an den hierbei entstehenden Kompromisslösungen die Akzeptanz des politischen Geschehens untergräbt und vorhandene Unzufriedenheiten in der Bevölkerung eben nicht verringert, sondern immer mehr steigert. Da Populisten von dieser Unzufriedenheit profitieren, sind sie auch nicht – so ein häufiger Vorwurf – an der Lösung der Probleme interessiert. Ihre Forderungen werden oftmals nicht als realistische Alternativen, sondern als wohlklingende Scheinlösungen charakterisiert. Sie nehmen zudem in Kauf, dass durch ihre polarisierenden Forderungen der gesellschaftliche Frieden gestört wird und Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufgehetzt werden. Auch die Tatsache, dass andere Akteure die Inhalte und den Stil der Populisten aufgreifen, wird teilweise als problematisch angesehen: „Bemächtigen sich Parteien und Medien ihrer Themen und bedienen sie sich in der Wähleransprache derselben Techniken, tragen diese selbst dazu bei, dass das populistische Gift in die Politik einsickert.“⁵³

Auf der Grundlage dieser unterschiedlichen Argumente – die Liste ließe sich noch erheblich erweitern! – schreiben manche Autoren dem Populismus eine durchaus stabilisierende und belebende Funktion für die repräsentative Demokratie zu. Andere sehen ihn hingegen als Gefahr und als Wegbereiter des Extremismus.⁵⁴ Unabhängig jedoch davon, zu welcher Einschätzung man über den Aufschwung populistischer Gruppierungen auch gelangen mag, ist aktuell in jedem Fall zu konstatieren, dass diese sich in der politischen Landschaft vieler Länder etabliert haben und ihnen zweifelsohne auch in Zukunft eine wichtige Bedeutung zukommen wird.

53 Decker/Lewandowsky (2010), S. 349.

54 Priester schreibt resümierend, dass die positive Funktion des Populismus darin liegen kann, „politische Sklerosierung aufzubrechen, die Kartellisierung der ‚politischen Klasse‘ infrage zu stellen und apathische, passive Bevölkerungsschichten zu aktivieren – wenn auch um den Preis der Mobilisierung von Wut, Empörung und anderen ‚Leidenschaften‘“. Priester (2012), S. 8.

IV. Die *Partij voor de Vrijheid* und die Alternative für Deutschland im Vergleich

von Koen Vossen

Die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) und die Alternative für Deutschland (AfD) werden oftmals im gleichen Atemzug als Beispiele für den in Europa aufkommenden Populismus genannt. Geert Wilders, Anführer der PVV, und Frauke Petry, die prominenteste AfD-Politikerin, werden zumeist mit anderen populistischen Politikern, wie Nigel Farage, Marine le Pen und Donald Trump, in eine Reihe gestellt. Politiker aus verschiedenen Ländern unter einen gemeinsamen Nenner zu setzen, hat den Vorteil, dass man über eine allzu enge nationale Perspektive blickt. Zugleich besteht das Risiko, dass Unterschiede, die zwischen diesen Parteien sowohl in ideologischer und strategischer als auch in organisatorischer Hinsicht bestehen, etwas zu leicht übergangen werden. Es ist demnach empfehlenswert, die Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen diesen Parteien tief gehend und vergleichend zu untersuchen. Im vorliegenden Beitrag sollen daher die PVV und die AfD in einer Reihe von Punkten miteinander verglichen werden, nämlich hinsichtlich ihrer Vorgeschichte, hinsichtlich ihrer Ideologie und Organisation und hinsichtlich ihres Platzes in der Parteienlandschaft. Auf eine vergleichende Analyse der Wähler beider Parteien ist hier verzichtet worden, weil zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags besonders über die AfD-Wähler noch relativ wenige tiefer gehende Forschungen vorliegen. Allerdings ist am Ende des Beitrags eine Tabelle mit den Wahlergebnissen beider Parteien aufgeführt.

Vorgeschichte

Der erste wichtige Unterschied zwischen beiden Parteien ist ihr Alter. Die *Partij voor de Vrijheid* wurde im Februar 2006 gegründet, während die Alternative für Deutschland im April 2013 ihren Gründungskongress abhielt. Der Gründung beider Parteien ging eine beträchtliche Vorbereitungszeit voraus.

Die Vorgeschichte der PVV reicht bis in den September 2004 zurück. Geert Wilders, seit 1998 Mitglied der Fraktion der VVD in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, trat am 2. September 2004 aus der Fraktion aus und machte als Ein-Mann-Fraktion weiter. Der unmittelbare Anlass für seinen Austritt war Wilders' Weigerung, sich hinter den VVD-Standpunkt bezüglich des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union zu stellen. Im Gegensatz zur VVD-Fraktion war Wilders der Ansicht, dass die Türkei aufgrund ihres islamistischen Charakters niemals Mitglied der EU werden dürfe. Ferner wollte Wilders, dass die VVD bei Fragen nach der Immigration, Integration und Sicherheit einen stärker rechts ausgerichteten Kurs fahren sollte. Mit seiner Fraktionskollegin Ayaan Hirsi Ali hatte er bereits im April 2003 zu einem „liberalen Dschihad“ gegen den radikalen Islam aufgerufen, bei dem es sich den beiden zufolge um eine große, aber unterschätzte Gefahr für die europäische Zivilisation handelte. Damit stellten sie sich hinter Pim Fortuyn, der im Jahr 2001 noch zu einem Kalten Krieg gegen den Islam aufgerufen hatte. Der Aufstieg Pim Fortuyns und seiner Partei, der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), in den Jahren 2001–2002 sowie seine Ermordung am 6. Mai 2002 hatten auf die niederländische Politik enorme Auswirkungen gehabt. Es gelang dem schillernden Soziologieprofessor, Themen wie Immigration und Islam zu politisieren, aber er konnte nicht zuletzt durch seine professorale Ausstrahlung Distanz zum kleinen rechtsextremen Milieu in den Niederlanden wahren. Dadurch blieb ihm das Schicksal der *Centrumpartij* und der *Centrum-Democraten* aus den 1980er und 1990er Jahren erspart, die mit ihrem Anti-Immigrationsprogramm als Parias galten. Die LPF hingegen erreichte 17 % der Stimmen und durfte sich an der Regierung beteiligen. Obwohl diese Regierungsbeteiligung nur von kurzer Dauer war und die LPF an internen Konflikten zugrunde ging, war klar, dass sich die so stabile Parteienlandschaft der Niederlande Dank Fortuyn ein für alle Mal verändert hatte.

Wilders hoffte, mit seiner neuen Bewegung die Lücke zu füllen, die nach dem Untergang der LPF anscheinend existierte. So suchte er dann auch Kontakt zu einigen ehemaligen Anhängern Fortuyns sowie zu Dr. Bart Jan Spruyt, dem Vorsitzenden der Edmund Burke-Stiftung. Dieser Thinktank wollte in den überwiegend progressiven Niederlanden durch die Organisation von

Konferenzen und die Veröffentlichung von Meinungsartikeln das konservative Gedankengut verbreiten. Spruyt stellte Wilders während einer Studienreise in den Vereinigten Staaten vielen amerikanischen Neokonservativen vor. Die neokonservative Partei, die sie bilden wollten, kam jedoch nicht recht voran. In den Umfragen schnitt die im Januar 2006 offiziell gegründete PVV schlecht ab. Mit dem Verfassen kulturpessimistischer Betrachtungen über die Notwendigkeit eines „neuen, begeisternden Verbunds“ konnte die Partei höchstens ein kleines Grüppchen von Neokonservativen für sich gewinnen, nicht jedoch die breite Wählermasse. Im Sommer 2006, einige Monate vor den Parlamentswahlen im Oktober des gleichen Jahres, riss Wilders dann auch das Ruder herum. Er stellte ein Programm auf, in dem der Kampf gegen den Islam und die Immigration in den Niederlanden an erster Stelle standen, und begann, sich in den Medien mit derben Äußerungen über den „Tsunami der Islamisierung“, der den Niederlanden bevorstehe, zu profilieren. Dies kostete ihn die Unterstützung Spruyts, der ihm den Rücken zukehrte, brachte ihm letztlich jedoch bei den Parlamentswahlen des Jahres 2006 überraschend viele Stimmen ein. Mit 5,9 % der Stimmen erlangte er 9 Sitze, ein ermutigendes Ergebnis für einen Newcomer. Weil andere post-fortuynsche Parteien die Prozent-Hürde nicht schafften, schien Wilders Ende 2006 endgültig zum Nachfolger Fortuyns geworden zu sein.

Vergleicht man die Entstehungsgeschichte der PVV mit der der Alternative für Deutschland, dann fällt direkt auf, dass bei der letztgenannten nicht Immigration oder Islam, sondern die Europäische Union – genauer: der Euro – der Hauptgrund für ihre Gründung gewesen ist. Besonderer Stein des Anstoßes war die von Angela Merkel zugesagte Milliardenunterstützung für Griechenland, um auf diese Weise den Euro zu erhalten. Ebenso wie die frühe PVV hatte die AfD anfangs eher den Charakter eines Thinktanks als den einer Partei. Im Herbst 2010 ergriff der Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke die Initiative zur Gründung eines „Plenums der Ökonomen“, das sich gegen Merkels Politik wehrte. Obwohl die Umfragen zeigten, dass ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung sich ebenfalls mit der Milliardenhilfe für Griechenland schwertat, hatte diese recht vornehme Gruppe von Euro-Kritikern noch wenig Einfluss auf die etablierten Parteien. Daher richtete sich

Lucke 2012 auch auf andere Strategien aus, um die seiner Meinung nach verhängnisvolle Euro-Politik Merkels zu stoppen. Er war an der Gründung des *Bündnisses Bürgerwille* beteiligt und schloss sich später der *Wahlalternative 2013* an, in der auch Alexander Gauland und Konrad Adam aktiv waren. Schließlich entschlossen sie sich, eine ganz neue Partei zu gründen, die *Alternative für Deutschland*, um so an den Bundestagswahlen vom September 2013 teilnehmen zu können. In einem Programm, das vor einem ökonomisch-monetären Jargon strotzte, und mit einer Kandidatenliste voller respektabler Bürger versuchten Lucke, Gauland und Adam, einen deutlichen Abstand zum rechts-extremen Milieu zu wahren, mit dem neue Parteien in Deutschland, besonders die auf der rechten Seite des politischen Spektrums, schnell assoziiert werden.

Dennoch zeigte sich schon bald, dass neben dem Euro ein anderes Thema einen Platz ganz oben auf der Tagesordnung der Partei einnahm: Einwanderung. Spätestens seit dem Erfolg von Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* war deutlich, dass es für eine Partei, die eine europaskeptische Haltung mit einem härteren Standpunkt in Bezug auf Immigration und Integration kombinierte, ein erhebliches Potenzial gab. In gewissem Sinn war Thilo Sarrazin für Deutschland das, was Pim Fortuyn für die Niederlande war, nämlich derjenige, der unter anderem auf der Grundlage seines akademischen Status über genügend Autorität und Kultiviertheit verfügte, um einen bis dahin stark verketzerten Standpunkt zu verkünden. Untersuchungen zeigten, dass eine „Sarrazin-Partei“ zwischen 10 und 20 % der Stimmen erhalten würde. Alleine schon aus wahltaktischen Erwägungen ging daher von einer strengen Haltung in puncto Immigration ein beträchtlicher Reiz aus.

Dennoch war das Programm, mit dem die Alternative für Deutschland in die Bundestagswahlen ging, recht gemäßigt. Die AfD war zwar kritisch gegenüber der Einwanderungspolitik, aber mit Parteien wie der PVV und dem *Front National* wollte sie nichts zu tun haben. Nach einer ausführlichen Untersuchung verschiedener Parteipublikationen konnte der deutsche Politikwissenschaftler Kai Arzheimer beim besten Willen dann auch nur wenig Populistisches, geschweige denn Radikales an der Partei entdecken. Nach einer quantitativen Analyse gelangte er sogar zu dem Fazit, dass die Partei auf nahezu

allen Gebieten sogar etwas links von der bayerischen CSU angesiedelt werden müsse. Damit hielt sich die AfD sorgfältig an das ungeschriebene „Gesetz von Franz Josef Strauß“, dass rechts von der CSU nie mehr eine demokratische Partei entstehen dürfe. Und ein weiteres ungeschriebenes politisches Gesetz in der Bundesrepublik galt offensichtlich ebenfalls für die Partei, nämlich dass es für Neulinge fast unmöglich ist, die hohe Prozent-Hürde von 5 % zu schaffen. Allerdings war die AfD mit 4,6 % der Stimmen die erfolgreichste Debitantin in der Geschichte der Bundesrepublik. Aber es zeigte sich, dass die Alternative für Deutschland – im Übrigen ebenso wie die liberale FDP – der enormen Popularität von Angela Merkel und ihrer CDU nicht gewachsen war. Wie eine Art riesiger menschlicher Schwamm hielt Merkel Deutschland vorerst sauber und ordentlich, indem sie nahezu jede Meinung absorbierte.

Ideologie

In ideologischer Hinsicht hat sich die PVV seit 2006 zu einer nationalpopulistischen Partei entwickelt, vergleichbar mit dem französischen *Front National*, dem belgischen *Vlaams Belang* und der österreichischen FPÖ. Mit diesen Parteien bildet die PVV seit 2014 auch eine Fraktion im Europäischen Parlament. Stärker als bei den europäischen Schwesterparteien beruht die PVV-Ideologie jedoch auf einer vehementen Ablehnung des Islam.

Nach dem Vorbild von Autoren wie Oriana Fallaci und Bat Ye'or ist Wilders zu der Überzeugung gelangt, dass der Islam eine totalitäre Ideologie sei, darauf ausgelegt, die Welt zu unterwerfen. Die Einwanderung von Muslimen nach Europa und die langsame Islamisierung des öffentlichen Raums in diesen Ländern seien Bestandteil der neuen Strategie. Die progressive Elite in den Niederlanden und in den meisten anderen europäischen Ländern erkenne die Gefahr der Islamisierung nicht, da sie nach Wilders' Meinung durch einen politisch korrekten Kulturrelativismus verblendet sei, in dem alle Kulturen als gleichwertig betrachtet würden. Der Kampf der PVV richte sich dann sowohl gegen den Islam als auch gegen diese progressive Elite, die die Islamisierung ermögliche. Da es sich nach Meinung der PVV um einen Kampf um Leben und

Tod handelt, hält es die Partei für notwendig, dass bestimmte verfassungsmäßige Freiheiten ausgesetzt werden, wenn es um den Islam geht. So plädiert die Partei für ein Verbot des Korans, für eine Kopftuchsteuer, für die Schließung von Moscheen und einen Einwanderungsstopp aus islamitischen Ländern. Im Kampf gegen den Islam und die progressive Elite hat sich Wilders im Laufe der Jahre zunehmend auf „das Volk“ berufen, auf die normalen Niederländer, die von der progressiven Elite ignoriert oder sogar gering geschätzt würden. Durch Referenden will er diesen normalen Niederländern, die er zuweilen auch Henk und Ingrid nennt, mehr Einfluss geben.

Daneben ist es nach Ansicht der PVV notwendig, dass die Niederlande aus der Europäischen Union austreten, weil das Land sonst in Bezug auf Haushalt, Grenzkontrollen, Gewährung von Asyl und Religionsfreiheit, an verschiedene EU-Bestimmungen gebunden sei. Diesen Anti-EU-Standpunkt kombiniert die Partei mit einer – gewiss für niederländische Verhältnisse – ungewohnt starken nationalistischen Rhetorik. Der Stolz auf die niederländische Kultur, auf die niederländische Geschichte und den niederländischen Sozialstaat müssten laut PVV die Richtschnur für niederländische Politiker sein. Die Früchte des niederländischen Sozialstaats sollen dann auch in erster Linie der eigenen Bevölkerung zugutekommen. Auf diese Weise will die PVV einen starken, selbstständigen niederländischen Nationalstaat, in dem sich das Volk durch eine neue Elite geschützt weiß, die ein Auge für die drohenden Gefahren hat.

Die Alternative für Deutschland hat in ideologischer Hinsicht seit 2014 fast eine Metamorphose durchlaufen. Von einer konservativ-liberal gesinnten, europaskeptischen Bewegung hat sie sich zu einer nationalpopulistischen Partei gewandelt, die den Kontakt zur PVV, zum *Front National* und zur FPÖ nicht mehr scheut. Kai Arzheimer sagte 2014 in dem bereits erwähnten Artikel voraus, dass die Alternative für Deutschland ihre Standpunkte auf dem Gebiet von Immigration und Integration möglicherweise zuspitzen werde. Auf diesem Gebiet war, wie einige Landeswahlen in den ostdeutschen Bundesländern zeigten, der größte Gewinn zu verbuchen. Der Gewinn, den die AfD dort 2014 erzielte, beruhte nicht zuletzt auf den kritischen Bemerkungen prominenter AfD-Leute, wie unter anderem Bernd Lucke, über die multikulturelle Gesellschaft, die nationale Sicherheit und den Islam. Gerade durch ihr Image

der Respektabilität zeigte sich die Alternative für Deutschland als eine akzeptable Wahl für eine wachsende Gruppe von Wählern, die sich über diese Themen Sorgen machten, jedoch nicht mit rechtsextremen Parteien wie der NPD in Zusammenhang gebracht werden wollten. Der spottende Spitzname „Professorenpartei“, den die Alternative für Deutschland in den ersten Monaten in den Medien erhalten hatte, erwies sich demnach eher als Vor- denn als Nachteil. Aber gerade viele dieser Professoren der ersten Stunde, die den Neuling mit ihrer Reputation schützten, zogen in der AfD zunehmend den Kürzeren.

Durch die starke interne Demokratie innerhalb der Partei erhielten neue Mitglieder, die aufgrund der AfD-Haltung bezüglich der Einwanderung zur Partei gekommen waren, immer stärkeren Einfluss auf den Parteikurs. Unter ihnen waren unter anderem Mitglieder der *Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie* (kurz *Die Freiheit* genannt). Diese im Herbst 2010 gegründete Partei hatte sich stark nach dem Vorbild der PVV geformt, und Wilders war höchstpersönlich nach Berlin gekommen, um auf dem Gründungskongress zu sprechen. Aber auch aus der in Dresden entstandenen Protestbewegung Pegida, die sich gegen die „Islamisierung Deutschlands“ wandte, strömten Mitglieder hinzu. Das wichtigste Opfer dieses Kurswechsels wurde Bernd Lucke. Der Parteikongress wählte ihn zugunsten von Frauke Petry als Vorsitzenden ab, die als prominente Vertreterin des Anti-Einwanderungsflügels galt. Lucke ist inzwischen – wie auch eine ganze Reihe von Gefährten der ersten Stunde – aus der Partei ausgetreten. Wie moderne Doktoren Frankenstein beklagen sie sich darüber, dass sich ihr geistiges Kind – durch wahltaktisches Profitstreben geblendet – zu einem Monster entwickelt habe.

Auf einem Parteikongress in Stuttgart im Mai 2016 wurde ein überarbeitetes Parteiprogramm angenommen, zu dem verschiedene Parteikommissionen beigetragen haben. Die bekannten nationalpopulistischen Standpunkte wurden in das Programm aufgenommen: mehr direkte Demokratie, härtere Strafen und eine strengere Anwendung von Strafen, die Unvereinbarkeit des Islam mit dem Westen, eine größere Wertschätzung positiver nationaler Traditionen und Kultur, weniger Schuldbewusstsein bezüglich der dunklen Seiten der Vergangenheit und eine starke Skepsis gegenüber Klimapolitik, gegenüber Entwicklungshilfe, gegenüber Emanzipationspolitik und natürlich gegenüber

der Europäischen Union. Obwohl die AfD in dem neuen Programm ausdrücklich sagt, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, entscheidet sie sich für etwas weniger harte Maßnahmen als die PVV. So ist nicht von einem Verbot des Korans oder der Schließung von Moscheen die Rede. Auf sozioökonomischem Gebiet hat die AfD hingegen eine stärker neoliberale Agenda als die PVV, die sich seit 2010 immer mehr als Verteidigerin des Sozialstaats aufspielt. Die Entscheidung für eine neoliberale sozioökonomische Politik kann als ein Überbleibsel des Lucke-Flügels betrachtet werden, von dem noch einige Mitglieder in der AfD aktiv sind. Es ist nicht auszuschließen, dass die AfD auf diesem Gebiet – wie auch die PVV – ebenfalls nach links rücken wird, weil dort mehr Wähler zu finden sein werden.

Ein anderer auffälliger Unterschied zur PVV sind die konservativen Standpunkte der AfD, wenn es um ideelle Themen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Emanzipation der Frau und Ehescheidung geht. Im Entwurf des Parteiprogramms agiert die AfD gegen unerwünschte libertäre Modernitäten wie Gender-Mainstreaming, Sterbehilfe und Frühsexualisierung und plädiert für eine Willkommenskultur für Ungeborene und Neugeborene. Die PVV hingegen stellt sich gerne als die Partei dar, die die progressiven Errungenschaften in den Niederlanden gegen den Islam schützen will, wie die Emanzipation von Homosexuellen und Frauen. Und sie hat sich auch von Anfang an als ein Freund Israels profiliert, während die AfD das Thema in ihrem Grundsatzprogramm unerwähnt lässt. Diese Auslassung scheint nicht so sehr auf Desinteresse zu beruhen, sondern vielmehr eine Folge der unterschiedlichen Auffassungen zu sein, die es in der Partei zu diesem Thema gibt. Im Gegensatz zur PVV ist die AfD durch ihre organisatorische Struktur nämlich eine Partei mit programmatisch unterschiedlich ausgerichteten Flügeln.

Parteiorganisation

Der größte Unterschied zwischen der PVV und der *Alternative für Deutschland* betrifft die Organisation beider Parteien. Während die AfD eine ziemlich klassisch organisierte Partei mit rund 20 000 Mitgliedern und einer Reihe von

lokalen Parteigliederungen ist, ist die PVV kaum mehr als das politische Vehikel von Geert Wilders. Offiziell ist die PVV ein Verein mit zwei Mitgliedern, Geert Wilders und der Stiftung Geert Wilders, deren einziges Mitglied ebenfalls der Namensgeber ist. Damit erfüllt die PVV die Mindestanforderungen, die das niederländische Wahlrecht an Parteien stellt. Allerdings erhält die Partei aufgrund der Tatsache, dass sie keine Mitglieder hat, keine staatliche Unterstützung im Rahmen des Parteienfinanzierungsgesetzes. Natürlich verfügt die PVV durchaus über Repräsentanten in verschiedenen Gremien – im Parlament, in den Provinzialstaaten, in Gemeinderäten und im Europäischen Parlament – und sie beschäftigt auch Fraktionsmitarbeiter, Sprecher und Sekretariatsmitarbeiter. Diese sind jedoch alle keine Parteimitglieder und haben demnach formal kein Mitspracherecht.

Anfangs hat Wilders diese einzigartige Struktur aus Furcht vor „LPF-Verhältnissen“ gewählt. Die Partei von Pim Fortuyn fiel nach dessen Tod in lauter einander bekämpfende Faktionen auseinander und hatte außerdem mit dem Zustrom von allerlei politischen Abenteurern und rechtsextremen Typen zu kämpfen. Indem er seine Organisation so klein wie möglich hielt, wollte Wilders die Kontrolle über seine Partei behalten. Auch seine Sicherheitslage machte es für Wilders schwierig, eine klassische Parteiorganisation zu schaffen. Seit dem Mord an Theo van Gogh lebt Wilders unter einer 24-Stunden-Bewachung und sein Bewegungsspielraum ist sehr gering. „Wenn ich einen Kandidaten sprechen wollte, dann musste das in so einem geheim gehaltenen Hotel geschehen, im 6. Stock, mit Polizisten vor meiner Schlafzimmertür“, erzählte er 2005 in einem Interview. Anfangs kündigte Wilders noch an, dass er auf lange Sicht doch eine Mitgliederpartei gründen wolle, aber allmählich begann er, die Vorteile einer mitgliederlosen Partei einzusehen. Besonders in den ersten Jahren verstand er es, die Reihen fest geschlossen zu halten. Interne Meinungsunterschiede gab es nicht, oder sie drangen auf jeden Fall nicht nach außen. Wilders konnte voll und ganz den Kurs bestimmen und die Strategie darlegen, ohne Rücksicht auf unbequeme Parteigliederungen nehmen zu müssen. Zudem gelang es ihm, seine Partei auf diese Weise vor rechtsextremen Infiltranten zu schützen.

Es schien seinen Wählern außerdem wenig auszumachen, wie die Partei organisiert war. Versuche einiger PVV-Leute, die Partei von innen heraus zu organisieren, hatten keinen Erfolg. Zwar fehlte es Wilders dadurch an Repräsentanten seiner Partei in der Gesellschaft, aber dieser Mangel wurde reichlich durch den Einsatz der sozialen Medien kompensiert, allen voran Twitter, sowie durch die starke Öffentlichkeitswirkung, die er mit seinen Äußerungen und seinem Auftreten in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments zu generieren verstand. Dies hatte allerdings den Nachteil, dass Wilders seine Strategie auf die Wünsche von nach Konflikten und Sensation heischenden Medien abstimmte und viel weniger auf die der auf Kompromisse und Konsens ausgerichteten niederländischen Politik.

Durch das Fehlen von Mitgliedern ist die Organisation der PVV zudem immer noch außerordentlich amateurhaft und autokratisch. Wie ein echter Despot umgibt sich Wilders mit einer kleinen Gruppe von Vertrauten, die er, um zu zeigen, dass jeder von ihm abhängig ist, regelmäßig auswechselt. Was genau im Zimmer des Parteiführers ausgeheckt wird, bleibt für die meisten Mitarbeiter ein Rätsel. Auf der einen Seite werden von den Aktivisten ein großer Einsatz sowie Gehorsam erwartet. Fraktionsmitglieder, die selbst Kontakt zu den Medien suchen oder die eigensinnige Standpunkte vertreten, werden von Wilders rasch entlassen oder gehen von alleine. Weil Geld und große Mengen von Freiwilligen fehlen, sind die Wahlkampagnen der PVV zudem ziemlich klein gehalten und amateurhaft.

Die AfD ist in organisatorischer Hinsicht viel eher eine klassische politische Partei, mit mehr als 20 000 Mitgliedern, regionalen Ortsverbänden und verschiedenen Organisationsebenen. Nachdem Lucke und seine Mitstreiter weggegangen waren, verlor die Partei fast 20 % ihrer Mitglieder, aber inzwischen ist dieser Verlust durch den Beitritt neuer Mitglieder reichlich kompensiert worden. Im Gegensatz zur PVV hat die Partei eine Monatszeitschrift, eine Jugendorganisation und ein Parteibüro. Auch gibt es in der Partei verschiedene organisierte Flügel, etwa die „Patriotische Plattform“, den „Flügel“, die „Christen in der AfD“ und den „Pforzheimer Kreis“. In ideologischer Hinsicht verfügt die Partei dadurch über einen deutlich christlich-moralistisch ausgerichteten Flügel, der durch Beatrix von Storch repräsentiert wird, einen

stark gegen den Islam agierenden nationalistischen Flügel unter der Führung des umstrittenen Björn Höcke (der womöglich aus der Partei ausgeschlossen wird), aber auch noch einen eher auf ökonomische und monetäre Politik ausgerichteten Flügel, als dessen Repräsentant häufig Jörg Meuthen betrachtet wird.

Meuthen hat, gemeinsam mit Frauke Petry, zugleich den Vorsitz der Partei inne.¹ Wer von den beiden nun wirklich die Partei führt, ist nicht ganz klar. Hinter dem Duo steht zudem ein Parteivorstand mit einflussreichen Mitgliedern wie Alexander Gauland und Beatrix von Storch. Durch die starke parteiinterne Demokratie haben die Mitglieder außerdem großen Einfluss auf das Programm und den Kurs. Im Gegensatz zur PVV ist dadurch nicht immer in gleicher Weise klar, welchen Standpunkt die Alternative für Deutschland einnimmt und welche Person diesen am stärksten verbreitet. Das bietet unverkennbar den Vorteil, dass die Partei eine bunte Mischung von Adressaten bedienen kann. Sowohl Europaskeptiker und konservative Christen als auch Islamophobe und Nationalisten fühlen sich von der Partei angesprochen. Auf der anderen Seite gibt es jedoch durch die unterschiedlichen Standpunkte und Meinungen, die vertreten werden, immer Unklarheiten und interne Spannungen bezüglich des Kurses. Ist die AfD nun in erster Linie die Partei von Jörg Meuthen, von Frauke Petry und ihrem Mann Marcus Pretzell, von Beatrix von Storch oder doch von Björn Höcke? Anders als bei der PVV, deren Kurs bereits seit Jahren feststeht, ist daher schwer vorherzusagen, für welche Richtung sich die AfD in den kommenden Jahren entscheiden wird. Derzeit sieht es so aus, dass sie einen vergleichsweise moderaten, „realpolitischen“ Kurs, für den Frauke Petry auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2017 plädierte, mehrheitlich ablehnt.

1 Im April 2017 verkündete Frauke Petry im Vorfeld des AfD-Parteitages in Köln, dass sie nicht als Spitzenkandidaten für den anstehenden Bundestagswahlkampf zur Verfügung stehe. Die Delegierten, die sich mehrheitlich von der „realpolitischen“ Ausrichtung ihrer Vorsitzenden abwandten, kürten anschließend Alice Weidel und Alexander Gauland zu ihren Spitzenkandidaten.

Position in der Parteienlandschaft

Eine klare Parallele zwischen beiden Parteien ist ihr Platz in der Parteienlandschaft. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Texts stehen sowohl die AfD als auch die PVV nahezu völlig isoliert da. In beiden Ländern will keine der etablierten Parteien mit diesen Parteien zusammenarbeiten. Ministerpräsident Rutte erklärte, dass die Aussicht auf eine Zusammenarbeit zwischen VVD und PVV bei 0,0 liege. Die CSU-Fraktionsvorsitzende Gerda Hasselfeldt sagte in *Die Welt*: „Frau Petrys Träume von einer Regierungsbeteiligung scheitern schon daran, dass keine andere demokratische Partei mit ihr zusammenarbeiten will“.² Dennoch ist die Position der beiden Parteien nicht identisch. Im Gegensatz zur AfD hat die PVV nämlich doch für kurze Zeit an der Macht schnupern dürfen. Nach einem Sommer der mühsamen Verhandlungen wurde die PVV im Jahr 2010 „Duldungspartner“ einer Minderheitskoalition aus VVD und CDA unter der Führung von Mark Rutte. Die Partei gehörte der Regierung formal nicht an und stellte auch keine Minister, aber sie unterstützte die Regierung doch und erhielt im Gegenzug mehr Einfluss auf eine Reihe von Themen. So konnte die PVV der Einwanderungs- und Asylpolitik, der Kriminalitätsbekämpfung und der Seniorenpolitik ihren Stempel aufdrücken. Aus anderen Politikfeldern – unter anderem Außenpolitik und Europa – hielt sich Wilders allerdings heraus. Außerdem gehörte die PVV ab 2011 der Provinzkoalition in Limburg an, der Provinz, in der sie die meisten Anhänger hatte. Die Partei stellte zwei Abgeordnete. Beide Experimente waren jedoch nur von kurzer Dauer. Nachdem die Koalition in Limburg nach einer Reihe von Auseinandersetzungen bereits zerbrochen war, beschloss Wilders am 21. April 2012 ziemlich plötzlich, der Regierung seine duldende Unterstützung zu entziehen. Als Grund hierfür gab er an, dass er die neuen, von Brüssel erzwungenen Sparmaßnahmen nicht mittragen wolle. Seitdem ist die PVV in der niederländischen Politik in einer nahezu vollkommenen Isolation gelandet. Diese neuerliche Isolation hat die Partei jedoch nicht aufgehalten. Mehr noch: Nach

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article154933883/Eine-zerstrittene-und-wirre-Rechtsaussen-Partei.html>

einer kurzen Periode, in der der Rückhalt in der Wählerschaft leicht zurückging, ist die Partei seit 2015 in den Umfragen stark gewachsen. In den meisten Umfragen ist sie seit 2016 sogar die größte Partei des Landes. Das bei den Wahlen vom 15. März 2017 dann letztlich erreichte Ergebnis von 13,1 % wurde sowohl in den Niederlanden als auch im Ausland mit Erleichterung aufgenommen. Allerdings war die PVV nach der VVD zur zweitstärksten Partei des Landes geworden. Eine neue Regierungsbeteiligung ist dennoch sehr unwahrscheinlich, da alle etablierten Parteien sich weigern, noch länger mit der PVV zusammenzuarbeiten.

In der Bundesrepublik hat praktisch niemand auch nur die Möglichkeit geäußert, der AfD irgendwelche Macht zu geben. Spätestens nach dem Weggang Luckes und der Annahme des neuen Parteiprogramms in Stuttgart im Mai 2016 gilt die Partei als Ausgestoßene. Der nächstliegende Partner für die AfD ist die CDU/CSU. Die Union versucht jedoch bereits von Anfang an, die AfD klein zu halten, indem sie ihr jegliche Respektabilität abspricht. Eine Zusammenarbeit mit ihr stünde im Widerspruch zu dieser Strategie und ist daher nicht im Interesse der Union. Dennoch stellt sich die Frage danach, ob die CDU/CSU diese Strategie in dem Moment noch aufrechterhalten kann, in dem die AfD im Bundestag eine feste Position erwirbt. Wenn die Union die AfD weiterhin systematisch ausschließt, macht sie sich im Hinblick auf eine mögliche Koalition doch sehr von den linken Parteien abhängig. Sollte sich die AfD klarer von rechtsextremen Positionen distanzieren, dann ist es vielleicht möglich, dass die CDU/CSU ein Szenario wie in den Niederlanden – eine Minderheitsregierung, die von der AfD unterstützt wird – in Erwägung ziehen könnte. Vorerst sind dies jedoch Spekulationen, die mit der Realität, dass die AfD zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht im Bundestag vertreten ist und zudem noch stark mit extrem rechten Positionen assoziiert wird, wenig zu tun haben.

Die Position dieser Parteien in der Parteienlandschaft kann nicht nur aus dem Blickwinkel der formalen Macht, die sie erlangen konnten, betrachtet werden, sondern auch aus einer anderen Perspektive. Inwieweit haben PVV und AfD die Programme und den Stil der übrigen Parteien beeinflusst? Haben die übrigen Parteien Themen von der AfD und der PVV übernommen, um

ihnen so den Wind aus den Segeln zu nehmen? Das festzustellen, ist nicht leicht, aus dem einfachen Grund, dass eine Partei nicht so leicht zugeben wird, dass sie Themen von einer anderen Partei übernommen hat. Aber es gibt in den Niederlanden sicherlich durchaus Gründe, der PVV einen recht großen informellen Einfluss zuzusprechen. So hat sich die VVD seit dem Aufstieg der PVV stark mit Themen wie der Kriminalitätsbekämpfung und einer strengeren Integrations- und Einwanderungspolitik profiliert. Aber auch PvdA und CDA betonen mehr denn je die Notwendigkeit eines gesunden Nationalismus (oder „progressiven Patriotismus“, wie es PvdA-Führer Lodewijk Asscher nennt). In der Bundesrepublik Deutschland ist ebenfalls ein indirekter Einfluss der AfD sichtbar. Die Verschärfung der Einwanderungsmaßnahmen und die manchmal harten Äußerungen besonders von führenden CDU- und CSU-Politikern über die Einwanderer und den Islam (unter anderem von Horst Seehofer von der CSU und Klaus Bouillon, CDU-Minister im Saarland) sind nur schwerlich losgelöst vom Aufstieg der AfD zu sehen. Vorerst ist das Beweismaterial hier jedoch recht anekdotischer Art. Wie groß der indirekte Einfluss von Parteien wie der AfD und der PVV genau ist, kann erst nach einer umfangreicheren und weiter fortgeschrittenen Untersuchung festgestellt werden. Gleiches gilt für die Frage danach, inwiefern es AfD und PVV gelungen ist, die öffentliche Debatte in ihrem Land zu beeinflussen oder sogar zu dominieren. Die Vermutung liegt nahe, dass die PVV ihrer Umgebung stärker einen Stempel aufdrücken konnte, aus dem einfachen Grund, dass sie erheblich länger existiert als die AfD.

Zum Abschluss

Bei der Betrachtung der Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen AfD und PVV fällt eine Reihe von Elementen auf. Ideologisch hat die Ähnlichkeit beider Parteien immer mehr zugenommen, was vor allem mit dem deutlichen Rechtsruck zu tun hat, den die AfD seit dem Weggang von Bernd Lucke vollzogen hat. Obwohl es in einigen Teilbereichen doch noch Meinungsunterschiede gibt, sind die Übereinstimmungen so groß, dass beide Parteien der gleichen

Parteienfamilie zugeordnet werden können. PVV und AfD selbst haben diese Familienähnlichkeit inzwischen auch erkannt, wie die Anwesenheit Wilders' auf dem von der AfD organisierten Treffen der ENF-Mitglieder am 21. Januar dieses Jahres in Koblenz zeigt.



© picture alliance / abaca / Robert Alain

Das am meisten verwendete Etikett für diese Familie ist „Nationalpopulismus“ oder „populistische radikale Rechte“. Der Begriff Populismus wird dabei in rein ideologischem Sinn verwendet. Betrachtet man den Hintergrund der beiden Parteien, dann entsprechen sie viel weniger dem Archetyp der von unten hochgekommenen populistischen Bewegung. Das heißt, sowohl PVV als auch AfD sind gewiss keine „aus dem Volk“ stammenden Parteien. Die Wiege der PVV stand in der Zweiten Kammer, während die AfD in den Mauern der Wirtschaftsfakultäten gegründet wurde. Beide Parteien kamen auch im Kielwasser eines von der Elite verpönten Akademikers – Fortuyn beziehungsweise Sarrazin – auf, der jedoch genügend Autorität und Kultiviertheit hatte, um Tabus rund um Einwanderung und Integration zu durchbrechen. Durch diese

Vorgeschichte hatten sowohl die AfD als auch die PVV eine gewisse Respektabilität erhalten, die ihnen die Wählergruppe einbrachte, welche sich Sorgen über die Einwanderung machte, sich aber zugleich nicht mit vulgären rechts-extremen Parteien einlassen wollte.

Bei der AfD hat die Anziehungskraft des Anti-Immigrations-Standpunktes letztlich zu einer starken Radikalisierung der Partei geführt. Neue Mitglieder – auch aus dem rechtsextremen Milieu – strömten herbei, die durch die offene Parteistruktur mit ihrem großen Maß an Mitsprache viel Macht erhalten haben. Die Partei ist dadurch im Gegensatz zur „Ein-Mann-Partei PVV“ auch äußerst anfällig für interne Spannungen. Dadurch ist die Zukunft der AfD viel ungewisser als die der PVV.

Tabelle: Wahlergebnisse AfD

Jahr	Wahl	Ergebnis
2013	Bund	4,7%
2013	Hessen	4,1%
2014	Sachsen	9,7%
2014	Brandenburg	12,2%
2014	Thüringen	10,6%
2014	Europa	7,1%
2015	Hamburg	6,1%
2015	Bremen	5,5%
2016	Baden-Württemberg	15,1%
2016	Sachsen-Anhalt	24,0%
2016	Rheinland-Pfalz	7,0%
2017	Saarland	6,2%

Tabelle: Wahlergebnisse PVV

Jahr	Wahl	Ergebnis
2006	Zweite Kammer	5,9%
2009	Europa	17,0%
2010	Zweite Kammer	15,5%
2011	Provinz	12,4%
2012	Zweite Kammer	10,1%
2014	Europa	13,3%
2015	Provinz	11,8%
2017	Zweite Kammer	13,0%

Literatur

Arzheimer, Kai, ,The AfD. Finally a Successful Right Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? West European Politics 38 (2015), 535–556.

Art, David, Inside the Radical Right. The Development of anti-Immigration Parties in Europe. Cambridge University Press 2011.

Häusler, Alexander, Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden 2016.

Vossen, Koen, The Power of Populism. The Rise of Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands. Routledge 2016.

V. „Eine Stimme für die AfD ist mehr als nur Angst“

von Job Janssen

Mein Religionslehrer in der Mittelschule in Venlo zeigte uns einst die deutsche TV-Serie „Die Bombe tickt“.¹ Die Serie erzählt die Geschichte von einem arbeitslosen jungen Mann, Ralph, aus einem fiktiven DDR-Dorf, der sich wegen fehlender Perspektiven einer Gruppe von Neonazis anschließt. Sie machen die schrecklichsten Dinge. Der Anführer dieser Gruppe, Lessink, ist ein überzeugender Redner, ein Demagoge, der klug an die Ängste und die Unsicherheit Ralphs appellierte.

Ich war von der brutalen Gewalt in der Serie schockiert, aber mehr noch von der Leichtigkeit, womit Ralph, der eigentlich ein guter und kluger Junge war, sich zu solch brutaler Gewalt verführen ließ. Die Serie machte mir klar, dass Ängste, Demagogie und der Wunsch nach autoritärer Führung eine lebensgefährliche Mischung sind. Das Credo der deutschen Nachkriegszeit, *Nie Wieder*, spiegelte sich in dieser Serie wider.

Nachdem ich „Die Bombe tickt“ gesehen hatte, verließ ich blass das Klassenzimmer. In den Wochen danach suchte ich argwöhnisch nach den Ralphs von Venlo. Dazu hatte mich diese TV-Serie nämlich aufgerufen.

Pim Fortuyn

Neun Jahre, nachdem ich „Die Bombe tickt“ gesehen hatte, war da auf einmal Pim Fortuyn. Ich war 19 Jahre alt und dabei, mich politisch zu orientieren. Einige Wochen zuvor hatte ich mich als Mitglied der niederländischen Sozialdemokraten, der *Partij van de Arbeid* (PvdA), angemeldet. Meine Eltern waren dies schließlich auch. Aber Pim Fortuyn hat etwas mit mir gemacht. Nicht nur seine auffallende Erscheinung, seine Offenheit, sein Humor und seine Eloquenz, sondern auch die Themen, die er ansprach, trafen mich an einer empfindlichen Stelle. Wenn er im Fernsehen zu sehen war, konnte ich einfach

1 T. Näter, *Die Bombe tickt*, Deutschland 1993.

nicht wegschalten. Was machte er die langweilige Politik auf einmal unglaublich spannend und bedeutsam!

Von der Europäischen Union wusste ich nichts, außer dass sie gut war. Ich fühlte, dass Fortuyn mit seiner Kritik am damaligen Multikulturalismus und am Islam ein schwieriges und sensibles, aber auch ein wichtiges und relevantes Thema ansprach. Aber es fühlte sich unangenehm an. Fortuyn entfachte in mir einen Konflikt, der mich bis zum heutigen Tag prägt. Ich wusste insgeheim auch, dass Europa nicht wirklich unser Europa war und dass wir mit der Integration von meinen türkischen und marokkanischen Altersgenossen nicht auf dem richtigen Weg waren. War ich dann auf einmal der Ralph aus Venlo, den ich nach „Die Bombe tickt“ gesucht hatte? Ließ ich mich jetzt von Ängsten leiten? Bin ich genau wie Ralph anfällig für Demagogen, die mich alles Mögliche glauben lassen können?

Nicht westliche Minderheiten, Europa und der Sozialstaat

Ich glaube es nicht. Die Fortuyn-Revolt und alle europäischen populistischen Revolten vor und nach ihm haben – neben der Ausnutzung von Ängsten – auch eine inhaltliche Basis. Davor dürfen wir unsere Augen nicht verschließen. Obwohl sich Rechtspopulisten in Europa sehr voneinander unterscheiden, haben sie alle ein Problem mit nicht westlichen Minderheiten, mit der EU und mit der Aushöhlung des Sozialstaates. Ich spreche sie nur kurz an.

Fortuyn hatte offensichtlich recht, als er sagte, dass die Idee des Multikulturalismus nicht funktioniere. Integration mit Erhalt der eigenen Identität steht dem gesellschaftlichen Erfolg nicht westlicher Minderheiten im Weg. Eine demokratische Grundhaltung und geteilte liberale Kernwerte wie z. B. Pluriformität und Diversität, sind notwendig, um vollwertig an unserer Gesellschaft teilnehmen zu können. Viele Werte und Auffassungen der nicht westlichen Einwanderer stehen gerade im Widerspruch zu der westlichen liberalen Demokratie. Wir alle kennen die Beispiele: die Auffassungen über Homosexualität, der latente Antisemitismus und die untergeordnete Rolle von Frauen. Das war Fortuyns Meinung nach nicht nur die Schuld der türki-

schen und marokkanischen Minderheiten, sondern auch einer laxen Regierung, die Einwanderer nie dazu aufgefordert hat, sich zu integrieren. Der offen homosexuelle Pim Fortuyn hatte keine Lust, erneut um die hart erkämpfte Emanzipation ringen zu müssen. Diesbezüglich kann man ihm schwerlich etwas vorwerfen. Aber Marokkaner aus dem Land werfen, so wie Wilders es fordert? Davon hielt Fortuyn nichts. „Es sind unsere Scheißmarokkaner“, sagte er mit Sinn für Humor.

In den letzten Jahrzehnten haben die großen Volksparteien in den Niederlanden und in Deutschland ständig die soziale Marktwirtschaft ausgehöhlt. Wegen des neoliberalen angelsächsischen Gedankengutes der 1980er und 1990er Jahre haben die niederländischen Sozialdemokraten die „ideologischen Federn abgeschüttelt“. Ideologie wurde ein Schimpfwort. Es brachte den SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder dazu, ein radikales Reformpaket, die Agenda 2010, zu verabschieden. In beiden Ländern wurde der Arbeitsmarkt weitgehend flexibilisiert und die soziale Sicherheit wurde gewaltig abgebaut. Alles unter dem Vorwand der TINA-Politik Thatchers: *There is no alternative!* Unsere Wirtschaft würde gegen die damaligen *asian tigers* nicht bestehen können. Der *homo oeconomicus* als Grundlage aller Politik.

Die Europäische Union sollte uns als wirtschaftliche Supermacht gegen Kriege und Wirtschaftskrisen beschützen. Nicht eine stabile nationale Demokratie an sich, sondern wirtschaftliche Interdependenz zwischen den Mitgliedstaaten war in den Augen unserer Politiker die einzige Garantie für *Nie wieder*. Die nationale Souveränität wurde durch eine Salami-Methode nach Brüssel verlegt – jedes Mal eine Scheibe mehr. Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 bis hin zum Maastrichter Vertrag im Jahr 1993 geschah dies alles auf der Basis des *permissive consensus*. Die Idee des *permissive consensus* bedeutet, dass Politiker es nicht als notwendig erachteten, die Bevölkerung zu befragen, wenn sie Entscheidungen über und in Europa trafen. Eine öffentliche Debatte war nicht notwendig, die Bevölkerung Europas wollte ja eh in Frieden leben.

Aber wussten die Leute, abgesehen von dem *Europa-sorgt-für-Frieden-Frame*, eigentlich, was da geschah? Und wenn die Leute es gewusst hätten, wären sie dann damit einverstanden gewesen? Oder geschah die Übertragung der na-

tionalen Souveränität vielleicht so schrittweise, kompliziert und diffus, dass niemand es realisiert hat? Während der Fortuyn-Revolte wusste ich es zumindest nicht. Europa ist halt gut. Die impliziten Versprechen der EU – wirtschaftlicher Fortschritt und Stabilität – sind nicht erfüllt worden. Im Gegenteil, die europäische Zusammenarbeit sorgt momentan eher für Spannungen zwischen Staaten, für demokratischen Vertrauensverlust unter Bürgern und für eine unehrliche Verteilung des Wohlstandes über den Süden und Norden des Kontinents.

Die deutschen Medien und die rechtspopulistische Revolte

Ich lege an dieser Stelle dar, wie die deutschen Medien das populistische Phänomen betrachten. Ich zitiere Anja Reschke, Abteilungsleiterin Innenpolitik beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) und Journalistin des Jahres 2015.² Folgendes Zitat aus einer Sendung über Rechtspopulismus am 13. Oktober ist für mich exemplarisch für die Art und Weise, wie deutsche Medien die populistische Revolte erklären:

„Angst ist das stärkste Gefühl im Menschen. Und genau darauf zielt die Rhetorik der Populisten ab. Sie ist universell, man kann sie überall hören. In den USA, in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und bei uns sowieso. Sie verfolgt eine ganz bestimmte Dramaturgie, eigentlich wie im großen Hollywoodfilm. Als erstes geht es darum, Angst zu schüren. Am besten geht das wie bei jedem Blockbuster mit einer Katastrophe. Danach wird eine Schippe drauf gelegt. Wie bei jedem Hollywoodfilm droht nichts Geringeres als der Untergang. Und jetzt kommt die dramatische Wendung. Die Helden, die uns erlösen. Diejenigen die als einzige das Problem erkennen und ansprechen. Unsere Rettung! Wenn Menschen denken, dass Donald Trump als einziger die Wahrheit sagen würde, ist das absurd. Weil

2 A. Reschke, Alternative für die Politik: Emotionen statt Fakten, in: Das Erste – Panorama 13. November 2016.

niemand nachweislich so viel gelogen hat. Fakten verlieren ihren Wert. Sie werden zur Verhandlungsmasse. Die Wahrheit wird ersetzt durch gefühlte Wahrheit und damit lässt sich trefflich Politik machen.“

Reschke hat natürlich recht, wenn sie sagt, dass Ängste eine Rolle spielen und Populisten mit der Verwendung von Hyperbeln und apokalyptischen Szenarien Politik machen. Aber erzählt sie hier eigentlich die ganze Geschichte?

Ich glaube es nicht. Reschke suggeriert nämlich, dass eine Stimme für einen Rechtspopulisten völlig irrational ist. Rechtspopulisten sind Reschkes Meinung nach in der Lage, die Menschen – wie mit einem Blockbuster – an alles Mögliche glauben zu lassen. Es ist Fiktion. Angst ist das stärkste Gefühl im Menschen, sagt sie. Der Demagoge schürt die Ängste und präsentiert sich als der Held, der das fiktive Problem lösen kann, nur um die Macht zu ergreifen. Hiermit verfolgt Reschke, wenn auch auf sehr intelligente und eloquente Art und Weise, die gleiche Analogie wie die TV-Serie „Die Bombe tickt.“

Rationalität der rechtspopulistischen Wählerschaft

Eine Stimme für einen Rechtspopulisten ist alles andere als irrational. Ich erwähnte zuvor die drei inhaltlichen Gründe, worauf sich die europäischen Rechtspopulisten konzentrieren: nicht westliche Minderheiten, die Europäische Union und die Aushöhlung des Sozialstaates. Wenn Rechtspopulisten uns auf Hollywood-artige Weise alles glauben lassen können, warum dann immer diese drei Themen? War mein Gefühl während der Fortuyn-Revolte dann auch nur die gefühlte Wahrheit? Nach der Sendung Reschkes fühlte ich mich, nur ganz kurz, wie der 19-jährige Ralph aus Venlo.

Seien wir ehrlich: Sind es nicht viele der Wähler der Rechtspopulisten, die am stärksten von der Aushöhlung des Sozialstaates betroffen sind, oder Angst haben, davon künftig betroffen zu sein? Sind sie es nicht, die durch die Öffnung der europäischen Binnengrenzen am härtesten mit günstigen Arbeitskräften aus Osteuropa konkurrieren müssen, oder Angst haben, es künftig zu müssen? Und sind sie es nicht, die sich durch die Häufung nicht westlicher

Migranten in unseren großen Stadtbezirken nicht mehr heimisch gefühlt haben, oder fürchten, sich künftig nicht mehr heimisch zu fühlen? Sind ihre Ängste wirklich rein „gefühlte Wahrheiten“?

Natürlich übertreiben Rechtspopulisten in Bezug auf die Schattenseiten der Migration und der europäischen Zusammenarbeit. Und ja, dabei benutzen sie auch realitätsferne Hyperbeln und apokalyptischen Szenarien. Das heißt aber nicht, dass die rechtspopulistische Wählerschaft gegen ihre eigenen Interessen stimmt. Viele dieser Wähler fühlen sich kulturell und sozio-ökonomisch von der Einwanderung und der EU bedroht. Für diese – meistens nicht kosmopolitischen – Wähler sind der Nationalstaat und die nationale Kultur ein wichtiger Bestandteil der eigenen Identität. Indem sie die erwähnte Unsicherheit als die „gefühlte Wahrheit“ betrachten, zeigt die intellektuelle und politische Klasse, die unsere Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten geprägt hat, ihren moralischen Hochmut und ihre Arroganz.

Reaktionen des politischen Establishments

Es gibt einen zweiten Grund, warum eine Stimme für einen Rechtspopulisten alles andere als irrational ist. Populisten dominieren die politische Agenda in ganz Europa. In Deutschland, wo die AfD erst seit einem Jahr das Konglomerat der etablierten Parteien richtig aufrüttelt, sieht man es viel klarer als in den Niederlanden. Hier ist man viel mehr an politische Neulinge gewöhnt, Wilders gehört schon längst zum Establishment. Das Eindringen eines politischen Neulings – egal ob Populist oder nicht – führt zu vier unterschiedlichen Reaktionen der etablierten Parteien. Sie werden in einer Promotionsarbeit des Niederländers Simon Otjes beschrieben³:

3 S. Otjes, 2012, *Imitating the newcomer. How, when and why established political parties imitate the policy positions and issue attention of new political parties in the electoral and parliamentary arena: the case of the Netherlands*, Doctoral Thesis, Leiden Universität.

Die erste Reaktionsart nennt er *Attention differentiation*. Eine etablierte Partei ignoriert den Neuling und seine Themen in der Hoffnung, dass sie von der politischen Agenda verschwinden. Über Themen, die der etablierten Partei eigentlich wichtig sind, aber von dem Neuling angesprochen werden, wird jetzt geschwiegen. In Deutschland war diese Reaktion vor allem am Anfang der AfD-Revolte 2013 und 2014 bei der CDU zu beobachten. Wo die meisten Parteien die Euroskepsis der AfD aktiv bestritten, hörte man von den europäischen Christdemokraten so gut wie nichts.

Die zweite Reaktionsart nennt Otjes die *Position differentiation*: Die etablierte Partei setzt sich vom Neuling und seinen Themen ab. Die Partei bewegt sich sogar in die entgegengesetzte Richtung. Diese Reaktion zeigt sich vor allem bei sozialliberalen Parteien, die eine Möglichkeit sehen, sich positiv profilieren zu können. Sie betonen, mehr als je zuvor ihre kosmopolitischen und sozialliberalen Prinzipien. In Deutschland reagieren die Grünen und die Ralf-Stegner-Flanke der SPD so auf die AfD.

Die dritte Reaktionsart heißt *Position imitation*: Die etablierte Partei übernimmt Positionen des politischen Neulings. Die etablierte Partei droht oft unmittelbar ein Verlust von Wählern an den Neuling. Das kann in Deutschland nur eine Partei sein: die CSU. Ende 2016 verkündeten die Bayern den Kampf gegen den politischen Islam. In denselben Worten, die ich auf dem AfD-Parteitag in Stuttgart im Mai 2016 gehört hatte.

Die vierte Reaktion finde ich am interessantesten, *Attention imitation*: Die etablierte Partei fühlt sich vom Neuling dazu gezwungen, den Themen des Neuling mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sie wählt aber andere Ansätze und Lösungen. Beispiel: Eine rechtspopulistische Partei hat ein Problem mit Europa und will, dass ihr Land die Union verlässt. Der Rechtspopulist findet, dass die Souveränität in den Nationalstaat gehört. Die etablierte Partei fühlt sich gezwungen, die EU-Skepsis ernst zu nehmen, aber sie konzentriert sich lieber auf die Brüsseler Bürokratie.

Erinnern Sie sich noch an SPD-Chef Sigmar Gabriels Plädoyer für mehr Sozialausgaben für die einheimische Bevölkerung, mitten in der Flüchtlingskrise? Oder an die CDU, die während der Flüchtlingskrise zeigen wollte, dass sie die Sorgen der Menschen ernst nimmt? Merkels Parteifreund und Innenmi-

nister de Maizièrè verabschiedete ein hartes *Mitmachen-oder-Abschieben*-Integrationsgesetz. Außerdem schloss Merkel ein höchst umstrittenes Abkommen mit der Türkei, um die Flüchtlinge von Deutschland und Europa fernzuhalten. Merkel geradlinig? Ich glaube es nicht.



© picture alliance / dieKLEINERT.de / Schwarwel

Legitimität der AfD

Jede etablierte Partei in Deutschland tritt der AfD im Moment mit einer der vier oben genannten Reaktionen entgegen. Hiermit legitimieren sie nicht nur die Existenz der Rechtspopulisten: EU-Skepsis und Anti-Einwanderungs-Standpunkte finden über die CSU direkt ihren Weg in die Regierung in Berlin.

Die *attention imitators* finde ich interessant, weil sie nämlich die wirklichen *agents of change* sind. Da die CDU und die Gabriel-SPD die von der AfD auf die Tagesordnung gesetzten Sorgen über Einwanderung auch ernst nahmen,

schaftten sie ein sogenanntes *policy gap*. Die Regierung musste handeln. Die SPD und CDU verstehen doch auch die Sorgen der Bürger?

Glauben Sie, dass Merkel ihre Prinzipien als Hüterin der liberalen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Flüchtlingsdeals mit der Türkei ohne eine so schnell wachsende AfD aufs Spiel gesetzt hätte? Denken Sie nicht, dass Merkel ohne eine elektoral so erfolgreiche AfD den Griechen einen Schuldenschnitt angeboten hätte?

Die AfD-Wähler sehen das auch. Sie sind nicht nur die ängstlichen irrationalen Blockbuster schauenden Opfer, wie Anja Reschke die rechtspopulistische Wählerschaft darstellt. Sie sehen, dass sich die gesamte deutsche Politik durch ihre Unterstützung der AfD in eine Richtung bewegt, die sie gutheißen: die Übertragung der nationalen Souveränität an die Europäische Union begrenzen, die Wiederherstellung der sozialen Sicherheit und die Grenzen für nicht westliche Migranten schließen.

Vielleicht nicht in die von mir und Ihnen erwünschte Richtung, aber schon in die von vielen AfD-Wählern. Und genau das sehen die deutschen Medien heute auch. Wo Journalisten vor zwei Jahren noch sagten, die AfD hat keine Lösungen und benennt – oder schafft – nur Probleme, neigen sie jetzt dazu, zu sagen, dass die AfD nur einfache Lösungen anbietet.

Frauke Petry, Beatrix von Storch und Björn Höcke, die ich alle drei interviewt habe, sind sich dessen bewusst. Sie machten mir immer wieder klar, dass sie nicht in der Regierung oder sogar im Bundestag vertreten sein müssen, um die deutsche Politik in ihre Richtung zu bewegen. Und da haben sie natürlich recht.

Blinder Fleck der deutschen Medien

Warum machen Anja Reschke und viele deutsche Journalisten das dann eigentlich? Ich vermute, weil es einen einfachen Ausweg bietet, um ihren eigenen blinden Fleck nicht sehen zu müssen. Wenn eine Stimme für die AfD eine irrationale, auf Angst basierende Entscheidung ist, brauchen Journalisten gar nicht mehr auf die inhaltlichen Gründe der populistischen Revolte zu

schauen. Themen, die die deutschen Medien eigentlich selbst hätten aufgreifen müssen.

Ich vermute, dass deutsche Medien diese Themen aus den besten Gründen vernachlässigt haben. Journalisten in Deutschland sehen sich aus historischen Gründen auch als Hüter der Demokratie. Und das Aufgreifen dieser Themen könnte die Demokratie gefährden. Leider spricht daraus nicht besonders viel Vertrauen in die deutsche Bevölkerung. Das Paradox ist aber, dass vermutlich auch dadurch ein Teil der deutschen Bevölkerung das Vertrauen in die Medien verloren hat.

Genau vor diesem Hintergrund wurde die AfD 2013 und 2014 – damals noch eine Anti-Europartei – in die rechtsextreme Ecke gedrückt. Und was haben es sich die deutschen Medien damit unglaublich schwierig gemacht! Gerade jetzt, in einer Zeit, in der sich die AfD rasch radikalisiert und von Rechtsextremen beeinflusst wird, kommt die „braune Kritik“ nicht mehr an.

Erdbeben AfD

Aus niederländischer Sicht ist die AfD eine besonders amateurhafte, gespaltene und taktlose Partei. Frauke Petry oder Björn Höcke kommen nicht in die Nähe des Charmes, der Eloquenz und des Intellekts von Pim Fortuyn. Beatrix von Storch und Alexander Gauland verfügen nicht über das taktische Geschick von Geert Wilders. Das System der ausgeprägten *checks and balances*, das in Nachkriegsdeutschland etabliert wurde, macht es für die AfD im Vergleich zu Wilders und Fortuyn in den Niederlanden viel schwieriger, eine nationale Bühne zu bekommen. Außerdem kämpft die Partei gegen eine breite „demokratische Front“ der deutschen Medien, Politiker und Wissenschaftler.

Dass es der AfD vor diesem Hintergrund trotzdem gelingt, so erfolgreich an die Unzufriedenheit in Deutschland zu appellieren, halte ich ebenso für ein Erdbeben wie den Brexit oder die Wahl Donald Trumps zum zukünftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Trotz der demokratischen Front und des unzugänglichen deutschen Parteiensystems hat die AfD es geschafft, in kurzer

Zeit Millionen Menschen für sich zu gewinnen. Und der Aufstand hat in Deutschland gerade erst richtig begonnen.

Schlüsselfrage

In der TV-Serie „Die Bombe tickt“ sehe ich heute etwas ganz anderes. Sie macht mir klar, dass in Deutschland der Nationalsozialismus immer noch der negative Referenzpunkt aller Politik ist. Ich verstehe jetzt, dass der rationale, anti-ideologische Charakter der deutschen politischen Debatte – und lasst uns ehrlich sein, die bis vor Kurzem extrem langweilige politische Debatte – hiermit zu tun hat. Die Ratio als Waffe gegen „gefühlte Wahrheiten“. Aber: So ein einfacher Gegensatz ist es nicht.

Ob es Ihnen gefällt oder nicht, Rechtspopulisten setzen Schlüsselfragen auf die politische Agenda. Man wird erwarten, dass dies die etablierten Parteien zwingt, auch über diese Frage zu reden. Leider sehen wir bis heute noch zu viel *positon-and-attention imitation* der großen Volksparteien.

Was bedeutet der Nationalstaat für meine Identität? Was bedeutet der Zugang von vielen nicht westlichen Migranten für unsere freiheitliche demokratische Kultur? Ist unser heutiges Parteiensystem mit so wenigen Mitgliedern eigentlich noch legitim im *digital age*? Ist die Europäische Union nach wie vor eine Garantie für Frieden oder eher eine Quelle der Unzufriedenheit? Ich finde, das sind spannende Fragen. Fragen, durch die Pim Fortuyn meinen inneren Konflikt geschürt hat.

Ich möchte Politiker und Sie dazu aufrufen, die politische Debatte auch prinzipiell und ideologisch zu führen. Polarisierung gehört in eine Demokratie. Sorgen wir dafür, dass wir – wenn wir in 20 Jahren auf den Aufstieg des Rechtspopulismus zurückschauen – diesen als Korrektur einer durchrationalisierten, extrem langweiligen und inspirationslosen politischen Ära betrachten. Das inspiriert nicht nur mich als Publizisten, sondern vielleicht auch viele Ralphs dieser Welt.

VI. Pegida und AfD im Spiegel der niederländischen Presse

von René Cuperus

„Wie berichten niederländische Journalisten über das Phänomen Rechtspopulismus im Allgemeinen sowie über die rechtspopulistischen Akteure im Nachbarland Deutschland im Speziellen?“ Diese Frage ist aufgrund aktueller Ereignisse noch viel wichtiger und spannender geworden. Man denke an den „Brexit“ oder den Wahlsieg Donald Trumps in den USA. Manche Leute sprechen bereits von einem neuen Zeitalter: Das Zeitalter des Populismus bzw. des Rechtspopulismus – oder sogar des autoritären Populismus. Dies hat den ganzen Kontext der eingangs formulierten zentralen Fragestellung vollkommen verändert.

Der vorliegende Beitrag trägt den Titel „Pegida und AfD im Spiegel der niederländischen Presse“. Man kann sagen, dass sich der „Spiegel“ gänzlich verändert und gewissermaßen vergrößert hat. Die erwähnten Phänomene, Brexit, Trump, Pegida und AfD, werden nun als miteinander verbunden wahrgenommen. Die Erwartungen ändern sich. Wenn es Trump gelingt, die Präsidentschaftswahl in den USA zu gewinnen, dann scheint fast alles möglich zu sein. Dann kann Marine Le Pen vielleicht französisches Staatsoberhaupt werden. Dann kann Geert Wilders' *Partij voor de Vrijheid* (PVV) vielleicht tatsächlich die größte Partei in den Niederlanden werden. Dann kann die AfD vielleicht bei der Bundestagswahl einen riesigen Erfolg verzeichnen.

Doch zurück zum eigentlichen Thema dieses Textes. Diesbezüglich sind zwei Vorbemerkungen wichtig. Man muss konstatieren, dass es in der niederländischen Presse weiterhin viel zu wenig Nachrichten und Analysen über die politische Lage in Deutschland gibt. Wenn man den Nachrichten-Tsunami über die amerikanische Präsidentschaftswahl betrachtet, wird das besonders deutlich. Woran liegt das? Die amerikanische Wahlkampagne war sexy und glamourös. Deutschland hingegen ist immer noch nicht sexy. Angela Merkel ist sehr beliebt, aber es ist anzunehmen, dass fast kein Niederländer viele andere deutsche Politiker neben Merkel namentlich nennen kann. Gabriel?

Steinmeier? Gauck? Seehofer? Alle unbekannt. Und deshalb sollten sich die Niederländer schämen, da ihr Nachbar Deutschland in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine große Rolle für sie spielt.

Dazu passt die Tatsache, dass meine Recherche hinsichtlich der Nachrichten und Analysen über die AfD und Pegida für diesen Band zu ernüchternden Ergebnissen geführt hat. Über die mögliche Gründung bzw. Etablierung eines niederländischen Pegida-Ablegers wurde viel geschrieben. Als wissenschaftlicher Beobachter war ich bei einer Versammlung dieser Organisation in Utrecht persönlich vor Ort. Lutz Bachmann, Vorsitzender der deutschen Pegida, sprach auf einem fast völlig leeren Marktplatz in der Domstadt. Daran sieht man, dass diese Bewegung in den Niederlanden total gescheitert ist.

Ansonsten findet man nur Artikel von niederländischen Deutschland-Korrespondenten. Hier stellt sich jedoch die Frage danach, wie repräsentativ diese eigentlich für die Rezeption von AfD und Pegida in den Niederlanden sind. Korrespondenten leben häufig zwischen zwei Welten, d. h. als Expats entfremden sie sich nicht selten mehr oder weniger von ihrer Heimat. Um sich ein umfassendes Bild von der niederländischen Rezeption von AfD und Pegida zu machen, genügt es demnach nicht, sich bloß auf die Beiträge von Korrespondenten zu konzentrieren. Dieser Umstand erschwert es, die Leitfrage des vorliegenden Beitrages zu beantworten.

Bei einem Blick in die niederländischen Nachrichten und Presse-Kommentare fällt darüber hinaus auf, dass sich die Journalisten das „populistische Frame“ vollständig zu eigen machen. Man kann vor diesem Hintergrund sagen, dass wir alle Opfer des „populistischen Zeitgeistes“ (Cas Mudde) geworden sind. Man sieht die soziale Wirklichkeit – bewusst oder unbewusst – durch das Prisma des Populismus.

Der Erfolg des Populismus ist in dieser Hinsicht enorm. Das Denken in den Kategorien „Elite“ und „Volk“ ist allgegenwärtig – und es ist, nach Jan-Werner Müller, anzumerken, dass dies als sehr gefährlich, da im Endeffekt antipluralistisch und anti-demokratisch, einzustufen ist.

Auch das Phänomen der „bösen Bürger“ ist weit verbreitet. Man betrachte nur mal die folgenden Schlagzeilen aus den niederländischen Medien:

- *De Telegraaf*: „Duitse elite bang voor AfD“ = Deutsche Elite hat Angst vor AfD;
- *NOS*: Merkel: „AfD is uitdaging voor hele politiek“ = Merkel: AfD ist Herausforderung für die ganze Politik;
- *NRC Handelsblad*: „Zege (AfD in Mecklenburg-Vorpommern) toont afkeer Wir schaffen das“ = Sieg (AfD in Mecklenburg-Vorpommern) zeigt Abwendung von Wir schaffen das; es ist in diesem Beitrag von einem Aufstand gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik die Rede;
- *Elsevier*: „AfD deelt ook in Berlijn mokerslag uit aan gevestigde partijen“ = AfD verpasst etablierten Parteien auch in Berlin einen herben Schlag;
- *Trouw*: „Duitsland kan niet om boze burgers heen“ = Deutschland muss sich mit bösen Bürgern auseinandersetzen.



© picture alliance / dieKLEINERT.de / Andreas Prüst

Im Rahmen der Beantwortung der Frage danach, wie die niederländische Presse bzw. Öffentlichkeit auf den verspäteten Vormarsch des Rechtspopulis-

mus in Deutschland reagiert hat, sind die folgenden drei Komplexe anzuführen:

- der umgekehrte Heinrich-Heine-Komplex,
- der Pim-Fortuyn-Cinderella-Komplex,
- der Mutti-Merkel-„Wir-schaffen-das“-Komplex.

Der umgekehrte Heinrich-Heine-Komplex

Heinrich Heine soll mal gesagt haben: „Wenn die Welt untergeht, so ziehe ich nach Holland, denn dort geschieht alles 50 Jahre später.“ Niederländer verfügen nun über einen umgekehrten Heinrich-Heine-Komplex in Bezug auf Deutschland: Man hat das Gefühl, dass die Niederlande ein Labor sind – ein Labor für gesellschaftliche Entwicklungen und Trends. Jetzt, am Anfang des 21. Jahrhunderts, kommt in Deutschland alles später an.

Lange genoss Deutschland den Ruf als Insel der Stabilität im Sturm des (Rechts-)Populismus, der die europäischen Länder im Griff hat. Deutschland galt als das Auge im europäischen Orkan aus Islamfeindlichkeit, Populismus und sozialen Angstneurosen. Das ziemlich selbstzufriedene Deutschland von Angela Merkel – es war sogar von einem „neuen Biedermeier“ die Rede – war umgeben von Ländern, in denen das politische Establishment durch Anti-Migrations-Parteien bzw. -Bewegungen unter schweren Beschuss geraten war – man denke an Österreich, Frankreich, Polen und eben an die Niederlande.

In Deutschland versuchten etablierte Parteien und Medien lange Zeit, Pegida und die AfD als Teil des rechtsextremen Randes zu dämonisieren, als „Volksverhetzer“ und „geistige Brandstifter“. Aber das wird gegenwärtig nicht mehr so leicht sein, da sich die AfD fast wie eine neue alternative Volkspartei darstellt.

Die Flüchtlingskrise hat die allgemeine Krise, in der sich Europa ohnehin befindet, um den Faktor 10 verstärkt. Deutschland ist im europäischen Normalzustand angekommen und muss nun – wie seine Nachbarn – mit wachsendem Widerstand der Bevölkerung gegen das Establishment rechnen. Und die

europäische Zusammenarbeit wird weiter unter Druck geraten. Die europäische Angstneurose hat nun also auch das Kernland Deutschland erreicht. Wie die Niederländer werden auch die Deutschen euroskeptischer werden. Nicht, weil sie anti-europäisch sind, sondern weil sie das heutige Europa bzw. die Europäische Union für nicht gut geführt und verwaltet halten, und weil es sie stört, dass viele Mitgliedstaaten die solidarische europäische Schicksalsgemeinschaft untergraben, statt sie zu stärken.

Wie die Niederländer werden die Deutschen einwanderungskritischer werden. Nicht, weil sie grundsätzlich etwas gegen Immigration haben. Sie haben lediglich große Schwierigkeiten mit dem Zuzug von Migranten und Flüchtlingen, die die westliche Kultur – d. h. die Normen, Werte und Regeln der sie aufnehmenden Länder – ablehnen oder sogar hassen. Die Bürger fordern eine besser geführte EU und eine glaubwürdige Flüchtlings- und Integrationspolitik. Das politische Establishment wird nicht unendlich viele Möglichkeiten bekommen, dies alles in die richtige Richtung zu lenken.

Der Pim-Fortuyn-Cinderella-Komplex

Mit dem Begriff „Pim-Fortuyn-Cinderella-Komplex“ ist der Umstand gemeint, dass die niederländischen Erfahrungen mit einer spezifischen Art des Populismus die Debatte färben. Der niederländische Populismus ist relativ „sauber“. Er weist keine Beziehung zur braunen Vergangenheit, d. h. zum Nazi- oder Neo-Nazi-Milieu, den schrecklichen Narben des 20. Jahrhunderts, auf. Der „saubere“ Rechtspopulismus gegen den „bösen“ oder „schmutzigen“ Rechtspopulismus. Fast überall in Europa haben Rechtspopulisten historische oder aktuelle Verbindungen mit der braunen Geschichte – man denke an den Front National in Frankreich, an die Schwedendemokraten oder an die FPÖ in Österreich.

In den Niederlanden sieht dies – wie oben erwähnt – anders aus. Pim Fortuyn repräsentierte nicht einen rechten Populismus, sondern einen postmodernen Populismus, der als links und rechts gleichermaßen einzuordnen ist. Geert Wilders steht für einen anti-islamischen Rechtspopulismus, aber er

vertritt dezidiert pro-israelische Standpunkte. Dadurch besteht die Gefahr der Verharmlosung.

Wenige Niederländer sind sich des aggressiven, gewaltbereiten rechten Randes in Deutschland („Dunkel-Deutschland“ nach Bundespräsident Joachim Gauck) bewusst: der braunen, gewalttätigen rechtsextremen Szene von Neonazis und ihrer Gesinnungsgenossen. Der rechte Rand in Deutschland ist viel aggressiver und gewaltbereiter als in den Niederlanden. Wie die Umfrage-Erfolge von Geert Wilders zeigen, haben die Niederlande ein riesiges Rechtspopulismus-Problem. Es gibt dort auch zahlreiche Proteste von Wutbürgern, die gegen die Ansiedlung von (zu vielen) Flüchtlingen in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt demonstrieren. Aber die Niederlande kennen diesen rauen neonazistischen Rechtsextremismus – wie er in Deutschland wieder mehr und mehr sichtbar wird – nicht. Es gibt in den Niederlanden nämlich kaum Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Konflikte mit gewaltbereiten links-radikalen Antifaschisten spielen ebenfalls keine Rolle.

Der Mutti-Merkel-„Wir-schaffen-das“-Komplex

Als nächstes ist der Mutti-Merkel-„Wir-schaffen-das“-Komplex zu betrachten. Man könnte ihn so definieren: „Anders als in den Niederlanden oder auch in Frankreich wird der Rechtspopulismus in Deutschland zerschlagen. Von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mutti Merkel als letzte Rettung der westlichen Demokratie.“ Die niederländischen Nachbarn verfolgen die deutsche Flüchtlingsdebatte aufmerksam, mit einer Mischung aus Bewunderung, Erstaunen und Verwirrung. Es gab, vor allem vor „Köln“, großen Respekt für die deutsche Willkommenskultur und Angela Merkels bravouröses „Wir schaffen das“. Man fühlte den schmerzhaften Kontrast zwischen Deutschland, das sich euphorisch von seiner guten Seite zeigen wollte, und den Niederlanden, die viel zurückhaltender und verkrampfter auf den Flüchtlingsansturm reagierten. Der Grund: Das kleine, ehemals so weltoffene Nachbarland scheint inzwischen – mehr als Niederländer sich das eingestehen – von Migrations- und Integra-

tionstraumata befallen zu sein. Traumata, die von Rechtspopulisten wie Geert Wilders ausgebeutet und hyperbolisiert werden.

Auf der anderen Seite wurde in der niederländischen Politik und in den Medien schnell darauf hingewiesen, wie riskant Merkmals Sprung nach vorn und ihre Politik der offenen Grenzen seien. Wie konnte das passieren, dass die eben noch so vorsichtige, abwartende Merkel Hals über Kopf – und ganz und gar gegen den Geist von Max Weber – Gesinnungspolitik über Verantwortungspolitik stellte? Vorbehaltlos die deutschen Grenzen für potenziell Millionen von Menschen öffnen: Ob das wirklich gut geht? Kann es denn wahr sein, dass Deutschland die Stabilität und den sozialen Frieden seiner Gesellschaft für seine ewige Vergangenheitsbewältigung, für die Wiedergutmachung der Kriegsschuld aufs Spiel setzt?

Deutschland mag, wie SPD-Chef Sigmar Gabriel kürzlich gesagt hat, „ein verdammt starkes Land“ sein. Wenn es aber um Improvisation, um den Umgang mit Unsicherheit und Unordnung geht, zählt es in niederländischen Augen nicht gerade zur europäischen Spitzenklasse. In Deutschland sieht man es gern, wenn die Dinge ordentlich geregelt sind. Niederländische Kommentatoren, mich eingeschlossen, hielten denn auch den Atem an, als ausgerechnet Deutschland glaubte – wie modern, locker und weltoffen es für seine Verhältnisse auch geworden sein mag –, ein derart gewaltiges politisches, soziales und kulturelles Experiment mit der eigenen Gesellschaft beginnen zu müssen. Dieses Experiment steht in hochgefährlichem Widerspruch zu jener „Suche nach Sicherheit“ (Eckart Conze), in deren Zeichen die gesamte Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik stand.

Am besten veranschaulichen lässt sich der besorgte niederländische Blick auf Deutschland mit der Metapher, die Bundespräsident Joachim Gauck zu Beginn der Flüchtlingskrise einführte. Er unterschied zwischen einem „hellen“ Deutschland und einem „dunklen“ Deutschland. Um es mit einem einfachen Bild zu sagen: Die Niederländer finden das „helle“ Deutschland etwas zu hell, und das „dunkle“ Deutschland zu dunkel.

VII. Geert Wilders als Herausforderung für niederländische Journalisten (2004–2012)

von André Krause

Am 6. Februar 2017 twitterte ein offenkundig begeisterter Geert Wilders: „1 Tweet. 180 Zeichen und ein altes Nepp-Foto aus dem Jahr 2009. EenVandaag, RTL Nieuws, NOS Journaal, Nieuwsuur, RTL Late Night, Jinek. #ilovetwitter.“ Der PVV-Chef verwies damit auf die große mediale Aufmerksamkeit, die ein von ihm via Twitter verbreitetes Foto von Alexander Pechtold nach sich gezogen hatte: Mittels Photoshop war der politische Anführer der linksliberalen Partei D66 in eine wütende Menge demonstrierender „ Hamas-Terroristen“ (Wortlaut Wilders, Tweet ebenfalls vom 6. Februar 2017) eingefügt worden. Obwohl dieses nicht von Wilders selbst gestaltete Nepp-Foto bereits seit dem Jahre 2009 im Umlauf war, löste besagter Tweet knapp anderthalb Monate vor den nächsten Wahlen zur Zweiten Kammer vor allem eine Diskussion über die Frage danach aus, wie die Medien mit den öffentlichen Äußerungen des PVV-Chefs umgehen sollten. Dabei standen sich zwei Fraktionen gegenüber, die jeweils eine grundsätzliche andere Herangehensweise befürworteten: Während die eine Seite forderte, ähnliche Ereignisse künftig zu ignorieren und nicht prominent in Nachrichtensendungen oder Talkshows zu thematisieren, verwies die andere Seite auf den hohen Nachrichtenwert von Wilders' Tweets bzw. der Reaktionen darauf – mit anderen Worten: Die immense Aufmerksamkeit für die medialen Aktivitäten des Anführers der zum damaligen Zeitpunkt größten Partei in den Meinungsumfragen war gerechtfertigt.

Die im Januar 2017 publizierte Dissertation *Rechtspopulismus im Spiegel der niederländischen Presse. Pim Fortuyn und Geert Wilders als Herausforderung für Journalisten*, in welcher Presseartikel aus den Jahren 2001 bis 2012 analysiert werden, zeigt auf, dass diese Kontroverse keineswegs neu war: Darin steht der Umgang der Medien, vor allem der *Print*medien, mit Wilders nämlich ebenfalls im Mittelpunkt eines Unterkapitels. Auf den folgenden Seiten ist darzustellen, zu welchen Antworten die Journalisten ausgewählter Tageszeitungen und politischer Meinungsblätter im oben genannten Untersuchungszeitraum

gelingen. So wird nicht zuletzt deutlich, dass der PVV-Chef schon seit mehr als einem Jahrzehnt in der Tat als eine „Herausforderung“ für niederländische Medienvertreter einzustufen ist.



© picture alliance / dpa / Robin Utrecht

Grundsatzdebatte im NRC Handelsblad und in de Volkskrant

Anfang 2008 führen unterschiedliche Autoren in der vorwiegend linksliberal ausgerichteten *de Volkskrant* eine aufschlussreiche Grundsatzdebatte über den Umgang mit Geert Wilders. Ausgangspunkt ist ein Text von Ron Meerhof. Der politische Redakteur befasst sich mit der Frage danach, wie Journalisten über den PVV-Chef berichten sollten. Er vertritt die These, „dass wir eher zu wenig als zu viel über Geert Wilders geschrieben haben“. Es sei notwendig, dessen Themen ernstzunehmen und sich intensiver mit ihnen auseinanderzusetzen. Da Wilders über gute Antennen verfüge, wisse er, was die Menschen im Lande

bewege.¹ Die Kolumnistin Malou van Hintum und Redakteur Jan Tromp, von 1995 bis 2002 stellvertretender Chefredakteur der *Volkskrant*, widersprechen Meerhof eine Woche später: Der PVV-Chef verfüge lediglich über „eine starke Antenne für das Recht des Stammtisches“. Seinen „sweeping statements“, d. h. seinen pauschalisierenden Aussagen, mangle es „an einem Gefühl für menschliche und politische Verhältnisse“. Es sei vor diesem Hintergrund nicht angemessen, Wilders in *de Volkskrant* – wie angeblich von Meerhof befürwortet – wie „einen respektablen Politiker“ darzustellen. Van Hintum und Tromp schlussfolgern, Politiker dürften „sich nicht durch das gesunde Volksempfinden einschüchtern und feige und sprachlos in eine Ecke drängen lassen“. Darüber werde „eher zu wenig als zu viel geschrieben“.² Thom Meens, als Ombudsman seit dem Jahre 2004 für Reaktionen auf Zuschriften von *de Volkskrant*-Lesern zuständig, publiziert am gleichen Tag wie van Hintum und Tromp einen Beitrag, der in diesem Zusammenhang erwähnenswert ist. Meens ist der Ansicht, dass seine Tageszeitung prinzipiell verpflichtet sei, über Geert Wilders zu schreiben, weil dessen politische Bewegung seit den Wahlen zur Zweiten Kammer im Jahre 2006 mit neun Sitzen im nationalen Parlament vertreten und somit ein beachtenswerter politischer Faktor sei. Der PVV-Chef müsse „wie jeder andere Politiker [...] ganz normal Zugang zu den Zeitungsspalten haben“. Es sei kontraproduktiv, nicht über Wilders zu schreiben, weil dies in den Augen Meens’ „dessen Position nur verstärken“ würde. Allerdings werde den Aussagen des PVV-Chefs von Meinungsforschern und Medien, darunter *de Volkskrant*, manchmal zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Meens konstatiert, die Redaktion seines Blattes sei gut beraten, stets sorgsam abzuwägen, ob Wilders’ Statements tatsächlich eine Nachricht wert seien.³

1 R. Meerhof, We hebben eerder te weinig over Wilders geschreven dan te veel, in: *de Volkskrant* vom 26. Januar 2008.

2 M. van Hintum/J. Tromp, Ja, Wilders is respectabel, als papegaai, in: *de Volkskrant* vom 2. Februar 2008.

3 T. Meens, Wilders in de kolommen. De Ombudsman, in: *de Volkskrant* vom 2. Februar 2008.

Gut ein Jahr nach dieser Grundsatzdebatte schreibt Meens im März 2009, dass die *de-Volkskrant*-Leser nicht mehr so häufig über die Präsenz des PVV-Chefs in ihrer bevorzugten Tageszeitung klagen. Daher kommt der Ombudsmann zu dem Schluss, „das Gedankengut von Wilders [werde] inzwischen offensichtlich auch von einem (kleinen) Teil der Leser der Volkskrant geteilt“.⁴ Eine Studie des Meinungsforschers Maurice de Hond, publiziert am 16. September 2012, zeigt allerdings auf, dass nur 3 % der Menschen, die mindestens zweimal in der Woche *de Volkskrant* lesen, bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 2012 ihre Stimme der PVV anvertraut haben.⁵ Im Jahre 2009 dürfte der Zuspruch für Geert Wilders nicht viel größer gewesen sein.

Zu Meens' Standpunkt passt eine Stellungnahme von dessen Nachfolgerin, Margreet Vermeulen. Die Ombudsfrau schreibt Ende November 2011, ihre Zeitung müsse ein Spiegel der gesellschaftlichen Debatte sein und sei des Weiteren verpflichtet, ihren Lesern die Gelegenheit zu bieten, sich selbst eine Meinung zu bilden. Bei der Publikation eines umstrittenen Briefes von Geert Wilders, in dem er im August 2007 ein Koranverbot eingefordert hatte, habe dies noch anders ausgesehen, weil die Redaktion daneben einen missbilligten Kommentar abgedruckt habe. In der Chefredaktion gebe es inzwischen jedoch eine breite Unterstützung für den Standpunkt, „dass die Zeitung nicht die Aufgabe hat, die PVV zu verurteilen oder zu bestreiten, sondern darüber zu berichten“. Vermeulen meint darüber hinaus, die Meinungsseiten ihres Blattes seien „bewusst mehrstimmig, damit dort nachzulesen ist, wie die Meinungen in den Niederlanden aufeinanderprallen“. Das „Gedankengut“ der PVV sei angesichts ihrer 24 Sitze im nationalen Parlament „ein Bestandteil“ der gesellschaftspolitischen Debatte im Land.⁶

Es sei erwähnt, dass die von Vermeulen positiv hervorgehobene Mehrstimmigkeit von Frits Abrahams, Kolumnist des ebenfalls vorwiegend linksli-

4 T. Meens, Tobben met Wilders. De Ombudsman, in: *de Volkskrant* vom 7. März 2009.

5 Studie Uitslag TK2012 naar printed media vom 16. September 2012.

6 M. Vermeulen, Geen „foei“ meer naast opiniestuk, in: *de Volkskrant* vom 26. November 2011.

beral ausgerichteten *NRC Handelsblad*, negativ bewertet wird: In der Vergangenheit sei *de Volkskrant* „progressiv“ gewesen. Nun wüte allerdings „schon seit geraumer Zeit ein Richtungsstreit ‚progressiv‘ gegen ‚neokonservativ‘“.⁷ *De Volkskrant* zeichnet sich im Zeitraum 2004 bis 2012 in der Tat durch ein breites Meinungsspektrum aus: Kolumnisten wie Marcel van Dam und Bert Wagendorp, die Geert Wilders vor allem bei dessen Kernthemen „Immigration“, „Integration“ und „Islam“ durchgängig scharf kritisieren, sind in weltanschaulicher Hinsicht sehr weit von ihren Kollegen Nausicaa Marbe und Martin Sommer, die in diesem Zusammenhang dem PVV-Chef mitunter prinzipiell zustimmen, entfernt. Ob solch ein breites Meinungsspektrum innerhalb einer Tageszeitung als erstrebenswert zu betrachten ist, hängt von subjektiven Erwartungen an Printmedien ab und ist daher an dieser Stelle nicht näher zu erörtern. Es sei allerdings auf den in diesem Sammelband vorhandenen Beitrag aus der Feder Sommers verwiesen, in welchem der *de-Volkskrant*-Journalist selbst nicht zuletzt auf seinen eigenen Umgang mit Wilders eingeht.

Im *NRC Handelsblad* ist es in erster Linie der Ombudsmann Sjoerd de Jong, der sich zur Herangehensweise seiner Tageszeitung an den PVV-Chef äußert. Dabei ist zunächst auf einen Beitrag zu verweisen, der sich indirekt auf *de Volkskrant* bezieht: De Jong rechtfertigt nämlich im August die Entscheidung des *NRC Handelsblad*, den oben genannten Brief von Wilders, in welchem er für ein Koranverbot plädiert, im Gegensatz zum qua Auflage größten Konkurrenten im Genre der niederländischen Qualitätstageszeitungen nicht abzudrucken. Als Grund führt der Ombudsmann nicht die Standpunkte des PVV-Chefs an, sondern den „rüpelhaften Ton und vor allem die lückenhafte (oder besser: fehlende) Unterbauung der Behauptungen“. Die Meinungsseite seines Blattes sei „eine Plattform für sinnige, originelle und anregende Meinungen, keine Propagandawand“. De Jong ist der Ansicht, dass das *NRC Handelsblad* mit der genannten Stellungnahme ihres Ombudsmannes seiner „Informationspflicht dem Leser gegenüber nachgekommen (sei), ohne das eigene Meinungspodium

7 F. Abrahams, Asschers idee, in: *NRC Handelsblad* vom 22. März 2012.

für ein qualitativ minderwertiges und anti-konstitutionelles Stück freizumachen“.⁸

In diesem Zusammenhang ist der Umstand erwähnenswert, dass Arendo Joustra, Chefredakteur des konservativliberalen Meinungsblattes *Elsevier*, das *NRC Handelsblad* für diese Haltung kritisiert und *de Volkskrant* aufgrund der Publikation des Briefes ein Lob ausspricht.⁹ Ein Blick auf die öffentliche Meinung zeigt auf, dass die Mehrheit der Befragten Joustras Sichtweise folgt: 68 % finden die Entscheidung der *Volkskrant* laut Maurice de Hond nämlich richtig. Während die Zustimmung unter den Anhängern der PVV (92 %), von *Groen-Links* (83 %) und der VVD (79 %) besonders groß ist, sind CDA-Wähler zurückhaltender (55 %).¹⁰

Darüber hinaus widmet sich Birgit Donker dem Dilemma hinsichtlich des Umgangs mit Wilders: Die Chefredakteurin des *NRC Handelsblad*, von 2006 bis 2010 im Amt, meint, die PVV müsse wie jede andere politische Partei behandelt werden. Dabei könne ihre Zeitung nie alle Leser zufriedenstellen: Die einen empörten sich, wenn sie Wilders ignoriere, die anderen, wenn sie ihm Aufmerksamkeit schenke. Grundsätzlich gelte, dass das *NRC Handelsblad* zwar keine unfundierten Beiträge von Geert Wilders publiziere, in denen er gegen den Islam wettere, aber „bemerkenswerte Aktionen“ vermelde. Als Beispiel führt Donker dessen Entscheidung an, mit der vollständigen PVV-Fraktion den Plenarsaal während einer Debatte demonstrativ zu verlassen.¹¹ Sjoerd de Jong vertritt des Weiteren den Standpunkt, dass das *NRC Handelsblad* trotz scharfer Kritik in chefredaktionellen Kommentaren objektiv über den PVV-Chef berichten müsse. Auch in Bezug auf Wilders sei die Aufrechterhaltung der Trennung von Berichterstattung und Meinung vonnöten. Da de Jong allerdings gleichzeitig behauptet, der PVV-Chef sei „kein normaler Politiker“, deutet sich ein Dilemma an, welches in einem weiteren Beitrag zur Sprache

8 S. de Jong, *De krant antwoordt*, in: *NRC Handelsblad* vom 11. August 2007.

9 A. Joustra, *Wilders & de media*, in: *Elsevier* vom 18. August 2007.

10 Studie *Geert Wilders en de Koran* vom 9. August 2007.

11 B. Donker, *De lezer schrijft over aandacht voor Wilders*. *De krant antwoordt*, in: *NRC Handelsblad* vom 4. April 2009

kommt.¹² Darin kritisiert der Ombudsmann nämlich den Umstand, dass Peter Vandermeersch, seit 2010 Chefredakteur seines Blattes, den Wunsch ausgesprochen habe, einem Beitrag des PVV-Chefideologen Martin Bosma in einer Ausgabe des *NRC Handelsblad* ebenso viel Raum zu gewähren wie einem Text Folkert Jensmas, von 1996 bis 2006 Chefredakteur der Tageszeitung. Dies ähnele „dem Hang nach quantitativem Gleichgewicht, den man in manchen amerikanischen Zeitungen sieht, in denen Nachrichten über Republikaner genauso lang sein müssen wie diejenigen über Demokraten – aus Angst vor dem Vorwurf der Parteilichkeit“. Laut De Jong führe solch eine Vorgehensweise dazu, dass eine „Diskussion, in der es um Fakten gehen muss, [...] jetzt eine Frage von ‚gleichwertigen Meinungen‘, Vorwürfen und Verdächtigungen geworden“ sei.¹³

Die genannten Ausführungen des Ombudsmannes unterstreichen einmal mehr die grundsätzlich PVV-kritische Haltung, die zahlreiche *NRC-Handelsblad*-Autoren auch am Ende des Forschungszeitraumes noch stets einnehmen. Allerdings finden sich in der Tageszeitung Stimmen, die diesen Umstand anprangern: Kolumnist Bas Heijne verweist auf die Regelmäßigkeit, mit welcher – unter anderem im *NRC Handelsblad* – „vor der Gefahr, die PVV heißt, gewarnt“ werde. Ebenso kritisiert er die „moralische Empörung“, die Wilders' Gegner in der Regel an den Tag legen.¹⁴ Dazu passt ein Artikel Jérôme Heldrings, in dem der Kolumnist, einst Chefredakteur des Blattes (1970–1972), seine Kollegin Elsbeth Etty ins Visier nimmt. Er verwirft deren „Rasereien gegen Wilders“ und fragt: „Könntest du angesichts deiner widerrufenen Vergangenheit nicht auch etwas weniger entschieden sein, ein bisschen mehr Raum für Zweifel lassen?“. Zur Erläuterung: Etty war einst Mitglied der *Communistische Partij van Nederland* (CPN) und Mitarbeiterin der kommunistischen Tageszeitung *De Waarheid*. Im Jahre 1991 distanzierte sie sich jedoch von ihrer

12 S. de Jong, Als je Geert Wilders eindelijk kunt interviewen, doe het dan grondig, in: *NRC Handelsblad* vom 26. März 2011.

13 S. de Jong, Bosma versus Jensma, Knip versus Greenpeace, in: *NRC Handelsblad* vom 17. Dezember 2011.

14 B. Heijne, Nederland 2012, in: *NRC Handelsblad* vom 31. Dezember 2011.

kommunistischen Vergangenheit. Es mache laut Heldring keinen Sinn, „Wilders fortwährend anzugreifen“, weil sich dessen (potenzieller) Anhang ohnehin nicht bekehren lasse.¹⁵ Wenige Tage später antwortet Elsbeth Etty, Heldrings „Vorwurf in meine Richtung ist, mit Verlaub, unter aller Kritik“. Dabei führt sie den Umstand an, dass ihr Kollege zwar ihre „Rasereien“ ablehne, Wilders' Ideen im gleichen Atemzug jedoch als gefährlich und die PVV als eine Bedrohung für die Demokratie einstufe.¹⁶

Diese Kontroverse ist nicht repräsentativ für das *NRC Handelsblad* im Zeitraum von 2004 bis 2012. Sie zeigt jedoch auf, dass das Thema „Geert Wilders/PVV“ die Gemüter federführender Kolumnisten bisweilen erhitzte. Bemerkenswert erscheint überdies die Haltung der Tageszeitung, die solch einem schriftlichen Wortwechsel den nötigen Raum gewährt. Diesbezüglich ist aber zu erwähnen, dass einen Monat nach dem Disput mit Heldring Ettys letzte Kolumne im *NRC Handelsblad* erschien.¹⁷ Chefredakteur Peter Vandermeersch plante künftig nicht mehr mit der meinungsstarken Wilders-Gegnerin. Dazu passt die Tatsache, dass Erstgenannter in einem Interview mit dem politischen Meinungsblatt *HP/De Tijd*, veröffentlicht im Oktober 2010, geklagt hatte, es gebe im *NRC Handelsblad* zu viele linke Kolumnisten, die sich stets mit denselben Themen befassen.¹⁸ Ab Januar 2012 wurde Etty schließlich vom prominenten Publizisten Paul Scheffer ersetzt. Es ist festzuhalten, dass die Publikation von Heldrings scharfer Kritik an seiner Kollegin vor diesem Hintergrund wie eine implizite Rechtfertigung für Vandermeerschs Entscheidung gegen Etty wirkt. Relevanter ist an dieser Stelle jedoch ein anderer Aspekt: Beim *NRC Handelsblad* sind am Ende des Untersuchungszeitraumes Anzeichen für einen inhaltlichen Wandel zu erkennen. Es ist denkbar, dass dieses Blatt dank seiner tonangebenden, festen Kolumnisten beim Thema „Geert Wilders/PVV“ in der Zukunft ähnlich vielstimmig in Erscheinung tritt

15 J.L. Heldring, Het volk spreekt, in: *NRC Handelsblad* vom 10. November 2011.

16 E. Etty, Tegenspraak, in: *NRC Handelsblad* vom 15. November 2011.

17 E. Etty, Angsthazencultuur, in: *NRC Handelsblad* vom 27. Dezember 2011.

18 *HP/De Tijd*, Nieuwe NRC-hoofdredacteur vindt zijn columnisten „te links“, in: *HP/De Tijd* vom 5. Oktober 2010.

wie *de Volkskrant*. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Tatsache zu verweisen, dass PVV-Politiker Martin Bosma nach Vandermeersch's Amtsantritt – neben Jolande Sap (GroenLinks) und Ton Elias (VVD) – die Gelegenheit erhielt, zwischen November 2010 und Juni 2011 im Drei-Wochen-Rhythmus Kolumnen für das *NRC Handelsblad* zu verfassen.

Geert Wilders und De Telegraaf

Abgesehen von der oben beschriebenen Grundsatzdebatte ist in der Periode von 2004 bis 2012 ein weiteres Thema als nennenswert einzuordnen: Mehrere Journalisten setzen sich mit der Haltung des *Telegraaf* auseinander: Häufig konstatieren sie, Wilders könne in der boulevardesk angehauchten, konservativliberalen Tageszeitung mit einer wohlwollenden Behandlung rechnen. Dabei fällt auf, dass die meisten Texte nach dem Amtsantritt des Chefredakteurs Sjuul Paradijs im Jahre 2009 publiziert worden sind: Unter dessen Ägide nimmt die Kritik an Wilders spürbar ab. Im linksliberalen Meinungsblatt *Vrij Nederland* ist in diesem Zusammenhang sogar vom „Konglomerat Telegraaf/PVV“ die Rede.¹⁹ Zudem reagierten die *De Telegraaf*-Leser stark auf Wilders: *NRC-Handelsblad*-Kolumnist Frits Abrahams, der wie im Vorstehenden dargelegt auch *de Volkskrant* ins Visier nimmt, meint, Letzterer entfessele bei ihnen „etwas, was zwischen Volkswut und Volksgericht“ zu verorten sei. Es sei augenfällig, dass *De Telegraaf* gegenwärtig „begieriger“ über solche Reaktionen berichte als „in der Periode von Fortuyn“.²⁰ Es finden sich jedoch auch Artikel, in denen der Fokus auf einer gewissen Distanz zum PVV-Chef sowie kritischen Töne liegt. Durch die Erwähnung dieser Beobachtung zeigen die Autoren auf, dass dies im Grunde genommen nicht ihren Erwartungen entspricht und daher eine Nachricht wert ist. Abschließend sei an die Kolumnisten Malou van Hintum (*de Volkskrant*) und Bas Heijne (*NRC Handelsblad*) erin-

19 S. Donkers/R. van de Griend, *De Week Waarin...*, in: *Vrij Nederland* vom 28. Mai 2011.

20 F. Abrahams, *Hoon en haat*, in: *NRC Handelsblad* vom 10. April 2009.

nert, die den Stil des *Telegraaf* anprangern: Van Hintum meint im Jahre 2005, es müsse in den Niederlanden als Ausgleich einen „linken Telegraaf“ geben, der sich nicht scheue, großformatige Überschriften wie „Wilders hetzt Volk auf! Politiker geht für elektoralen Gewinn über Leichen“ zu veröffentlichen.²¹ Heijne konstatiert vier Jahre später, *De Telegraaf* habe „sich in den zurückliegenden Jahren unbekümmert auf die gleitende Skala der Wilders-Hetze begeben“. Der *NRC-Handelsblad*-Kolumnist kritisiert den Umstand, dass die Tageszeitung von seinen Kollegen „nun chic als ‚Aktionszeitung‘“ bezeichnet werde. Dies stuft er als „neue politische Korrektheit“ ein und schlussfolgert: „Wer nicht blind ist, sieht, dass es Dreck ist.“²²

Die aufgeführten Beispiele zeigen im Ganzen gesehen auf, dass sich einzelne Autoren vorwiegend linker bzw. linksliberaler Blätter in bisweilen scharfen Worten vom *Telegraaf*, den sie zum Teil als Bundesgenossen bzw. Geistesverwandten von Geert Wilders darstellen, distanzieren. Die Chefredaktionen spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle. Dazu ist das Folgende anzumerken: *De Telegraaf* urteilt in der Regel, vor allem nach dem Jahre 2009, in Bezug auf Wilders weniger negativ als das *NRC Handelsblad*, *de Volkskrant* und *Vrij Nederland*. Dies liegt in erster Linie an der eigenen Haltung bei den Themen „Immigration“, „Integration“ und „Islam“: Dort gibt es Schnittmengen mit der PVV. Es ist jedoch nicht korrekt, die Zeitung – explizit oder zwischen den Zeilen – als PVV-nahes Blatt darzustellen, weil offene Solidarisierungen mit Wilders’ Stil und Programmatik im Untersuchungszeitraum keineswegs als repräsentativ einzustufen sind.

Zu viel Aufmerksamkeit für Geert Wilders?

Im gesamten Untersuchungszeitraum finden sich abgesehen von diesen Artikeln, die sich auf das eigene Blatt bzw. auf die Konkurrenz im Bereich Print

21 M. Van Hintum, Tasjesdief: Rita, waarom?, in: *Vrij Nederland* vom 29. Januar 2005.

22 B. Heijne, Terugslaan, in: *NRC Handelsblad* vom 19. September 2009.

beziehen, insbesondere – aber nicht nur – auf der linksliberalen Seite des Meinungsspektrums Texte, in denen sich die Verfasser über das Maß an Aufmerksamkeit beklagen, welches die niederländischen Medien Geert Wilders bzw. seiner politischen Bewegung entgegenbringen. *Vrij-Nederland*-Kommentator Max van Weezel äußert in dieser Hinsicht Verständnis für das Verhalten der parlamentarischen Redakteure, da sie im Jahre 2002 mit dem Vorwurf, „die Fortuyn-Revolte verpasst (zu) haben“, konfrontiert worden seien. Dies werde den Haager Journalisten nicht noch einmal passieren. Auch, um nicht „wieder als politisch korrekt oder linke Kirche beschimpft“ zu werden, „widmen sie nun jedem Schrei, den Wilders und Verdonk ausstoßen, Aufmerksamkeit“. Van Weezel bekennt vor diesem Hintergrund abschließend, dass er sich manchmal ein bisschen „schäme“, parlamentarischer Journalist zu sein.²³

Elsevier-Autor Eric Vrijksen konfrontiert seine Leser mit der These, die vermeintliche Islamisierung der Niederlande habe sich aufgrund des enormen medialen Interesses an den Standpunkten der PVV in Bezug auf dieses Thema zu einer „self-fulfilling prophecy“ entwickelt.²⁴ Allerdings finden sich auch abweichende Töne. *Elsevier*-Chefredakteur Arendo Joustra verwirft Diskussionen, in denen die Frage danach im Mittelpunkt steht, ob in der Zukunft weniger über Geert Wilders berichtet werden solle, weil die Aufmerksamkeit in den Medien möglicherweise zu Stimmengewinnen für die PVV führe. Der Autor verweist auf den Umstand, dass diese Frage auch keine Rolle spiele, wenn sich die Journalisten mit anderen Parteien wie dem CDA oder *GroenLinks* beschäftigen.²⁵

In einem redaktionellen *de-Volkskrant*-Kommentar ist im August 2010 zu lesen, dass der Vormarsch von Populisten wie Fortuyn und Wilders „ein wichtiges neues Phänomen, charakteristisch für den Anfang des 21. Jahrhunderts“ sei. Das mediale Interesse diesbezüglich sei „logisch“. Auch wenn die Auf-

23 M. van Weezel, Oog om oog, in: *Vrij Nederland* vom 26. Januar 2008.

24 E. Vrijksen, De wording van Geert Wilders: Hoe een gezellig en loyaal VVD-Kamerlid uit Venlo zich ontpopte tot een radicale protestpoliticus. Groeit het hem nu boven het hoofd?, in: *Elsevier* vom 10. April 2010.

25 A. Joustra, Wilders & de media, in: *Elsevier* vom 18. August 2007.

merksamkeit für den PVV-Chef „ab und zu durchaus etwas geringer sein“ könne, verfügten sogar nicht ernst zu nehmende Pläne wie das Plädoyer für ein Koranverbot über einen hohen Nachrichtenwert, da sie „viel über die Ideen und den Stil von Wilders“ aussagten. Interessant ist die Schlussfolgerung der Chefredaktion, dass ein Politiker zwar auf Medien angewiesen sei, aber letztendlich selbst seinen elektoralen Erfolg sicherstellen müsse.²⁶ Damit korrespondieren Artikel der *Vrij-Nederland*-Redakteurin Elma Drayer, in denen sie im Jahre 2011 Vertreter der Medienwissenschaft kritisiert, die unbedingt nachweisen möchten, „dass die Presse eine bedeutende Rolle beim Vormarsch von Wilders“ spiele. Sie meint, „einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Populismus und der Aufmerksamkeit für Wilders in den Medien [werde] man nicht finden.“²⁷

Abschließend sei auf den Umstand verwiesen, dass die Frage danach, ob die Medien Geert Wilders zu viel Aufmerksamkeit schenken, nicht objektivierbar ist. Ein Blick in die Online-Pressedatenbank *Nexis* ist in diesem Zusammenhang allerdings aufschlussreich: Im gesamten Forschungszeitraum sind in allen ausgewählten Tageszeitungen bzw. Nachrichtenmagazinen über den amtierenden Ministerpräsidenten, d. h. Jan Peter Balkenende (2002 bis 2010) und Mark Rutte (seit 2010), in der Regel (deutlich) mehr Beiträge als über Geert Wilders abdruckt worden. Dies zeigt zumindest auf, dass der PVV-Chef trotz des großen medialen Interesses nicht alle niederländischen Politiker in quantitativer Hinsicht in den Schatten stellen konnte. Insbesondere im Jahre 2012 liegt Mark Rutte klar vor seinem ehemaligen Parteikollegen Wilders. Eine ähnliche Untersuchung für das Jahr 2017 könnte die in der Einleitung dieses Beitrages skizzierte Kritik am großen medialen Interesse für Wilders relativieren.

26 de Volkskrant, Media, in: de Volkskrant vom 5. August 2010.

27 E. Drayer, Het podium van de populist, in: *Vrij Nederland* vom 25. Juni 2011 und E. Drayer, Trending topic!, in: *Vrij Nederland* vom 17. Dezember 2011.

Medien zu unkritisch?

Darüber hinaus sei auf Texte verwiesen, in denen Autoren, die der linken bzw. linksliberalen Seite des Meinungsspektrums zuzuordnen sind, schreiben, die niederländischen Medien gingen zu unkritisch mit Geert Wilders, der *Partij voor de Vrijheid* sowie deren Anhang um. Während sich *NRC-Handelsblad*-Kolumnist Frits Abrahams über die „samtenen Handschuhe“ beklagt, mit denen der PVV-Chef in Interviews angefasst werde, konstatiert dessen Kollege Bas Heijne, die Medien „trotteten (stets) bewundernd hinter ihm her“.²⁸ Laut Elsbeth Etty (*NRC Handelsblad*) können PVV-Politiker „darauf zählen, dass jeder Tweet oder jede Presseerklärung bedenkenlos in allen journalistischen Medien reproduziert werden, als ob es einen Ukas des Zaren betrifft“.²⁹ Kolumnist Jan Blokker behauptet in *de Volkskrant*, Geert Wilders benötige kein eigenes Parteiorgan, da „sich die niederländische Presse, was die politische Rechte betrifft, spontan gleichgeschaltet“ habe.³⁰ Es finden sich zudem Artikel, in welchen „die Angst vor der PVV oder besser gesagt vor dem Nicht-Ernstnehmen des besorgten Bürgers“, d. h. des potenziellen PVV-Wählers, angeprangert wird.³¹ Im niederländischen Journalismus gebe es in den Augen Elsbeth Ettys die Tendenz, „Meinungen der PVV für diejenigen ‚des Volkes‘ zu halten“.³²

Des Weiteren finden sich in *De Telegraaf* Texte, die als Gegenpol zu den Klagen progressiver Journalisten über die vermeintlich zu unkritische Haltung der niederländischen Medien in Bezug auf Geert Wilders bzw. die PVV zu betrachten sind. Diese Stellungnahmen sind auch von Ausführungen in *Else-*

28 F. Abrahams, *De zwarte dag van Wilders*, in: *NRC Handelsblad* vom 22. Januar 2009 und B. Heijne, *Een vraag voor Wilders*, in: *NRC Handelsblad* vom 31. Oktober 2009.

29 E. Etty, *Wie haat zaait*, in: *NRC Handelsblad* vom 26. Juli 2011.

30 J. Blokker, *De pers is gelijkgeschakeld*, in: *NRC Handelsblad* vom 4. Juli 2008.

31 H. Beerecamp, *Op tv is het in Almere heel erg met misdaad*, in: *NRC Handelsblad* vom 1. März 2010.

32 E. Etty, *Onafhankelijke journalistiek*, in: *NRC Handelsblad* vom 20. September 2011.

vier abzugrenzen, in dem Syp Wynia lediglich – sachlich weitgehend korrekt – konstatiert, Wilders sei in der Presse im Ganzen gesehen scharfer Kritik ausgesetzt.³³ *De Telegraaf* geht nämlich bisweilen deutlich weiter: Dort wird zum Beispiel die in der Tat äußerst wilders-kritische Fernsehsendung *Wilders, profeet van de angst* (Wilders, Angstprophet, ausgestrahlt am 25. April 2010), des progressiven öffentlich-rechtlichen Rundfunkvereins VARA ins Visier genommen: Noch nie habe der „staatliche Rundfunk einen solchen moralischen Tiefpunkt erreicht“. Am 9. Juni 2010, dem Tag der Wahlen zur Zweiten Kammer, „dürfen die Niederländer zeigen, wer gewinnt: Die Liebe der PVV oder der Hass von Hilversum“.³⁴ Hier ist es im Übrigen interessant zu konstatieren, dass Jean-Pierre Geelen dieser Sichtweise in *de Volkskrant* beipflichtet: Der Medienkritiker seines Blattes schreibt, die VARA veranstalte eine Art „Hexenjagd“ auf den PVV-Chef.³⁵ Diese Stimme repräsentiert jedoch nicht die vorherrschende Meinung auf der linken bzw. linksliberalen Seite des Meinungsspektrums. Nicht zuletzt deshalb stellt *De Telegraaf* auch Geelens *Volkskrant* und das *NRC Handelsblad* an den Pranger: *de Volkskrant* exkommuniziere als Repräsentantin der „linken Kirche“ die PVV-, VVD- und CDA-Wähler, indem sie das Minderheitskabinett Rutte I – wie unter anderem die Partei *GroenLinks* – als „Wilders-Kabinett“ tituliere.³⁶ Thom Meens, Ombudsmann der *Volkskrant*, verwirft im Übrigen ebenfalls diese Wortwahl seines Blattes.³⁷ In diesem Zusammenhang ist abermals auf Syp Wynia zu verweisen: Der *Elsevier*-Kommentator kritisiert *Vrij Nederland* und *de Volkskrant* scharf, da die beiden Blätter vereinzelt Texte abdruckten, in denen die – zum damaligen Zeitpunkt

33 S. Wynia, Pim en Geert, in: *Elsevier* vom 5. Mai 2012.

34 *De Telegraaf*, Wilders komt met oplossing Zembla, in: *De Telegraaf* vom 31. Mai 2010.

35 J.-P. Geelen, Vorm, in: *de Volkskrant* vom 27. April 2010.

36 *De Telegraaf*, Polarisation heeft nu ook CDA in greep, in: *De Telegraaf* vom 5. Oktober 2010.

37 T. Meens, De typering van een kabinet in wording, in: *de Volkskrant* vom 9. Oktober 2010.

noch zu bildende – Regierung als „Bruin I“ (Braun I) etikettiert wird.³⁸ Es liegt auf der Hand, dass es keine (geplante) politische Maßnahme der von Wilders tolerierten VVD-CDA-Koalition gibt, die solch ein Etikett rechtfertigt, das auf den Nationalsozialismus verweist. Allerdings sind solche Texte in den vorwiegend linksliberal orientierten Blättern auch keineswegs als repräsentativ zu bezeichnen.

Fazit

Es ist auffällig, dass insbesondere die beiden Qualitätstageszeitungen *NRC Handelsblad* und *de Volkskrant* öffentlich um den mutmaßlich richtigen Umgang mit Geert Wilders ringen. Dabei heißt es oft, über den PVV-Chef müsse trotz aller Kritik berichtet werden. Die Kontroverse um Wilders' Brief, in welchem er für ein Koranverbot plädiert, zeigt allerdings auf, dass Journalisten in Bezug auf die Grenzen dieses Ansatzes mitunter zu unterschiedlichen Entscheidungen gelangen. Befürworter eines *cordon médiatique*, d. h. eines medialen Boykotts, spielen in den ausgewählten Blättern nichtsdestotrotz zu keinem Zeitpunkt eine nennenswerte Rolle. Es liegt auf der Hand, dass diese Haltung aus demokratischer Perspektive ebenso selbstverständlich wie begrüßenswert ist. Wichtiger ist allerdings ein anderer objektivierbarer Aspekt: Geert Wilders erhält in den fünf untersuchten Presseerzeugnissen ein (weiteres) mediales Podium.

Im Laufe der Zeit erklingen im *NRC Handelsblad* und in *de Volkskrant* darüber hinaus immer mehr Stimmen, die eine möglichst objektive Auseinandersetzung bevorzugen und allzu wertenden Artikeln, die oft von einer moralischen Empörung gekennzeichnet sind, ablehnend gegenüberstehen. Exemplarisch sei hier an die Kontroverse zwischen Heldring und Etty erinnert. Die Leser sollen sich eine eigene Meinung bilden (können). Vor allem die *de-*

38 S. Wynia, Verzet van de oude garde: Bij de formatie worden nieuwe politieke mores zichtbaar. De „Beatrix-generatie“ houdt verbeten en tevergeefs vast aan oude verworvenheden en conventies, in: Elsevier vom 18. September 2010.

Volkskrant-Ombudsfrau Vermeulen bringt den erwähnten grundsätzlichen Wandel im November 2011 prägnant auf den Punkt: „Vielleicht ist dies ein Zeichen, dass sich (de *Volkskrant*) endgültig von einer Zeitung, die vor der eigenen Gemeinde predigt, zu einer mehrstimmigen Tageszeitung gewandelt hat: ein Spiegel der gesellschaftlichen Debatte“.³⁹ Die Presseerzeugnisse, zum Teil einst fest in den versäulten Strukturen der niederländischen Gesellschaft verankert, sollen in der Zukunft demnach in ihrer Gesamtheit (noch mehr) an „Farbe“ einbüßen. Dazu passt die Sichtweise des *de-Volkskrant*-Chefredakteurs Philippe Remarque, der in einem Experteninterview für die einleitend erwähnte Dissertation anno 2015 zu Protokoll gibt, dass sein Blatt beabsichtige, die Kategorien „links“ bzw. „rechts“ hinter sich zu lassen und die Dinge von allen Seiten zu betrachten. Da auch *de Volkskrant* zweifle, favorisiere sie mal die eine Partei, mal die andere. In dieser Hinsicht sind auch die kontinuierlich sinkenden Auflagenzahlen im Printbereich zu berücksichtigen: Ein Blatt, das auf den Meinungsseiten und qua Stil der Berichterstattung ein möglichst breites Publikum anspricht, hat bessere Chancen, die eigene Existenz zu sichern. Es sei diesbezüglich auf die *de-Volkskrant*-Kolumnistin Anet Bleich verwiesen, die den Versuch ihres Blattes, möglichst viele Leser anzusprechen, in einem weiteren Experteninterview als „ein wenig opportunistisch“ einstuft. Aus kommerziellen Gründen sind die oben genannten Gedankengänge hinsichtlich einer (weiteren) Öffnung fraglos nachvollziehbar. Ob der Ansatz, den unter anderem Margreet Vermeulen skizziert, aus (medien-)politischer Perspektive ebenfalls zu begrüßen ist, ist an dieser Stelle nicht näher zu erörtern.

Die oben angesprochenen grundsätzlichen Texte stammen erwartungsgemäß oft von den Ombudsleuten der beiden Qualitätstageszeitungen, welche unter anderem die Aufgabe haben, die Arbeit des eigenen Blattes selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen. Das ist auch in der Tat häufig geschehen. Die Leser erfahren viel über interne Debatten in der *NRC-Handelsblad*- und *de-Volkskrant*-Redaktion. Es ist bedauerlich, dass insbesondere die liberalkonservativen Titel *De Telegraaf* und *Elsevier* in dieser Hinsicht – sicherlich nicht zu-

39 M. Vermeulen, Geen „foei“ meer naast opiniestuk, in: *de Volkskrant* vom 26. November 2011.

letzt wegen des Fehlens von Ombudsleuten – als brauchbare Quellen ausfallen. Selbstkritische Töne spielen dort keine Rolle.

Es ist nicht erstaunlich, dass bei den Fragen danach, ob zu viel, zu unkritisch oder zu negativ über Geert Wilders berichtet bzw. geurteilt werde, ein signifikanter Gegensatz zwischen den auf kultureller Ebene mehrheitlich progressiv ausgerichteten Tageszeitungen bzw. Nachrichtenmagazinen und den konservativliberalen Titeln zutage tritt: Autoren, die der PVV skeptisch gegenüberstehen, klagen (eher) über die mediale Präsenz des PVV-Chefs sowie eine vermeintlich zu wohlwollende Haltung ihrer Kollegen. Es ist auffällig, dass die Chefredaktionen diesbezüglich nicht in Erscheinung treten. Offenkundig handelt es sich um heikle Themen, zu denen sie sich nicht äußern möchten und die sie daher lieber ihren freier agierenden Kolumnisten überlassen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Haltung des *Telegraaf*, der mitunter sehr weit gehende Vorwürfe an die Adresse (vermeintlich) linker Journalisten enthält.

Die in diesem Beitrag aufgeführten Ergebnisse zeigen auf, dass sich die Diskussion, wie die Medien mit Geert Wilders umgehen sollen, regelmäßig wiederholt. Sie veranschaulichen gleichzeitig – insbesondere in Bezug auf die linke bzw. linksliberale Seite des Meinungsspektrums – das Fehlen einer klaren Linie. Es ist mehr als spekulativ, anzunehmen, dass der PVV-Chef von dieser Unsicherheit profitiert und hinsichtlich seiner Medienaktivitäten oft das Heft des Handelns in den eigenen Händen hält. Seine Freude über die große Aufmerksamkeit für das im Februar 2017 verbreitete Nepp-Foto von Alexander Pechtold bestätigt diese Sichtweise.

VIII. Geert W. und ich

von Martin Sommer

Im November 2015 habe ich Geert Wilders zum letzten Mal gesprochen. Sein Zimmer befindet sich in einem Flügel des Gebäudes der Zweiten Kammer, welcher „Hotel“ genannt wird. Es war auch tatsächlich einmal ein Hotel, jetzt ist es allerdings eine Festung. Ich musste eine Prozedur wie auf dem Flughafen Schiphol über mich ergehen lassen, aber *extra strong*: Gürtel aus, Schuhe aus und dann noch eine zweite Schleuse. Kurz darauf traf ich den zweiten Mann, Martin Bosma. Der kann besonders gemein grinsen und sagte, dies sei die Behandlung für spezielle Gäste, nämlich Journalisten von linken Zeitungen. Dann durch einen langen kahlen Gang. Am Ende saßen zwei Bewacher mit Knöpfen an den Ohren. Über ihren Köpfen hing eine Reihe Karikaturen von Gregorius Nekschot.

Geert Wilders kam mit großen Schritten angelaufen. Er ist ein großer Kerl, schüttelt einem fest die Hand. „Komm rein“, sagte er. „Tee oder Kaffee, ein Glas Wasser dazu?“ Sein Zimmer sah genauso aus wie beim letzten Mal: Gardinen zugezogen wegen der potenziellen Anschläge. Die Empire-Möblierung gehörte einmal dem VVD-Chef Frits Bolkestein. In einer Ecke eine summende Klimaanlage. Es waren schon wieder ziemlich viele Jahre vergangen, seitdem ich mit ihm im gleichen Zimmer über das Königshaus gesprochen hatte. Zwi-schendurch war er einmal unter schwerer Bewachung bei uns in der Haager Redaktion gewesen. Jetzt war ich bis in seine Bastion vorgedrungen, weil ich unbedingt ein Interview mit ihm haben wollte.

Nicht so einen Pausenfüller von zehn Minuten, sondern ein richtig großes Interview. Wenn möglich, dann am liebsten auf der Basis einer Reihe von Gesprächen. Über politische Dilemmas, wie man das mit jedem Parteichef einer wichtigen Partei tun würde. Am liebsten würde ich seine ganze Karriere durchnehmen. Auch über seine Zeit bei der VVD, bevor er die Partei 2004 verlassen hat. Er war prominent in der Fraktion und es sah so aus, als habe er sogar Aussichten auf die Fraktionsführung. Dazu wollte er sich wohl äußern. Aber ich wollte auch etwas über die Schwierigkeiten erfahren, falls ihm 35

Sitze gelingen würden. Zum Beispiel, wie er es anstellen wollte, um ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Er fing an zu lachen, aber seine Antwort muss ich Ihnen schuldig bleiben. Ich hatte ihm versprochen, nichts aus diesem Gespräch zu zitieren.

Es ist schon riskant, so ein Interviewvorschlag. Für Wilders, der sich nicht umsonst auf kurze Gespräche beschränkt. Aber auch für den Interviewer. Bei der Wilders-Berichterstattung gilt das Gesetz: Es ist nicht gut oder es taugt nichts. Der politische Korrespondent Michiel Breedveld von der NOS kann davon ein Lied singen. Er bekam ein Interview und wurde danach in Rezensionen abgestraft, weil er Wilders zu viel Platz eingeräumt habe. Es gibt eigentlich nur zwei Auffassungen: Entweder geht man mit ihm hart ins Gericht und ist dann eine Bauchrednerpuppe der linken voreingenommenen Presse, oder aber man überlässt ihm das Wort ohne missbilligende Nebengeräusche und bekommt dann die Breedveld-Behandlung.

Wie dem auch sei, letztendlich wurde in meinem Fall nichts draus. Es ging so aus, wie es meistens ausgeht. Wilders ist plötzlich über SMS-Nachrichten nicht mehr erreichbar. Er hat einfach keine Lust dazu. Oder – was wahrscheinlicher ist – er sieht darin keinen politischen Vorteil. Warum sollte er auch über Dilemmas reden? Die PVV hat keine Dilemmas. Eine ähnliche Erfahrung machte ich vor Kurzem mit Martin Bosma. Ich schlug vor, eine Tasse Kaffee zu trinken, so wie man das in Den Haag mit den meisten einflussreichen Politikern eben macht. Das schien zunächst schwierig zu sein, dann jedoch möglich. Wenn es nur nicht in Den Haag war. Gut, dann eben in Amsterdam. Dann doch wieder unmöglich. Danach Schweigen. Über den Grund konnte ich nur Mutmaßungen anstellen. Vielleicht Uneinigkeit über die Tatsache, dass das Wahlprogramm auf eine DIN-A4-Seite passte? Allgemeine Unzufriedenheit über das chaotische Management seiner Fraktion, das auf Wilders zurückgeführt wird? Schwer zu beurteilen. Darüber wird viel geschrieben, aber immer sind Abtrünnige die Quelle. Das ist heikel. Abtrünnige wollen immer liebend gern zurück in die bürgerliche Gesellschaft und haben ein Interesse daran, ihrem ehemaligen Parteichef eins auszuwischen. Diejenigen, die sich noch im inneren Kreis befinden, schweigen wie ein Grab. Der letzte, mit dem ich Kontakt

hatte, war Harm Beertema. Aber auch er hat die *Volkskrant* mit dem Bann belegt, und seitdem ist es aus und vorbei.

Nein, der Umgang zwischen den traditionellen Medien und den sogenannten Populisten ist nicht der normale Umgang, so wie er mit anderen Parteien gepflegt wird. Das fing schon an mit Pim Fortuyn, unserem vaterländischen Ur-Populisten. Auf einmal wurde alles anders: Es war nur noch von *den* Medien die Rede. „Die Medien dämonisieren“, lautete demzufolge die neue Weisheit. Fortuyn wandte eine ganz eigene Medienstrategie an. Er ignorierte die öffentlich-rechtlichen Sender und die Zeitungen, wie es ihm gerade passte. „Ach, Mensch, geh doch kochen, ist viel besser“, rief er einmal einer Berichtserstatteerin zu. Es wurde ein geflügeltes Wort. Ganz Unrecht hatte Fortuyn nicht mit seiner Dämonisierung. Ich denke da an Marcel van Dam, der ihn einmal als „einen minderwertigen Menschen“ bezeichnet hatte.

Die *Volkskrant* hatte Fortuyn gegenüber eine ambivalente Haltung. Wir waren stolz auf das berühmte Interview, in dem er sagt: „Wenn ich es schaffe, kommt hier kein Moslem mehr rein.“ In derselben Zeitung stand ein Leitartikel, in dem Fortuyn ein „Egotripper“ und ein „wandelndes Pulverfass“ genannt wird, der sich mit seinen „rabiatischen Ansichten“ „für das Regieren disqualifiziert“ habe. So ein Interview war schön, jedoch ohne einen begleitenden Text, so etwas wie eine Gebrauchsanweisung, wie man damit umgehen müsste, funktionierte es nicht. Mit Wilders geschah Jahre später dasselbe. Er verschickte einen Leserbrief, in dem er den Koran verbieten wollte. Es wurde die wichtigste Nachricht des Tages, während in derselben Zeitung ein Kommentar stand, in dem an Wilders' Zurechnungsfähigkeit gezweifelt wurde. Ein merkwürdiger Beipackzettel – wenn Wilders nicht zurechnungsfähig war, müsste er doch zum Arzt, sicher aber nicht mit seinem Standpunkt auf die Titelseite der Zeitung.

Man macht Populisten oft den Vorwurf, dass sie sich nicht an die Spielregeln halten. Das stimmt; manchmal schrammen sie sogar an den Grundprinzipien der Demokratie vorbei. Zum Beispiel dann, wenn sie damit drohen, sich nicht mit dem Ergebnis eines Prozesses oder von Wahlen abzufinden. Beachten die Medien, wenn es um Populisten wie Trump oder Wilders geht, die Spielregeln hingegen wohl? Vor fünf Jahren hatten Remco Meijer und ich ein

Interview mit Martin Bosma in seinem Zimmer geführt. Unter einer israelischen Flagge, auch in der Abteilung „Hotel“. Er hatte ein Buch geschrieben und wir stellten ihm die Frage, warum es nötig sei, dass die PVV eine solche harte Sprache mit Wörtern wie „Kopflappensteuer“ (Steuer für Kopftücher) und ähnlichen handhabe.

Das sei notwendig, weil sie bei der PVV kein Süßholz raspeln, sagte Bosma. Er berichtete von der Medienstrategie. Bei der PVV kommunizierten sie ungefiltert mit den Menschen im Land. Ohne Internet hätte es nie eine PVV gegeben, meinte Bosma. Ohne Einmischung der traditionellen Medien. „Über das Fernsehen oder die Zeitung müssen sie erst viermal das Wort rechtsextrem aushalten.“ Aus diesem Grund hielt er auch nichts von einer Mitglieder-Partei. Verkehrte Menschen hätten die PVV über die Parteimitgliedschaft infiltrieren wollen. Da man jedoch kein Mitglied werden könne, hätte das Problem sich gar nicht erst ergeben. Keine Mitglieder, keine Probleme, lautete seine Schlussfolgerung.

Ob das mit der Infiltration stimmt, weiß ich nicht. Die Mitglieder-Partei war wohl einer der immer wieder zurückkehrenden Diskussionspunkte in der regelmäßig aufflackernden Debatte über die Frage danach, ob die PVV eine faschistische Organisation sei. Keine offene Partei-Organisation, das Führungsprinzip, das gute Volk und die schlechte Elite, die Medien verdächtigen, die Sündenbocktheorie und ähnliche Kriterien; in manchen politologischen Büchern seit 2004 hat man schon die Schlussfolgerung gezogen, dass Wilders ein Faschist sei und seine PVV die neue NSB (die ehemalige niederländische nationalsozialistische Partei) oder noch Schlimmeres.

Andere wiederum, die ich selbst ernster nehme, sagen, dass Wilders kein Faschist sei, weil er nie für Gewalt plädiert habe. Wie dem auch sei, ich habe dieser Debatte nie große Bedeutung beigemessen. Weil der Faschismus das absolut Böse ist, bedeutet das Etikett Faschist für Wilders, dass das Denken sofort aufhört. Wilders kann ignoriert werden, seine Anhänger können abserviert und seine Themen schulterzuckend abgetan werden. Das wäre zwar recht einfach, aber damit kommen wir nicht weiter. Es ist schon wieder acht Jahre her, als mein damaliger Kollege Ron Meerhof darüber einen sehr guten Artikel in der Zeitung veröffentlichte. Das war Bezug nehmend auf eine Dis-

kussion in der Redaktion auf Wilders' Vorschlag eines Koranverbots, ob man das in der Zeitung veröffentlichen sollte oder nicht (s. hierzu auch den Beitrag von André Krause in diesem Sammelband).

In jener Zeit wurde von einem sogenannten Nachrichtenmonitor geklagt, dass die Zeitung alles „hypte“, was Wilders von sich gab. Heutzutage ist der Terminus „Hype“ auch schon wieder altmodisch und man redet von der faktenlosen oder postfaktischen Politik. Es bedeutet ungefähr dasselbe, Sachen Aufmerksamkeit widmen, die man selbst lieber ignorieren würde. Es gab auch einen französischen Faschismus-Forscher, der fand, dass in den Niederlanden zu viel über Wilders geschrieben werde, ohne dass man dabei jedes Mal öffentlich „pfui“ rief. What's new? Es stellte sich heraus, dass der Nachrichtenmonitor nur die Beiträge gezählt hatte, in denen der Name Wilders genannt wurde, und nicht den Kontext beachtete, in dem er erwähnt wurde. Auch stellte sich heraus, dass es mit dem Mangel an Pfui-Rufen in jeder Beziehung halb so schlimm war.

Mein Kollege Meerhof verfasste einen ausgezeichneten Artikel mit dem langen Titel „Wir haben eher zu wenig als zu viel über Wilders geschrieben“. Der Tenor war, dass Wilders selbst zwar gezwungenermaßen in der Isolation leben musste, er jedoch ein feines Gespür dafür habe, was die Menschen beschäftigt. Erst war das der Islam, Wilders zufolge *sein* Thema. Also ein Pflänzchen, das er nach eigenen Aussagen von Zeit zu Zeit gießen musste. Danach kamen die Antillen, die der PVV-Abgeordnete Hero Brinkman für einen Euro auf eine Verkaufswebsite setzen wollte. Sicher nicht die feine Art, aber die Korruption dort erwies sich als ein ebenso ansprechendes wie reales Thema. Dann kam Europa, „euer Brüssel, unsere Niederlande“. In der Zwischenzeit bohrte Wilders den Unmut über das Königshaus an, der auch in der vergangenen Haushaltsdebatte ausführlich zur Sprache kam – in diesem Zusammenhang nannte Premierminister Rutte sogar Alexander Pechtold einen Populisten.

Man muss bestimmt nicht derselben Meinung sein, aber in politischer Hinsicht hatte man den Nagel auf den Kopf getroffen. Was das Verbalisieren der Gefühle seiner Wähler betrifft, hat sich Geert Wilders zweifellos als sehr guter Politiker erwiesen. Das bestimmt noch immer den Blick, mit dem ich auf

Wilders und seine PVV schaue. Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, Wilders ein Bein zu stellen. Meine journalistische Aufgabe liegt darin, zu verstehen, wie seine Anhänger die Außenwelt sehen, den Realitätswert davon zu beurteilen und zu begreifen, wie es zu der offensichtlichen Ohnmacht von anderen Parteien kommt, um eben diese Auffassungen zu entkräften. Zugang bekomme ich nicht, also handhabe ich gezwungenermaßen das Prinzip des Vaters von Max Pam, dem bekannten *Volkskrant*-Kolumnisten, der einmal Journalist bei *Het Parool* war: Mit Politikern spricht man nicht, man schreibt über sie.

IX. Grenzen des Sagbaren. Warum es richtig war, Geert Wilders vor Gericht zu stellen

von Thomas Kirchner

Alle paar Jahre legt es Geert Wilders offenbar darauf an, wegen extremer Äußerungen vor Gericht zu landen. Umso besser für ihn, wenn darauf eine Parlamentswahl folgt. So war es 2011, als der Chef der Freiheitspartei (PVV) wegen Beleidigung des Islams angeklagt und freigesprochen wurde. Und so war es im Herbst 2016 wieder, als er wegen eines Angriffs auf Marokkaner bei einem öffentlichen Auftritt vor Gericht stand. Geschadet hat ihm beides nicht. Im Gegenteil, sein Kalkül ging perfekt auf: Der Volksverhetzungsprozess gegen ihn und die folgende Verurteilung haben ihm einen mächtigen Popularitätsschub verliehen. Im Verlauf des Jahres 2016 waren die Umfragezahlen der PVV kontinuierlich gesunken. Von 22,8%, die der Peilingwijzer, eine Plattform, die fünf Umfragen aggregiert, noch im Januar registrierte, blieben Ende Oktober 16,1 Prozent übrig. Dann begann der Prozess, und augenblicklich stiegen die Werte seiner Partei wieder, bis zur alten Stärke.

Warum? Wie 2011 konnte Wilders sich im Verlauf des Verfahrens, dem er persönlich weitgehend fernblieb, wieder als Märtyrer der Meinungsfreiheit und Opfer des Establishments inszenieren. „Wer mich aufhalten will, muss mich ermorden“, sagte er in seinem pathetischen Schlusswort. Auf Twitter begleitete er den Prozess mit hämischen Kommentaren, beleidigte sogar die Richter, indem er sie unverhohlen der Parteilichkeit zieh. Und obwohl es die Niederländer nicht gerne mögen, wenn ihre Institutionen angegriffen werden, scheint ihnen diese Attitüde ebenso gefallen zu haben wie die Grundrichtung der Wilders-Verteidigung: dass er zu sagen gewagt habe, „was Millionen Niederländer denken“, und es sich daher um einen „politischen“ Prozess handele mit dem Ziel, ihn mundtot zu machen. „Wenn die Sache irgendeine

Wirkung hat, dann höchstens eine positive für Wilders“, sagt der Meinungsforscher Maurice de Hond.¹



© picture alliance / Robin Van Lonkhuijsen/ANP/dpa

Wenn das so ist, wenn solche Prozesse nur Wasser auf die Mühlen des Angeklagten lenken, der es auf eine Anzeige offenbar angelegt hat, dann drängt sich die Frage auf: Warum tut sich der Rechtsstaat so etwas an? Warum nimmt er diese Mühe auf sich? Ist sie vielleicht nicht nur zwecklos, sondern gar kontraproduktiv? Die Antwort ist schwieriger, als man denkt, schließlich geht es um ein Grundproblem der liberalen Demokratie. Es gilt, die Meinungsfreiheit, ein zentrales und trotzdem nicht unbeschränktes Gut, gegen den Schutz von Minderheiten und den gesellschaftlichen Frieden abzuwägen.

Zur Erinnerung: Wilders hatte nach den Kommunalwahlen 2014 in einem Café in Den Haag die Anwesenden vor laufender Kamera gefragt, ob sie mehr oder weniger Marokkaner im Land wollten. Die zuvor instruierten Anhänger

1 „The anti-Muslim populist called for fewer Maroccans“, in: The Economist vom 15. Oktober 2016.

skandierten „weniger, weniger“. Er werde sich darum kümmern, versprach Wilders mit einem Lächeln. Mehrere Tausend Menschen verklagten ihn wegen dieser und weiterer ähnlicher Aussagen.

Das Gericht sprach ihn schließlich der Beleidigung von Marokkanern und der Anstiftung zur Diskriminierung schuldig. Vom Vorwurf der Anstachelung zum Hass sprach es ihn hingegen frei, dafür hätten die Beweise nicht gereicht. Es verhängte auch keine Geldstrafe. Die Staatsanwaltschaft hatte 5000 Euro gefordert. Die Beschuldigungen seien nicht spezifisch genug gewesen, um einzelne Opfer zu entschädigen, so das Gericht. Die Verurteilung sei Strafe genug für Wilders. Dessen Anwalt legte sofort Berufung ein. Der Prozess wird das Land somit über den Wahltermin im März hinaus in Atem halten. Auch die Staatsanwaltschaft erwägt eine Berufung, sie kann nicht ganz zufrieden sein mit dem Verdikt. Ihrer Ansicht nach rief Wilders zum Hass gegen eine bestimmte Gruppe von Menschen auf und verstieß damit eindeutig gegen Normen. In ihrem Plädoyer hieß es, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt durch das Verbot von Diskriminierung und Rassismus, wie es in Gesetzen, internationalen Konventionen und der Rechtsprechung etwa des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte festgehalten sei. Auch Politikern seien Grenzen gesetzt. „Politiker zu sein ist kein mildernder Umstand.“ In einem vergleichbaren Fall wurde in Deutschland Pegida-Gründer Lutz Bachmann, der Migranten als „Dreckspack“ beleidigt hatte, im Mai 2016 der Volksverhetzung schuldig gesprochen und zu einer Strafe von 9600 Euro verurteilt.

National und international wurden Prozess und Urteil überwiegend negativ bewertet. Niederländische Medien begrüßten das Vorgehen der Justiz nur vereinzelt. Gerade in eher linksliberalen Blättern kamen hingegen auffallend viele Kolumnisten zu Wort, die das ganze Verfahren für verfehlt oder gar kontraproduktiv hielten. „Es bringt nichts in einer Demokratie, wenn sich die Staatsanwaltschaft in der politischen Debatte zum Schiedsrichter aufschwingt“, schrieb Derk Jan Eppink in *de Volkskrant*.² „Das sind die Wähler,

2 D.J. Eppink, „Wat de uitkomst van het proces ook is, Wilders wint“, in: *de Volkskrant* vom 8. Dezember 2016.

darum gibt es Wahlen.“ So werde nur der sich abzeichnende „Kulturkampf“ gestärkt zwischen den Parteien des „Establishments“ und jenen, die sich als Anti-Parteien verstünden.

Eppink war nicht der Einzige, der an den Cordon sanitaire erinnerte, den Belgiens Parteien und Medien in den 1990er Jahren um den rechtsradikalen *Vlaams Blok* errichtet hatten. Man versuchte damals, jeglichen Kontakt mit den Rechtsaußen zu vermeiden; 2004 folgte gar eine Verurteilung der Partei wegen Rassismus. Und dennoch, und vielleicht auch deswegen, wuchsen der *Blok* und der nachfolgende *Vlaams Belang* in jener Zeit zu einer großen Partei heran.

Auch Rob Wijnberg, der sich als politischer Gegner Wilders' versteht, spricht wie dieser von einem „politischen Prozess“. Wenn jemand ankündige, für weniger Marokkaner im Land sorgen zu wollen, sei das eine „durch und durch politische Frage“, schrieb Wijnberg auf der Internetplattform *De Correspondent*.³ Und wenn die Richter der Ansicht seien, auch Politiker dürften nicht unbegrenzt „Intoleranz befördern“, dann sei auch das eine politische Auslegung. Schließlich gehöre ein gewisses Maß an Intoleranz oder Ablehnung bestimmter Gruppen grundsätzlich zur Politik, es mache ihr Wesen aus. Sicher sei es ein großer Unterschied, ob man etwa weniger Manager im Gesundheitswesen fordere wie die Sozialistische Partei oder sich wie Wilders gegen Mitglieder einer ganzen Volksgruppe wende, die an ihrer Herkunft nichts ändern können. Dennoch: Auch dies müsse man sagen dürfen. Das Urteil sollten am Ende die Wähler fällen und gerade nicht die Justiz.

Viele angelsächsische Medien argumentierten ähnlich. Das *Wall Street Journal* sprach gar von einer „Verrücktheit“, die die Niederlande ergriffen habe; das Problem mit der Integration von Muslimen werde nicht dadurch gelöst, dass man „die Debatte beschränke“.⁴ Der *Economist* wiederum verteidigte das

3 R. Wijnberg, „Geert Wilders heeft gelijk: zijn rechtszaak is een politiek proces“, in: *De Correspondent*, <https://decorrespondent.nl/5455/geert-wilders-heeft-gelijk-zijn-rechtszaak-is-een-politiek-proces/139811650-83e4f5c9> (zuletzt abgerufen am 21. April 2017).

4 „Holland's Speech Folly“, in: *Wall Street Journal* vom 3. November 2016.

Recht auf freie Meinungsäußerung als „fast absolut“.⁵ Ausnahmen seien etwa Fälle von Kinderpornografie oder das Verraten von Militärgeheimnissen. Ebenso strafwürdig sei, wenn jemand vor einer Moschee zum Töten aller Muslime aufrufe. Wenn sich aber jemand beschwere, dass sein Land zu viele Migranten einer bestimmten Nationalität aufgenommen habe, dürfe das nicht verboten sein. „Die Leute sollten frei über Einwanderungspolitik debattieren können.“ Ein echter Liberaler müsse versuchen, seine Kontrahenten zu überzeugen, nicht einzusperren. Ähnlich argumentierte in Deutschland die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Die Gesetze, mit denen in vielen westlichen Ländern gegen Beleidigung, Hassreden oder Volksverhetzung vorgegangen werden könne, seien nichts als „stumpfe Schwerter“. Im Zweifelsfall profitierten die Angeklagten sogar. „Wie westliche Gesellschaften mit Migrationsfragen umgehen, wird sich nicht in Gerichtssälen klären lassen, sondern nur in der politischen Arena“.⁶

Ohne Zweifel haben die Richter in Schiphol auf der Basis des geltenden Rechts ein korrektes Urteil gefällt. Sie konnten schlüssig darlegen, warum Wilders gegen die Art. 137 c und d des niederländischen Strafgesetzbuches verstieß. Diese verbieten das öffentliche und gezielte Beleidigen von Gruppen aufgrund ihrer Rasse oder Religion sowie die Anstachelung zum Hass oder zur Diskriminierung solcher Menschen. Es gibt keinen überzeugenden Grund, die genannten Bestimmungen nicht auch auf Politiker anzuwenden. Sie sind Bürger wie alle und sollten Vorbild sein.

Man könnte sich allerdings fragen, ob es Gesetze, die solche Äußerungen unter Strafe stellen, überhaupt geben sollte. Aus deutscher Perspektive mag diese Frage seltsam klingen. Angesichts der braunen Vergangenheit und der Hilflosigkeit, mit der sich die Weimarer Republik von Extremisten aus den Angeln heben ließ, scheinen entsprechende Verbote auf ewig zum Arsenal der wehrhaften Demokratie gehören zu müssen. Wie ernst es der deutschen Poli-

5 „The trial of Geert Wilders: In defence of hate speech, in: The Economist vom 17. Dezember 2016.

6 „Stumpfe Schwerter“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Dezember 2016.

tik in dieser Hinsicht ist, zeigen die Versuche, die rechtsextreme NPD verbieten zu lassen. Im Januar 2017 scheiterte der Versuch zum zweiten Mal. Strafen für Vergehen wie Volksverhetzung existieren aber auch in vielen anderen europäischen Ländern. Eine Basis, die auch in der Anklage der Staatsanwaltschaft im Wilders-Prozess eine Rolle spielte, bietet Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Er beschränkt die Meinungsfreiheit unter anderem zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ sowie zum Schutz „der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer“. Ähnliche Einschränkungen finden sich in den Artikeln 19 und 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

Dennoch wird seit Jahren intensiv über die Sinnhaftigkeit solcher „hate speech laws“ diskutiert, also Gesetze zur Verhinderung von Hassreden, vor allem in den vom Liberalismus geprägten angelsächsischen Ländern. In Kanada gibt es solche Gesetze, in den USA nicht; hier wird oft die von einem Supreme-Court-Richter entwickelte These vom „Marktplatz der Ideen“ bemüht, wonach beleidigende Aussagen durch Gegenaussagen gekontert werden können, sodass sich am Ende die Wahrheit herauschält. Besagte Debatte kann hier nur angerissen werden, einen guten Überblick bietet *freespeechdebate.com*, eine Website der Universität Oxford, die Timothy Garton Ash initiiert hat. Der britische Historiker hält „hate speech laws“ für eher schädlich. Sie seien vielerorts nicht eindeutig formuliert, oft würden sie auch missbraucht, um politische Gegner zu bekämpfen. Die durch die Globalisierung viel näher zusammengерückte Welt müsse lernen, über Unterschiede zwischen Menschen völlig offen zu sprechen – mit „robuster Zivilisiertheit“. Damit die Meinung frei bleibe, müsse man andere auch beleidigen dürfen. „Wir alle müssen uns eine dickere Haut zulegen“, schreibt er im fünften Teil seiner *Zehn Prinzipien für eine vernetzte Welt*.⁷

Was aber ist mit jenen, die Opfer rassistischer oder diskriminierender Äußerungen werden? Sie haben meistens keine „dicke Haut“ und dem Staat kommt die Aufgabe zu, sie als Minderheit zu schützen. Im Fall Wilders wären

7 T. Garton Ash, „Living with difference“, <http://freespeechdebate.idebate.org/principle/principle-4/living-difference> (zuletzt abgerufen am 21. April 2017).

das die marokkanischstämmigen Einwanderer in den Niederlanden, die Rechte haben wie andere Bürger auch. Viele von ihnen sehen sich durch Wilders' Auftritt 2014 und den Kontext seiner Aussagen existenziell bedroht. Wie anders sollte der Satz gemeint sein, er werde „dafür sorgen“ oder er werde „regeln“, dass es in den Niederlanden bald weniger von ihnen gebe, wenn nicht – auch – als Drohung? In solchen Fällen sende der Sprecher an den Angehörigen einer Minderheit oder einen vergleichbaren Adressaten eine implizite Botschaft, sagt Jeremy Waldron, ein Oxforder Kollege und Widersacher Garton Ashs. Sie laute ungefähr so: „Lass dir nicht vormachen, du seist willkommen in diesem Land. Die Gesellschaft um dich herum mag gastfreundlich wirken. In Wahrheit ist es so, dass sie dich hier nicht will, dass man dich und deine Familie ausschließen, schlagen, vertreiben und hinauswerfen wird, soweit wir das gefahrlos tun können. Noch müssen wir uns zurückhalten. Aber macht es euch nicht zu gemütlich. Denk daran, was in der Vergangenheit mit dir und deinesgleichen geschehen ist. Habe Angst“.⁸

Der Hinweis auf die Opfer und ihre relative Wehrlosigkeit ist ein starkes Argument. Es ist Aufgabe des Staates, die Schwächeren zu schützen, mit dem Mittel des Rechts. Dieser Aufgabe darf sich der Staat nicht aus reinen Opportunitätsgründen entziehen. Und was die Meinungsfreiheit betrifft: Wilders ging es mit seinem Auftritt vor der johlenden Menge nicht darum, die Einwanderungspolitik zu kritisieren, also eine möglicherweise unbequeme Meinung zu äußern. Niemand würde ihn daran hindern. Er wollte provozieren, drohen, Angst machen. Es mag pragmatischer und einfacher sein, ihm das zu erlauben. Es wäre aber auch eine Abdankung des Rechtsstaats, der wehrhaften Demokratie. Die Gesellschaft muss sich, selbst wenn das die Radikalen zunächst sogar stärkt, solchen Prozessen stellen, muss die Grenze des Sagbaren immer wieder verteidigen. Ein friedliches Zusammenleben ist sonst nicht mehr möglich.

8 J. Waldron, „The harm of hate speech“, <http://freespeechdebate.com/en/discuss/the-harm-of-hate-speech/> (zuletzt abgerufen am 21. April 2017).

Autorenverzeichnis

René Cuperus ist Historiker mit Spezialisierung auf politische Geschichte, Kolumnist bei der niederländischen Tageszeitung *de Volkskrant* sowie Direktor für Internationale Beziehungen der *Wiardi Beckman Stichting*, der wissenschaftlichen Stiftung der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA).

Job Janssen hat Europawissenschaften in Berlin studiert und arbeitet als Publizist sowie politischer Kommentator, unter anderem bei der *Deutschen Welle*.

Thomas Kirchner ist Journalist und arbeitet für die *Süddeutsche Zeitung* als Korrespondent in Brüssel.

Dr. André Krause ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Niederlande-Studien in Münster. Er promovierte zum Thema *Rechtspopulismus im Spiegel der niederländischen Presse. Pim Fortuyn und Geert Wilders als Herausforderung für Journalisten* (Baden-Baden, 2017).

Martin Sommer ist Journalist und arbeitet als fester Kolumnist für die niederländische Tageszeitung *de Volkskrant*. In seinen Texten beschäftigt er sich regelmäßig mit dem aktuellen politischen Geschehen in den Niederlanden – nicht zuletzt mit dem Phänomen Rechtspopulismus und der Frage, wie damit umzugehen ist.

Hans-Georg Thönges ist Kommunikations- und Geschichtswissenschaftler. Für das Goethe-Institut befasst er sich seit Anfang der 1990er Jahre als Bereichsleiter in der Zentrale in München oder als Institutsleiter im Ausland u. a. mit Fragen des aktuellen Zeitgeschehens. Neben der Aufarbeitung von Vergangenheit und kollektivem Erinnern stehen Zukunftsfragen zu Europa, Demokratie, Medien und Gesellschaft im Vordergrund. Hieraus ergab sich der Impuls für die vorliegend dokumentierte Veranstaltung.

Dr. Koen Vossen ist Historiker und arbeitet als Dozent im Bereich Politikwissenschaften an der Radboud Universiteit Nijmegen. Bis März 2017 war er zudem als Fellow ans Zentrum für Niederlande-Studien in Münster angeschlossen. Er promovierte zum Thema *Vrij vissen in het Vondelpark. Kleine politieke partijen in Nederland 1918-1940* (Amsterdam, 2003). Vossen ist unter anderem Autor des Buches *The Power of Populism. Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands* (London/New York, 2017).

Dr. Markus Wilp ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des Zentrums für Niederlande-Studien der Universität Münster. Im Rahmen seiner Forschungstätigkeiten beschäftigt er sich mit verschiedenen Fragen der niederländischen und deutschen Politik. Aus seiner Feder stammt unter anderem das Standardwerk *Das politische System der Niederlande. Eine Einführung* (Wiesbaden, 2012).